

## 37. Sitzung

am Dienstag, dem 10. Mai 2022

### Inhalt

#### Fragestunde

**Anfrage 1: Was tut der Senat gegen die Cityverschmutzung durch Tauben?**

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2022 ..... 1999

**Anfrage 2: Gibt es in Bremen genügend Trinkwassernotbrunnen?**

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 23. März 2022 ..... 2003

**Anfrage 3: Grünpflegebudgets im Zeichen der Klimaanpassung**

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. März 2022 ..... 2004

**Anfrage 4: Wie zuverlässig und bedarfsgerecht ist die Humanitäre Sprechstunde?**

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. März 2022 ..... 2006

**Anfrage 5: Grundschule in der Gartenstadt Werdersee**

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2022 ..... 2007

**Anfrage 6: Wie kann der aktuelle Nutzungskonflikt von Rad- und Fußverkehr in der H.-H.-Meier-Allee entschärft werden?**

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 25. März 2022 ..... 2008

**Anfrage 7: Negative Antwortmöglichkeiten beim Erlebnisraum Martinstraße unerwünscht?**

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 28. März 2022 .....2009

**Anfrage 8: Aktueller Planungsstand der Unisportstätten**

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. März 2022 .....2012

*Die schriftlich beantwortete Anfrage der Fragestunde finden Sie im Anhang.*

#### Aktuelle Stunde

**Sozialsenatorin muss sichere und menschenwürdige Flüchtlingsunterbringung sicherstellen**

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU) .....2014

Abgeordnete Valentina Tuchel (SPD) .....2017

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) .....2019

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP) .....2021

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE) .....2023

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU) .....2026

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP) .....2027

Senatorin Anja Stahmann .....2028

**Nachhaltige und konfliktfreie  
Fußgängerinfrastruktur – Entwicklung,  
Zustand und Barrierefreiheit der  
Fußwegeinfrastruktur in Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 21. Dezember 2021  
(Drucksache 20/648 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 1. März 2022  
(Drucksache 20/672 S)**

Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2030
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	2031
Abgeordnete Anja Schiemann (SPD) .....	2033
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	2033
Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE).....	2034
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2036
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	2037
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer .....	2038

**Neues Gewerbeentwicklungsprogramm  
endlich vorlegen!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 23. März 2022  
(Drucksache 20/683 S)**

Abgeordneter Christoph Weiss (CDU) .....	2040
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD) .....	2041
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	2043
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	2044
Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP) .....	2045
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	2046
Abgeordneter Christoph Weiss (CDU) .....	2047
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD) .....	2048
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	2050
Senatorin Kristina Vogt.....	2051
Abstimmung .....	2054

**Mehrweggebot für Veranstaltungen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die  
Grünen, der SPD und DIE LINKE  
vom 4. April 2022  
(Drucksache 20/690 S)**

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Heinrich Löhmann, Mustafa Öztürk, Sükrü Senkal, Ingo Tebje, Muhammet Tokmak.

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
vom 10. Mai 2022  
(Drucksache 20/702 S)**

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) .....	2054
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD) .....	2055
Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE) .....	2056
Abgeordneter Martin Michalik (CDU) .....	2057
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP) .....	2058
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	2059
Abstimmung .....	2060

**Eine Hall of Fame für Bremen!  
Öffentliche Graffitiflächen und -wände  
bereitstellen und Map of Fame erstellen  
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der  
SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 6. April 2022  
(Drucksache 20/693 S)**

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE) .....	2061
Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen) .....	2062
Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP) .....	2063
Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD) .....	2065
Abgeordnete Susanne Grobien (CDU).....	2066
Staatsrätin Carmen Emigholz .....	2067
Abstimmung .....	2068

**Anhang zum Plenarprotokoll**

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 10. Mai 2022.....	2069
--	------

**Anfrage 9: Stromsperrn bei  
öffentlichen Liegenschaften der Stadt  
Bremen?**

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 1. April 2022.....	2069
Konsensliste.....	2071

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

**Präsident Frank Imhoff:** Die 37. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich den Seemannschor Vegesack und eine Gruppe des Mentoringprogramms der SPD-Fraktion.

Seien Sie herzlich willkommen hier bei uns im Haus!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde die Tagesordnungspunkte 5, 13, 16 und 18 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 22.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 15, 17, 20 und 21.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### Fragestunde

**Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.**

**Anfrage 1: Was tut der Senat gegen die Cityverschmutzung durch Tauben?**

**Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2022**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Wir fragen den Senat:

1. Welche Relevanz misst der Senat der Verschmutzung durch Tauben bei der abnehmenden Attraktivität der Innenstadt zu?

2. Welche Kosten mussten nach Erkenntnissen des Senats private und öffentliche Stellen in den letzten drei Jahren für die Entfernung von Taubenurin und Taubenkot und die Beseitigung hierdurch verursachter Schäden pro Jahr aufwenden, und welche Pläne gibt es, diese Kosten zu senken, bis die Stadt ein effektives Taubenmanagement eingeführt hat?

3. Welche Maßnahmen zur Taubenabwehr ergreift die Stadt, und wie wird die derzeitige Wirksamkeit der aktuellen Maßnahmen eingeschätzt?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die von Stadttauben ausgehenden Verschmutzungen verringern die Attraktivität der Bremer City. Die Verbesserung der Sauberkeit des öffentlichen Raums und der Gebäude hat, im Zusammenwirken mit anderen Maßnahmen, große Bedeutung für die angestrebte hohe Aufenthaltsqualität in der Innenstadt.

Durch die sukzessive Errichtung betreuter Taubenhäuser in Kombination mit einem lokalen Fütterungsverbot sollen die Stadttaubenbestände reduziert und Kosten für Gebäudereinigung vermindert werden. Das geplante Taubenmanagement kann so einen unterstützenden Beitrag zu einer sauberen City leisten und zur Förderung von Handel und Tourismus beitragen.

Zu Frage 2: Der Senat verfügt über keine Informationen zu den Kosten für die Entfernung von Taubenurin und Taubenkot und die Beseitigung hierdurch verursachter Schäden. Es ist jedoch das Ziel des nunmehr beginnenden Taubenmanagements, Kosten nach und nach zu reduzieren.

Zu Frage 3: Das Umweltressort kümmert sich aufwendig um die Etablierung von Taubenhäusern nach dem Augsburger Modell, derzeit mit Schwerpunkt in der Bremer City. Mithilfe des nunmehr am Standort Parkhaus Am Brill beginnenden Taubenmanagements ist der Senat bestrebt, die von zu großen Stadttaubenpopulationen ausgehenden Belastungen im Einklang mit dem Tierschutz nach

und nach zu vermindern. Nach Einrichtung der Taubenhotels soll in deren direktem Umfeld ein Taubenfütterungsverbot in Kraft treten. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** In Ihrer Antwort auf Frage 1 haben Sie von einer sukzessiven Errichtung gesprochen. Es wird ja jetzt schon länger geplant. Mich würde einmal interessieren, wie es denn jetzt weitergeht: Wann stehen die ersten Taubenhäuser, wo sollen sie entstehen, und wie sieht der sukzessive Aufbau aus?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Wir haben uns zuerst auf ein Taubenhaus in Vegesack in der Nähe des Vegesacker Bahnhofs konzentriert. Alle, die in der Umweltdeputation sind, wissen, dass 18 Standorte untersucht wurden, und wir sind abhängig davon, dass die Stadttaubenvereine dort auch die Pflege übernehmen. Das können wir gar nicht gewährleisten. Dann sind wir natürlich davon abhängig, dass sie auch das Okay zu einem Standort geben. Das gestaltete sich aus den unterschiedlichsten Gründen offensichtlich schwierig.

Also, wir haben 18 Standorte abgefragt, jetzt sind wir dort aktuell mit der WFB in Verhandlungen, weil offensichtlich – das ist auch mit dem Verein abgeklärt – das Technikgebäude am Vegesacker Bahnhof, das eigentlich abgerissen werden soll, ein optimaler Standort wird. Insofern sind wir dort jetzt in Verhandlungen, ob das auch endlich funktioniert. Das wäre wünschenswert für Vegesack. Weil sich das in Vegesack aber so schwierig gestaltet hat, sind wir jetzt erst einmal auf diese hier ausgewichen. Dort ist der Druck auch enorm groß. Wir haben jetzt gerade den Vertrag mit der BREPARK unterschrieben, damit wir ein Taubenhotel direkt auf einem Parkhausdeck anbringen können, und wir warten jetzt noch auf die Rückmeldung von DEC, weil wir auch ein Taubenhotel auf dem Gebäude der Galeria Kaufhof etablieren wollen.

Die Kosten für die Aufstellung sind dieses Mal nicht so ein Problem, das ist ja auch einmal schön – die Gelder sind da –, wenn wir jetzt also die Möglichkeiten haben, dann wollen wir das natürlich auch so schnell wie möglich in die Realisierung bringen, und dann kann das Taubenfütterungsverbot für diese Bereiche in der Innenstadt – und das sind die, die auch am meisten betroffen sind, die

LLOYD PASSAGE, aber auch rund um die Handwerkskammer gibt es viele Beschwerden – dort ausgesprochen werden.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** In der Antwort zu Frage 2 haben Sie gesagt, dass Ihnen keine Informationen zu den Kosten vorliegen. Gleichzeitig sagen Sie aber, Sie wollen die Kosten reduzieren. Was wurde denn bisher gemacht? Also hätte es in den letzten Jahren keine Aktivitäten geben, dann würde beispielsweise die Bremer Innenstadt heute ganz anders aussehen. Es muss also ja in irgendeiner Form eine Reinigung durchgeführt worden sein, dafür müssen ja auch Kosten angefallen sein. Können Sie dazu noch einmal ein paar Sätze sagen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Es sind garantiert Kosten für die Reinigung angefallen, aber sie werden zumindest, was die DBS angeht, nicht explizit als Entfernung von Taubenkot deklariert, sondern das sind die allgemeinen Reinigungskosten für die Innenstadt. Bei Privaten haben wir einfach keine Kosten, also wenn Private, Kaufleute oder die Handwerkskammer – die erwähne ich immer, weil sie sich auch an uns gewendet hat, deren Innenhof ist besonders von Taubendreck betroffen –, den Taubendreck reinigen lassen haben, dann liegen uns dazu einfach keine Erkenntnisse vor. Dass es aber Geld kostet, ist klar, dass Reinigungsintervalle bestimmt auch bei Privaten stattgefunden haben, davon gehen wir aus, und deswegen sind wir auch so mutig gewesen, die Aussage zu tätigen, dass die Taubenhotels dann sicherlich auch zu einer Reduzierung beitragen können.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Sie sprechen in Ihrer Antwort ja auch davon, dass Sie Fütterungsverbote aussprechen wollen, das begrüßen wir. Die Frage ist natürlich nur: Wie genau sehen sie aus? Sind sie zeitlich befristet? Gibt es vielleicht einen gewissen Umkreis um das Taubenhotel, wo nicht gefüttert werden darf – 50 Meter, 500 Meter –? Damit zusammenhängend ist natürlich die Frage: Tauben sind ja durchaus mobil, also was bringt es, ein Taubenfütterungsverbot an einer Stelle einzurichten, wenn 500 Meter weiter trotzdem gefüttert werden darf? Dann siedeln die Tauben eben um. Wie soll das eigentlich gelöst werden?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ich gehe davon aus, dass ein Aussprechen eines Taubenfütterungsverbots nicht zeitlich befristet ist, sondern dann eben auch gilt, solange zumindest dann diese Taubenhotels und das Taubenmanagement auch gewährleistet werden. Das ist ja auch in Absprache mit den Tierschutzvereinigungen. Das war ja explizit deren Appell, ein Fütterungsverbot nicht einzurichten, bevor die Taubenhotels etabliert sind, was auch kontraproduktiv wäre.

Man denkt immer, in Ordnung, dann füttern wir sie nicht, dann erledigt sich das Problem von selbst. So ist es bei Tauben nicht, sondern wenn sie in Hungerstress kommen, dann steigt die Populationsrate erst recht, also sie geraten in Stress und brüten dann umso mehr, weil sie die Population erhalten wollen. Der Taubenkot ist dann noch von schlimmerer Konsistenz, wenn sie sich von irgendwelchen Nahrungsresten ernähren, sodass das dem Tierwohl widerspricht, aber auch nicht zu einer Reduktion des Drecks führen würde. Das zeigen auch Erfahrungen aus anderen Städten, und das zeigen auch die Erfahrungen, die die Taubenvereine machen. Also: Insofern ein Taubenfütterungsverbot aussprechen, wenn ein Taubenhotel etabliert ist, dann aber auch wirklich aussprechen und nicht zeitlich befristen!

Was die Entfernungen und den Grad der Entfernungen angeht, müsste ich jetzt recherchieren, was sinnvoll ist. Sie haben recht, natürlich können sie sich dann auch andere Stellen suchen, deswegen reicht es auch sicherlich nicht, das an einer oder zwei oder an drei Stellen in der Stadt zu etablieren, aber ich möchte auch noch einmal den Hintergrund für diese Tauben nennen: Das sind ja in der Regel Tauben, die von Taubenzüchtern freigelassen worden sind und nicht zurückgefunden haben. Das ist nicht nur in Bremen so, das ist überall so, und insofern sehe ich diese Taubenzüchtervereine auch in irgendeiner Verantwortung, sich auch an dem Problem zu beteiligen. Insofern ist also eine größere Fragestellung dahinter, als man ursprünglich erst einmal auf den ersten Blick denkt.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Wenn wir jetzt lokale Fütterungsverbote haben, auch unbefristet und in einem gewissen Radius, und das meinetwegen an mehreren Stellen in der Stadt/in der City, dann würde das ja zu einer Art Flickenteppich führen, und man könnte die Tauben dann unter Umständen 100 Meter weiter eventuell trotzdem doch

weiterhin füttern, die Tauben würden umsiedeln. Können Sie sich vorstellen, beispielsweise einen begrenzten Bereich wirklich flächendeckend mit einem Taubenfütterungsverbot auszustatten, zum Beispiel den Bereich im Kern der Innenstadt?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ich glaube, man muss sich das noch einmal im Detail ansehen, aber mir geht es nicht darum, ein Tauben –. Dann wäre der Aufwand zu groß. Wenn wir von einem Radius von 100 Metern reden, dann sind die Kosten und der Aufwand auch zu groß. Das wird schon einen sehr viel größeren Radius haben, sodass ich davon ausgehe, wenn wir jetzt auch zwei Taubenhoteles im Kern der Innenstadt haben, dass wir dann auch ein größeres Taubenfütterungsverbot für die Innenstadt erlassen können.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dieses Taubenmanagement beinhaltet ja auch – und deswegen sind wir auch so auf die Zuarbeit der Vereine angewiesen –, dass dort nicht nur jemand hingehet und jeden Tag in dem Hotel füttert, sondern vor allen Dingen die Eier austauscht. Das war auch unsere Bedingung, dass man Populationsmanagement macht. Die befruchteten Eier werden herausgenommen, Gipseier hineingelegt, sodass natürlich die Hoffnung besteht, dass wir dadurch auch zu einer Minimierung des Taubenbestands kommen.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(Zurufe)

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Jetzt haben Sie mich doch noch einmal neugierig gemacht: Was passiert denn mit den Eiern, die dort entfernt worden sind?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Das kann ich Ihnen jetzt gar nicht sagen. Deswegen, es muss täglich jemand dort hingehen, die Eier sind ja gerade einmal befruchtet, es sind also nicht Eier, wo die Jungen kurz vor dem Schlüpfen sind. Die Frage würde ich sonst gern an die Taubenvereine weiterleiten, aber das ist eine anerkannte Methode, anstatt Tauben zu vergiften, was früher oft gemacht worden ist. Das geht aus Gründen des Tierschutzes und des Tierwohls nicht, und ich glaube, zumindest ein Großteil hier teilt die Auffassung, dass man deswegen eben an dieses Populationsmanagement heranmuss, und das geht eben nur, indem man die Eier durch Gipseier auswechselt.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Nein, herzlichen Dank für die Beantwortung der Anfrage! – Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Gern!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU):** Frau Bürgermeisterin, das ist ja jetzt schon ein lange währendes Thema, Sie wissen ja, dass ich mich damit schon seit ein paar Jahren beschäftige. Erst einmal habe ich eine Bitte: Würden Sie uns in der Deputation sofort Bericht darüber erstatten, wenn es in Vegesack endlich so weit ist, dass man da eine Lösung gefunden hat? Das ist der erste Punkt.

Dann fragte Herr Schäck eben nach dem Füttern und dem Fütterungsverbot. Ist Ihnen bewusst, dass Tauben Schlagtiere sind und wenn sie vor Ort gefüttert werden, dass sie sich dann auch meistens in dem Schlag aufhalten und gar nicht mehr in die Not kommen, woanders nach Futter zu suchen? Das ist die eine Frage.

Dann stelle ich gleich noch eine andere Frage hinterher! Ich hatte Sie ja damals gebeten, dass man noch einmal Gespräche mit der BREPARK führt. Da nisten zurzeit immer noch sehr viele Tauben. Könnte man da dem Verein erlauben, dass er die Eier schon in der Zeit tauscht, bis endlich der Taubenschlag da ist? In der Zeit vermehren sich diese Tauben sehr stark – Sie wissen ja, diese Tauben brüten viermal im Jahr –, und da könnte man ja die Zeit schon nutzen und die Eier dort austauschen. Ich weiß nicht, ob das passiert ist, das wollten Sie einmal in die Hand nehmen. Vielleicht können Sie mir dazu noch etwas sagen.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Das kann ich gern machen. Zu Ihrer ersten Frage oder Bitte: Natürlich berichten wir in der Deputation – das haben wir ja auch in der Vergangenheit getan –, deswegen haben Sie ja auch mitbekommen, in Vegesack haben wir uns wirklich intensiv darum gekümmert, 18 Standorte identifiziert, immer wieder dem Verein vorgeschlagen, und das war in der Tat nicht erfolgreich. Das Einzige – und da hat das Bauamt Bremen-Nord ein Veto eingelegt, und das kann ich auch verstehen, wir kennen beide die Situation –, am Vegesacker Bahnhof auf der Radstation einen Container aufzustellen, ist, glaube ich, jetzt auch nicht so förderlich gewesen. Insofern, ich habe die

WFB angeschrieben, auch noch einmal angesprochen, und ich hoffe da jetzt auf ein positives Signal.

Es liegt nicht an uns, dass es in Vegesack so lange dauert. Ich bin da genauso ungeduldig wie Sie, ich sehe dort auch den dringenden Bedarf eines Taubenhotels, aber noch einmal: Wir sind auch auf die Zuarbeit der Vereine angewiesen, und die müssen dann mit dem Standort auch zufrieden sein. Insofern: Da berichten wir gern.

Zweitens, zur BREPARK habe ich ja gerade berichtet, dass wir dort ein Taubenhotel aufstellen. Das sind die Ergebnisse. Jetzt ist es so, dass die Tauben im Moment ja an den unterschiedlichsten Stellen nisten. Deswegen ist es schwierig, die Eier auszutauschen, und deswegen ist die Vereinbarung mit der BREPARK, dass sie bereit ist, auf einem Parkdeck jetzt ein Taubenhotel aufzustellen, wo eben nicht nur täglich gefüttert wird, sondern die Eier auch täglich kontrolliert werden und dann gegen Gipseier ausgetauscht werden. Ich glaube, zwischendurch jemanden loszuschicken und zu schauen, wo überhaupt die Tauben brüten, und dann auf Umwegen dort – –.

(Unruhe – Glocke)

**Präsident Frank Imhoff:** Frau Bürgermeisterin, es ist hier im Saal eine allgemeine große Unruhe festzustellen, und es wäre schön, wenn Sie der Bürgermeisterin zuhören würden! – Danke schön!

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Vielen Dank, Herr Präsident! Ich glaube, es ist schwierig, zwischendrin zu schauen, wo die Nester der Tauben sind, um die Eier dann auszutauschen. Deswegen sind wir froh, dass wir mit der BREPARK jetzt eine andere Lösung gefunden haben, und dann will ich einmal erwähnen, weil meistens die LLOYD PASSAGE erwähnt wird, dass die Geschäftsführerin der BREPARK auch Geschäftsführerin der LLOYD PASSAGE ist, wie auch die Geschäftsführerin der CityInitiative auch Geschäftsführerin der LLOYD PASSAGE ist, also wenn Interesse da besteht, dort Abhilfe zu schaffen, dann würde ich natürlich auch immer die Hoffnung ausdrücken, dass beide Geschäftsführerinnen der LLOYD PASSAGE da auch selbst noch einmal schauen, wenn es in ihrem eigenen Interesse ist, ob es noch eine andere Zwischenlösung gibt, aber wir können eine Zwischenlösung heute nicht präsentieren.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU):** Eine Anmerkung! Frau Senatorin, ich weiß ja, Sie fahren nicht so oft mit dem Auto in die Stadt. Wenn ich in die Stadt fahre, fahre ich ja meistens mit dem Auto, das gebe ich ja zu.

**Präsident Frank Imhoff:** Die Frage bitte!

(Heiterkeit)

**Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU):** Könnten Sie vielleicht doch noch einmal jemanden in dieses Parkhaus schicken, denn ich sehe die Nester dort ganz offensichtlich, und ich glaube nicht, dass es den Leuten vom Taubenverein Schwierigkeiten bereiten würde, die Eier dort auszutauschen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Wenn, dann mache ich das gern! Ich müsste dann auch noch einmal mit Vertretern des Taubenvereins sprechen, ob da auch die Bereitschaft besteht, denn natürlich geht es dann da auch um die Sicherheit. Ich weiß nicht, wo in dem Parkhaus und auf welcher Höhe die Tauben nisten, aber der Charme eines Taubenhotels ist ja gerade, dass man in dem Taubenschlag ebenerdig an die Eier herankommt und nicht erst auf Leitern steigen muss. Ich glaube, da geht es schon auch um Arbeitsschutz/Gesundheitsschutz der Freiwilligen, die das machen, und insofern müsste man das abklären; aber natürlich, das kann ich gern noch einmal erfragen.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 2: Gibt es in Bremen genügend Trinkwassernotbrunnen?**

**Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 23. März 2022**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Peter Beck (BIW):** Ich frage den Senat:

1. Wie viele Trinkwassernotbrunnen gibt es auf dem Gebiet der Stadt Bremen, und wo befinden sich diese Anlagen, und wie viele Trinkwassernotbrunnen wurden seit September 2020 in Bremen ertüchtigt oder neu gebohrt?

2. Ist der Senat der Auffassung, dass die aktuelle Zahl der vorhandenen Trinkwassernotbrunnen in Bremen ausreicht, um die Bevölkerung im Verteidigungs- oder Katastrophenfall ausreichend mit

Trinkwasser zu versorgen, und sofern dies nicht der Fall ist, was gedenkt der Senat zu tun, um die Notfallversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser zu gewährleisten?

3. Welche jährlichen Kosten entstehen für die Wartung und Instandhaltung der Trinkwassernotbrunnen?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In der Stadtgemeinde Bremen gibt es insgesamt 124 Trinkwassernotbrunnen. Um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, sind die Brunnen über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Alle Brunnen und Pumpen werden regelmäßig auf ihre Funktionstätigkeit überprüft. Von September 2020 bis heute wurden an drei Brunnen Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Ein Brunnen musste aufgrund einer Baumaßnahme entfernt werden und wurde durch einen neu errichteten Brunnen ersetzt.

Zu Frage 2: Vorgesehen ist eine Bereitstellung von täglich 15 Litern Wasser pro Person über einen Zeitraum von 14 Tagen. Diese Bemessung ist das Mindestversorgungsziel gemäß der Konzeption Zivile Verteidigung vom Bundesministerium des Innern in Anlehnung an die Erste Wassersicherstellungsverordnung.

Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl der Stadtgemeinde Bremen vom 31. Dezember 2020 in Höhe von 567 000 Einwohnern errechnet sich für die Bereitstellung von 15 Litern Wasser pro Person pro Tag ein Wasserbedarf von circa 8,5 Millionen Litern. Ausgehend von einer durchschnittlichen Fördermenge der Brunnen von sechs Kubikmetern pro Stunde und einer Betriebsdauer von 15 Stunden pro Tag können über die bestehenden 124 Trinkwassernotbrunnen pro Tag über elf Millionen Liter Grundwasser bereitgestellt werden. Diese Fördermenge ist ausreichend für die Versorgung der Einwohner der Stadtgemeinde Bremen. Der überschüssige Anteil von 2,5 Millionen Litern pro Tag ist ausreichend für die weitere Versorgung von Vieh mit einem Bedarf 40 Litern pro Vieh pro Tag und die Versorgung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen mit einem Bedarf von 75 bis 150 Litern pro Bett pro Tag.

Zu Frage 3: Für die Wartung und Instandhaltung der Brunnen sowie für die Überwachung der Grundwasserqualität sowie der Lagerhaltung der Pumpen, Gruppenzapfstellen et cetera entstehen durchschnittlich Kosten von 67 000 Euro pro Jahr. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Peter Beck (BIW):** Wenn es zum Katastrophen- oder Verteidigungsfall kommen sollte, wie wird denn der Bürger darauf aufmerksam gemacht, wo diese Trinkwassernotbrunnen zu finden sind?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Die Bevölkerung soll natürlich rechtzeitig darüber informiert werden, wo sich die Nottrinkwasserentnahmestellen, so heißen sie offiziell, befinden. Das hängt ein bisschen von der Schadenslage ab, aber einmal wird über die Notfall-App NINA, über das Internet, über das Radio und auch über die Lautsprecher informiert werden, wo man sein Trinkwasser beziehen kann.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

### **Anfrage 3: Grünpflegebudgets im Zeichen der Klimaanpassung**

**Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. März 2022**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Bremer Senat die aktuellen Grünpflegebudgets für die bremischen Stadtteile hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels und des Rückgangs der Biodiversität?
2. Sind zukünftig Mittel für Entsiegelungs- und Begrünungsprogramme für öffentliche Flächen – zum Beispiel Plätze, Schulhöfe, Parkplätze, gegebenenfalls Verkehrsflächen –, wie im Bericht der Klimaaudience gefordert, vorgesehen?
3. Sind für Gestaltung und Pflanzenarten der Bremer Grünbereiche zukünftig grundlegende Änderungen, Stichwort Schwammstadt, notwendig, und



wie ist eine ausreichende Finanzierung dafür abzusichern?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für die Pflege der circa 800 Hektar öffentlicher Grünanlagen in Bremen stehen jährlich 5,84 Millionen Euro, für das Rahmengrün der Kleingartenanlagen 0,25 Millionen Euro – das sind circa 70 Hektar – und für die circa 73 000 Straßenbäume circa 4,89 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem gesamten Budget kann die Grundpflege finanziert werden.

Im Jahr 2021 wurden einmalig aus dem Bremen-Fonds 3,166 Millionen Euro für die Aufstockung der Pflege der öffentlichen Grünanlagen zur Verfügung gestellt. Zudem wurden bei den Straßenbäumen in den beiden letzten Jahren bereits circa vier Millionen Euro zusätzlich zum vorhandenen Budget für Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit nachbewilligt, da sich aufgrund der wachsenden Einflüsse des Klimawandels auf den Baumbestand, zum Beispiel durch Trockenperioden, Sturmereignisse, Pilz- und Schädlingsbefall, ein großes Verkehrssicherungsproblem abzeichnete.

Auch im Hinblick auf die Biodiversität, zum Beispiel die Anlage von weiteren Blühflächen im Stadtgebiet, stehen für die Jahre 2022 und 2023 jeweils zusätzliche 315 000 Euro für Blühflächen im Haushalt bereit. Die Auswirkungen des Klimawandels und der Rückgang der Biodiversität sind darin noch nicht unmittelbar berücksichtigt.

Zu Frage 2: Im Rahmen des Enqueteprozesses sind für Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen im öffentlichen Bereich Maßnahmen dargestellt. Über eine zur Umsetzung erforderliche höhere Mittelausstattung, die das Ressort im öffentlichen und privaten Sektor derzeit mit rund vier Millionen Euro in einen Zeitraum von sechs Jahren ansetzt, ist im weiteren Verlauf zu entscheiden.

Zu Frage 3: Neben einer geeigneten klimaangepassten Pflanzenauswahl spielt insbesondere das Thema Wasser eine wichtige Rolle. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht haben sich die Anforderun-

gen an den Umgang mit Niederschlagswasser geändert. Anders als bisher ist das Niederschlagswasser nicht mehr nur unterirdisch abzuleiten, sondern soll vor Ort bewirtschaftet werden. So kann dem Klimawandel mit zunehmenden Starkregenereignissen und Trockenperioden begegnet, der Gebietswasserhaushalt und ein angenehmes Lokalklima erhalten werden. Das Schwammstadtprinzip ist die logische Antwort auf diese Anforderungen.

Vor diesem Hintergrund ist es bei allen städtebaulichen Planungen erforderlich, das Schwammstadtprinzip zukünftig in jedem Projekt mit abzubilden und daher Maßnahmen zum naturnahen Umgang mit Regenwasser nach Möglichkeit umzusetzen. Neben der Herstellung, die hier in der Regel kostengünstiger ist als bei Tiefbaumaßnahmen zur unterirdischen Ableitung, sind die Maßnahmen, wie unter anderem Versickerungsmulden und Baumrigolen, langfristig zu pflegen und zu unterhalten. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Es gibt eine Zusatzfrage der Abgeordneten Maja Tegeler. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE):** Bekanntlich gibt es ja seit einiger Zeit die so genannten 5Q-Gebiete im Rahmen des Programms „Lebendige Stadt“. Wenn Quartiersmanagerinnen in dem Bereich Begrünungsvorhaben entwickeln und das aber nicht durch die Gelder decken können, mit denen diese Programme hinterlegt sind, können sie Anträge an Ihr Ressort stellen, um da Dinge voranzubringen? Ich frage das, weil uns das aus dem Alwin-Lonke-Quartier als Frage mitgegeben wurde.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Wir haben ja das Credo bei uns im Ressort, dass wir uns freuen, wenn Beiräte oder andere Institutionen oder Quartiersmanager uns Baumstandorte nennen, und wir sind ganz froh darüber, weil sich natürlich die Akteure vor Ort viel besser auskennen als manchmal wir in den einzelnen Stadtteilen oder Straßen. Insofern kann ich jetzt natürlich pauschal nicht sagen, dass es immer Geld dafür gibt, aber ich würde gern das Angebot aussprechen wollen, dass sie sich an uns wenden, gern den konkreten Standort nennen und wir schauen, wie wir da vielleicht auch eine Lösung finden.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 4: Wie zuverlässig und bedarfsgerecht ist die Humanitäre Sprechstunde?**

**Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. März 2022**

Bitte, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir fragen den Senat:

1. In wie vielen Wochen im laufenden Jahr 2022 war die Humanitäre Sprechstunde im Gesundheitsamt geöffnet, und in wie vielen Wochen war sie geschlossen?
2. Hält der Senat die regulären Öffnungszeiten der Humanitären Sprechstunde, also nur einmal pro Woche zwei Stunden lang, für ausreichend?
3. Plant der Senat Maßnahmen, um die Humanitäre Sprechstunde gegebenenfalls zuverlässiger und bedarfsgerechter zu machen?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Claudia Bernhard.

**Senatorin Claudia Bernhard:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Humanitäre Sprechstunde konnte im Jahr 2022 bis zum 5. Mai an acht Donnerstagen angeboten werden. Nach vorübergehender Fokussierung des ärztlichen Personals auf die Erstuntersuchungen ukrainischer Geflüchteter im April und Mai ist ein regelmäßiges Angebot der Humanitären Sprechstunde ab dem 12. Mai 2022 wieder sichergestellt, da ärztliche Kapazitäten aufgrund des geringeren Bedarfs bei den Erstuntersuchungen zur Humanitären Sprechstunde umgesteuert werden können.

Zu Frage 2: Im laufenden Jahr haben durchschnittlich vier bis fünf Personen pro Woche die Humanitäre Sprechstunde in Anspruch genommen. In den Vorjahren waren es circa fünf bis acht Personen pro Woche. Je nach Auslastung und gegebenenfalls wachsendem Bedarf wird das Gesundheitsamt sicherstellen, dass die Öffnungszeiten beziehungsweise die Anzahl der Öffnungstage angepasst werden.

Zu Frage 3: Es wird fortwährend medizinisches Personal im Gesundheitsamt Bremen eingestellt, unter anderem im Rahmen des ÖGD-Paktes, um die Bedarfe der Zielgruppe durch das Gesundheitsamt Bremen zu decken. Dies betrifft auch den Einsatz des ärztlichen Personals im Bereich der Humanitären Sprechstunde. Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit in Bremen etablierten Trägern – MediNetz, Innere Mission und dem Verein zur medizinischen Versorgung Obdachloser – ein Konzept für ein Modellprojekt zur gesundheitlichen und medizinischen Versorgung von papierlosen und nicht versicherten Menschen erarbeitet. Das Konzept umfasst die Gründung eines Vereins, der über die Ausgabe von Behandlungsscheinen den Weg in die medizinische Versorgung der Zielgruppe sicherstellen wird. Über diesen Weg können Personen unter Umständen einem Versicherungsstatus zugewiesen werden, bevor sie die Humanitäre Sprechstunde in Anspruch nehmen. Die Gremienbefassung mit dem Konzept und dem Finanzierungsplan ist eingeleitet. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich freue mich darüber, ich habe heute auch schon der Presse entnommen, dass die Behandlungsscheine für Menschen ohne Papiere kommen werden. Trotzdem frage ich mich jetzt: Gab es Alternativen für die Menschen, für die Betroffenen, als die Humanitäre Sprechstunde geschlossen war, wo sie eventuell hingehen konnten, denn bei vier Monaten waren sie an acht Donnerstagen erreichbar und quasi an acht auch nicht. Gab es da Möglichkeiten für diese Menschen, wohin sie gehen konnten?

**Senatorin Claudia Bernhard:** Lassen Sie mich auf jeden Fall vorwegschicken, dass ich, wie soll ich sagen, durchaus sehr unzufrieden gewesen bin mit dem jeweiligen Ausfall und dass wir das noch einmal mit Nachdruck, insbesondere auch ich persönlich, verfolgt haben.

Das Zweite ist: Akutfälle sind tatsächlich sofort behandelt worden, und zum Beispiel Schwangere et cetera wurden natürlich weitergeleitet und auch aufgefangen. Trotzdem muss man sagen, diese Lückenhaftigkeit darf sich nicht wiederholen.

**Präsident Frank Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rainer Bensch. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Rainer Bensch (CDU):** Handelt es sich bei der Humanitären Sprechstunde um eine gesetzlich verankerte Pflichtaufgabe des Staates, oder ist es eine freiwillige Leistung?

**Senatorin Claudia Bernhard:** Es ist keine gesetzlich verankerte Pflichtaufgabe, aber ich halte es trotzdem für angesagt, dass wir das auffangen, weil wir wirklich für die Menschen eine Möglichkeit schaffen müssen, sich gesundheitlich versorgen zu lassen. Wir lassen das zum Teil durch Ärzte und Ärztinnen in den Obdachlosenunterkünften machen, aber das reicht nicht aus, denn es gibt viel zu viele, die tatsächlich keinen Anspruch auf Gesundheitsversorgung haben. Insofern halte ich das für ein Grundrecht, egal, ob es festgelegt worden ist oder nicht.

(DIE LINKE)

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Rainer Bensch (CDU):** Ja, ich hatte ja eigentlich nur eine Frage gestellt, die man hätte schnell und kurz beantworten können, ich wollte gar keine Debatte anstoßen.

(Zuruf SPD – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Die Beschwerde, dass Antworten zu ausführlich sind, hören wir nicht so häufig! – Zurufe)

Meine jetzige Frage zielt darauf ab, ob auch dauerhaft in irgendeiner Art und Weise eine Finanzierung sichergestellt ist, denn wir wissen ja, was Sie eben noch gesagt hatten, dass für 1,5 Millionen Euro sozusagen eine Zweijahreslösung kommt, aber gleichzeitig lesen wir, dass der Senat ein 100-Millionen-Euro-Problem hat. Ist demnach auszuschließen, dass hieran gekürzt wird?

**Senatorin Claudia Bernhard:** Die Vorlage ist nach wie vor in Arbeit, und es wird sich auf die nächsten zwei Jahre beziehen, und wir werden selbstverständlich darüber nachdenken müssen, wie eine Weiterfinanzierung zu gelten hat. Ich denke aber, das an dem Punkt gegeneinander aufzuwiegen, wäre ein relativ schiefer Vergleich.

(Beifall DIE LINKE)

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 5: Grundschule in der Gartenstadt Werdersee**

**Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2022**

Bitte, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

1. Hat der Senat auf der Grundlage der entsprechenden Beschlüsse von Senat und Deputation für Kinder und Bildung inzwischen die Projektgesellschaft Gartenstadt Werdersee vertraglich mit dem Bau einer Grundschule beauftragt, und wann wurde dieser Vertrag abgeschlossen?

2. Haben die Bauarbeiten für die Grundschule bereits begonnen, oder zu wann sollen sie aufgenommen werden?

3. Ist die Planung noch aktuell, dass die Grundschule Gartenstadt Werdersee zum Schuljahr 2023/2024 ihren Betrieb aufnehmen soll?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

**Senatorin Sascha Karolin Aulepp:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Anmietung einer Bildungsimmoblie für die Schule Gartenstadt Werdersee wurde am 28. September 2021 im Senat, am 7. Oktober 2021 in der Deputation für Kinder und Bildung und am 8. Oktober 2021 im Haushalts- und Finanzausschuss jeweils behandelt und beschlossen. Der Mietvertrag wurde mit dem Vermieter zwischenzeitlich von Immobilien Bremen geschlossen, ebenfalls wurde der Nutzungsvertrag mit der Senatorin für Kinder und Bildung geschlossen. Einen Bauauftrag gibt es nicht.

Zu Frage 2: Die Arbeiten für den Bau der Grundschule wurden vom Vermieter bereits aufgenommen. Die Erdarbeiten sind derzeit in der Ausführung.

Zu Frage 3: Es ist geplant, dass die Schule Gartenstadt Werdersee zum Schuljahr 2023/2024 den Schulbetrieb aufnimmt. Der Fertigstellungstermin ist jedoch abhängig von den aktuellen und den

weiteren Entwicklungen der Marktlage im Baugewerbe. Zum jetzigen Stand liegen allerdings keinerlei Erkenntnisse über etwaige Verzögerungen vor. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 6: Wie kann der aktuelle Nutzungskonflikt von Rad- und Fußverkehr in der H.-H.-Meier-Allee entschärft werden?**

**Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 25. März 2022**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Wir fragen den Senat:

1. Wie schätzt der Senat die aktuelle verkehrliche Sicherheitssituation an der Fernwärmetrassenbaustelle in der H.-H.-Meier-Allee ein, insbesondere im Hinblick auf die Situation, dass Radfahrer auf den sehr engen Fußweg geleitet werden und es so zu gefährlichen Begegnungen zwischen Radfahrern und Fußgängern kommt?

2. Welche Kenntnisse hat der Senat zu bisher eingegangenen Beschwerden oder Unfallmeldungen an dieser Stelle?

3. Wie sieht es angesichts des anscheinend kurz vor der Vollendung stehenden Baustellenmanagementplans des Senats mit den Bemühungen des Senats aus, solche Situationen zukünftig zu vermeiden?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Radverkehrsführung während der Fernwärmetrassenbaustelle in der H.-H.-Meier-Allee ist frühzeitig abgestimmt worden. Grundsätzlich ist vorgesehen, den Radverkehr auf der nicht von der Baumaßnahme betroffenen Richtungsfahrbahn zu führen und die Einbahnstraße für den Radverkehr in der Gegenrichtung freizugeben. Im ersten Bauabschnitt zwischen dem Schwachhauser Ring und der Emmastraße ist dies aufgrund einer Engstelle an der BSAG-Haltestelle H.-H.-Meier-

Allee sowie der Zufahrt zur Ampel am Schwachhauser Ring nicht möglich.

Für den Radverkehr wurde eine Umleitung über die Emmastraße und die Crüsemannallee eingerichtet. Eine attraktivere Umleitung für Radfahrende über die Thomas-Mann-Straße wurde geprüft und ist jedoch mangels einer ampelgesicherten Querung über den Schwachhauser Ring ausgeschlossen. Radfahren wurde zudem auf dem bürgerparkseitig gelegenen Fußweg der H.-H.-Meier-Allee im Bereich der Baustelle erlaubt. Hier hat der Radverkehr auf die Fußgänger:innen Rücksicht zu nehmen. Gleichwohl sind Konflikte zwischen Radfahrenden und Fußgänger:innen zu beobachten, weshalb eine Fahrradstraße zwischen Emmastraße und Schwachhauser Ring eingerichtet wurde.

Zu Frage 2: Die gesamte Baumaßnahme der Fernwärmeleitung wird durch das örtliche Polizeirevier und die Straßenverkehrsbehörde eng betreut. Sowohl im dortigen Polizeirevier als auch bei der Straßenverkehrsbehörde sind keine Unfälle bekannt.

Zu Frage 3: Es befindet sich ein Leitfaden zur Führung des Rad- und Fußverkehrs in Arbeitsstellen in Arbeit. Die angewendeten Breiten entsprechen denen der gültigen Richtlinie. In diesem konkreten Fall würde der Leitfaden keine Änderung bewirken, da die Maße eingehalten würden und keine Alternative für eine andere Führung existiert. Auch künftig wird es Situationen geben, in denen aufgrund der Platzverhältnisse ähnliche Lösungen verwendet werden müssen. Dies kann kein Leitfaden verhindern. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Ich selbst laufe mehrmals pro Woche genau an dieser Engstelle entlang und habe selbst auch schon mehrfach wirklich gefährliche Situationen beobachten müssen, was insbesondere daran liegt, dass Fahrradfahrer dann dort auf diesem Weg entlangfahren und sich an Fußgängern vorbeidrängeln. Gibt es denn irgendwelche Überlegungen, dieses gefährliche und rechtswidrige Verhalten von Fahrradfahrern gegenüber den Fußgängern in irgendeiner Form zu kontrollieren oder auch zu sanktionieren?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Gerade, wenn es rechtswidrig ist, ist es ja eine Frage der Kontrolle, es ist dann ja nicht erlaubt. Dort wäre das Innenressort aufgefordert, dann auch wirklich einmal Kontrollen durchzuführen, das können wir

nicht in unserem Aufgabenbereich. Wie gesagt, es wird ja auch engmaschig begleitet durch die Polizei und unsere Verkehrsbehörde. Wenn Sie jetzt sagen, Sie haben das öfter beobachtet, dann würde ich das zum Anlass nehmen, dort auch noch einmal meinen Kollegen aus dem Innenressort zu bitten, einmal nachzuprüfen, ob es wirklich ständig zu diesen gefährlichen Situationen kommt und ob man dort einmal Kontrollen durchführen muss.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Ich habe noch einmal eine Nachfrage zur Konkretisierung: Ihnen liegen jetzt aber keine Kenntnisse vor, dass es dort irgendwie schon zu gefährlicheren Unfällen gekommen ist?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Das ist der letzte Stand, den wir abgefragt haben, und dort war die Aussage des Polizeireviers und auch der Straßenverkehrsbehörde, dass bisher keine Unfälle bekannt sind. Das ist keine optimale Situation, ich glaube, da sind wir uns einig, aber dass es schwierig ist, da eine Lösung herbeizuführen, liegt auch auf der Hand.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 7: Negative Antwortmöglichkeiten beim Erlebnisraum Martinstraße unerwünscht?  
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit,  
Heiko Strohmann und Fraktion der CDU  
vom 28. März 2022**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Wir fragen den Senat:

1. Aus welchen Gründen können Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage zum Aktionsprogramm Innenstadt bei der Frage zum Erlebnisraum Martinstraße, anders als bei den meisten anderen Fragen, ausschließlich zwischen positiven oder neutralen Antwortmöglichkeiten wählen?

2. Welchen Erkenntnisgewinn verspricht sich der Senat bei Fragen, die, wie in diesem Fall, negative Antwortmöglichkeiten nicht zulassen, auch vor dem Hintergrund der anschließenden statistischen Auswertung des gesammelten Datenmaterials?

3. Inwiefern wurde die Umfrage mit dem Senat vorab abgestimmt?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat teilt nicht die Auffassung, dass bei der Frage zum Erlebnisraum Martinstraße ausschließlich positive oder neutrale Antwortmöglichkeiten vorgegeben worden sind. Die Antwortmöglichkeit drei „Die Maßnahmen sind mir nicht aufgefallen“ ist, bezogen auf ein Projekt, das die Aufmerksamkeit und Wahrnehmung im öffentlichen Straßenraum ausdrücklich ansprechen soll, eindeutig als negativ zu bewerten.

Das Projekt Transformartini sollte den Straßenraum der Martinstraße, der bisher einer städtischen Trasse gleicht, urbaner gestalten und den trennenden Charakter der vierspurigen Fahrbahn zwischen Schlachte und Obernstraße überwinden. Fällt eine solche Maßnahme nicht auf, ist sie eindeutig negativ gewertet.

Zu Frage 2: Die Auswertung der Befragung fußt nicht allein auf statistischen Daten, sondern gewinnt besonders durch ihren qualitativen Anteil. So sind zu jeder Maßnahme des Aktionsprogramms Innenstadt auch freie Antworten in einem Textfeld möglich, und auch bei den in der Innenstadt durchgeführten Vor-Ort-Stationen wurden die Antworten der Teilnehmenden aufgenommen. Die statistische Auswertung ist somit nur ein Teil der Erhebung.

Zu Frage 3: Die Erstellung der Umfrage wurde im Vorfeld in einer Controllingrunde zum Coronaaktionsprogramm Innenstadt, bestehend aus Vertreter:innen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, der Senatskanzlei, der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, des Senators für Kultur und der Wirtschaftsförderung Bremen abgestimmt sowie der CityInitiative und weiteren zur Kenntnis gegeben. Die konkreten Fragen waren nicht Teil dieser Abstimmung. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Diese Antwortmöglichkeiten sind mir nicht aufgefallen, das ist ja auch schon in der „Bild“-Zeitung hervorgehoben worden, und da frage ich jetzt noch einmal nach: Die Antwortmöglichkeiten bei der Frage zu diesen neuen Toilettenanlagen waren „gefällt mir nicht“ und „ist mir nicht aufgefallen“. Welche von beiden ist jetzt negativer? Warum sind dort zwei negative Antwortmöglichkeiten vorgegeben?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ich habe es akustisch hoffentlich richtig verstanden, weil es sehr leise war. Herr Bodeit, ich hatte ja nun in der Antwort zu Frage 2 explizit auch noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass Sie auch ein Textfeld hatten, wo Sie jederzeit als Herr Bodeit hineinschreiben konnten: Die Maßnahmen fand ich doof.

(Zuruf CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ich glaube, das hat er auch gemacht, oder?)

Insofern kann ich es jetzt nicht so wirklich teilen, dass es keine Möglichkeit gab, die Martinstraße oder den Erlebnisraum Martinstraße nur positiv zu beurteilen, sondern im Gegenteil, es gab genügend Möglichkeiten, auch kritische Anmerkungen zu machen, auch sehr konkrete kritische Anmerkungen, mehr als nur ein „gefällt mir nicht“. „Ist mir nicht aufgefallen“ finde ich ehrlich gesagt dann auch, so, wie in Frage 1, ein negatives Statement, aber jeder hatte die Möglichkeit, das im Textfeld noch einmal zu konkretisieren.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Sie zwingen mich jetzt, einmal etwas polemisch nachzufragen! Wenn ich jetzt sagen würde, mir fällt keine Entwicklung des Domshofs auf, teilen Sie als Senatorin dann die Auffassung oder Schlussfolgerung, dass der Senat sozusagen negativ registriert?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Herr Bodeit, ich finde, Sie haben gesagt, Sie wollen jetzt polemisch sein. Ich weiß gar nicht, ob das unter Polemik fällt, denn dieser Vergleich hinkt einfach.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Stimmt!)

Ein Domshof würde, glaube ich, jedem auffallen. Es ging ja hier ganz konkret darum, den Verkehrsversuch Martinstraße mit dem Programm zur Aufwertung der Innenstadt zu koppeln. Warum? Weil wir aufgrund des Lockdowns und der Coronapandemie

gemerkt haben, dass wir die Menschen zurückholen müssen und etwas Attraktives bieten müssen! Das war der Hintergrund für den Erlebnisraum Martinstraße mit allen Aktionen. Die können Sie doof finden, oder die können Sie toll finden, die Holztürme zum Beispiel, aber insofern – –.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber abstimmen können wir es nicht!)

Noch einmal, Herr Strohmann: Sie konnten auch schreiben „fand ich doof“ oder „habe ich nicht gesehen“ oder „fand ich überflüssig“ oder sonst was, Sie konnten auch schreiben „fand ich super gut gelungen“, denn das hat auch endlich einmal junge Menschen dort hineingeholt. Diese Frage, die Sie gerade aufgemacht haben, ob man den Domshof übersehen kann, finde ich jetzt ehrlich gesagt nicht passend.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage zum Erlebnisraum Martinstraße und zu den Antwortmöglichkeiten? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Jetzt möchte ich noch einmal dabei bleiben! Eben haben Sie ja gesagt, wenn irgendetwas nicht aufgefallen ist, ist das irgendwie schon eine negative Aussage. So habe ich Sie doch richtig verstanden?

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Genau!)

Dann würde ich sagen, wenn mir jetzt kein Ausbau der, ich sage einmal, Schnellrouten auffällt, ist das dann auch negativ, also da könnte ich auch wieder sagen, da arbeitet der Senat dann negativ. Also da bleibe ich dabei.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Erst einmal würde ich sagen, auch die Radpremiumrouten, Herr Bodeit, ich glaube, jedem werden sie auffallen. Wenn es ihnen nicht auffallen würde, dass man plötzlich mit dem Fahrrad schnell durch die Stadt kommt, dann würde ich sagen, ja, das ist negativ.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie zu den negativen Antwortmöglichkeiten beim Erlebnisraum Martinstraße noch eine weitere, neue Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Dann komme ich davon jetzt einmal weg. Interessant ist, dass Sternkultur sowohl Transformartini organisiert als auch die Umfrage zum Aktionsprogramm Innenstadt gemacht hat. Inwiefern ist es fragwür-

dig, wenn Akteure Umfragen für Maßnahmen erstellen, die sie ebenfalls durchgeführt haben und sie anschließend auswerten und gegebenenfalls kommentieren?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Erstens, Herr Bodeit, will ich einmal sagen, es gab ja eine Ausschreibung, auch für Transformartini, und da haben wir fünf Angebote abgefordert. Zwei Firmen haben gar keines abgegeben, und am Ende ist es Transformartini geworden. Das ist mit SWAE auch --.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Herr Strohmann, Sie wissen ganz genau, was abfragen heißt. Es ist in jedem Vergabeausschuss so, wenn Sie eine Vergabe machen, dass Sie Angebote abfragen – üblicherweise drei Angebote, in dem Fall waren es fünf Angebote – und dann sehen, ob Sie von den Firmen auch Angebote bekommen. Da ist am Ende Transformartini herausgekommen.

Zur Erstellung der Umfrage habe ich Ihnen ja in der Antwort zu Frage drei sehr ausführlich gesagt, das ist mit den anderen Vertretern abgestimmt worden, nicht nur aus meinem Ressort, sondern auch denen der Senatskanzlei, der Senatorin für Wirtschaft, dem Senator für Kultur und der Wirtschaftsförderung. Insofern kann man jetzt, glaube ich, nicht sagen, dass Transformartini oder Sternkultur sich die Fragen selbst ausgedacht und allein auf den Weg gebracht haben.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Sie sagten gerade, dass es eine Ausschreibung gegeben hat. Da wäre jetzt noch einmal meine Folgefrage: War die Aufgabenstellung für die Erstellung der Fragen, ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ganz sicherlich nicht! Noch einmal, Herr Bodeit – vielleicht kommt es irgendwann an! –: Jeder hatte die Möglichkeit, in dem Textfeld einzugeben, was er hineinschreiben wollte, was er empfunden hat und was am Ende seine qualitative Aussage war, und ich glaube, ich habe sehr ausführlich dargestellt, dass es nicht nur eine statistische Auswertung gab, sondern auch eine qualitative, mit der wir ergebnisoffen hineingegangen sind und die wir auch dementsprechend auswerten. Eine Unterstellung, man hätte nur in eine Richtung gefragt, glaube ich, verbietet sich.

(Zuruf CDU: Das ist ja keine Unterstellung, das war nur eine Frage!)

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie noch eine neue Zusatzfrage zu der Thematik? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Was wird die Erstellung, die Auswertung und Veröffentlichung der Umfrage circa kosten?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil das ja in dem Gesamtpaket enthalten ist. Das liefere ich gern nach, aber die Gesamtkosten für den gesamten Versuch, auch inklusive des Erlebnisraums, beliefen sich ja auf 750 000 Euro. Das ist der letzte Stand, dort ist die Befragung inkludiert.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Welche Auswirkungen beziehungsweise Maßnahmen sollen diese einseitig durchgeführte Umfrage entfalten?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Also, Herr Bodeit, Sie können ja Transformartini kritisieren und für unnötig halten. Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass Bremen gerade den zweiten Preis – als zweitbeste Stadt von 30! – bei den Europäischen Mobilitätswochen bekommen hat. Warum? Auch wegen des Erlebnisraums Martinistraße! Insofern, unter anderem --.

(Heiterkeit CDU)

Ja, da können Sie lachen, aber andere schauen wirklich mit anderen Augen auf Bremen als Sie und haben das auch bei der Verkehrsministerkonferenz eher positiv bewertet.

(Zurufe CDU)

**Präsident Frank Imhoff:** Jetzt lassen wir bitte die Senatorin wieder sprechen!

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Es wäre schon ganz nett, wenn ich aussprechen könnte, Herr Präsident! Sie können das lächerlich finden, aber viele aus dem Verkehrsbereich schauen sich die Martinistraße wirklich positiv mit ihren Augen an, und das war auch bei der Verkehrsministerkonferenz in der letzten Woche der Fall, wo wir direkt an der Martinistraße getagt haben.

Sie von der CDU mögen das alles nicht gut finden, andere haben das gut gefunden und haben die Aktionen auch wirklich besucht. Ich erinnere unter anderem an das Konzert von Danger Dan, das extrem gut besucht war,

(Beifall DIE LINKE – Zurufe CDU, FDP)

und es wird in der Republik auch wahrgenommen, dass Bremen hier vorangeht, den Menschen wirklich auch Straßenraum zurückzugeben. Deswegen bekommt Bremen auch Preise wie bei der Europäischen Mobilitätswoche, und ich finde, dass das ein wirklicher Erfolg ist, Herr Bodeit, auch wenn Ihnen das nicht gefällt, aber die bremische Verkehrspolitik mögen Sie kritisieren, woanders wird sie wirklich als Vorbild genommen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: In Ihrer Blase!)

Nein, nicht in Ihrer Blase, sondern auch bei der Verkehrsministerkonferenz, wo auch Kollegen der FDP sitzen, Frau Bergmann!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Mich würde jetzt trotzdem noch einmal interessieren: Es gibt ja im Bereich Marketing verschiedene Möglichkeiten oder Verfahren, wie man so etwas auswertet. Welches Verfahren wird hier angewendet? Könnte es sich dabei zum Beispiel um ein bivariates Verfahren handeln, in dem explizit nur zwei Variablen berücksichtigt werden?

(Zuruf: Das ist doch albern! – Zurufe CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Herr Bodeit, mir war nicht bewusst, dass Sie jetzt so ein Marketingauswertungsexperte sind, wie Sie sich gerade darstellen,

(Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU]: Nein! – Zurufe CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

aber das ist etwas, das wir gern noch einmal in der Deputation diskutieren können. Ich glaube, dass da wirklich die Experten daran sitzen. Vielleicht gehören Sie ja dazu, das war mir, wie gesagt, bisher nicht bekannt, aber in der Tat geht es darum, es statistisch und qualitativ auszuwerten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU]: Fragen kostet zwar nichts, aber trotzdem: Nein, vielen Dank für die Beantwortung der Fragen! – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Uns kostet das Zeit!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Vielen Dank für die Beantwortung.

### **Anfrage 8: Aktueller Planungsstand der Unisportstätten**

**Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. März 2022**

Bitte, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD):** Wir fragen den Senat:

1. Welche Variante der Machbarkeitsuntersuchung, also Neubau oder Sanierung, präferiert der Senat, und aus welchen Gründen?
2. Wie sind der aktuelle Planungsstand sowie der damit verbundene Zeitplan der Sportstätten an der Universität Bremen?
3. Inwieweit finden in den Planungen dabei die Einführung des Sportstudiengangs sowie die Erhaltung des Bundesstützpunktes Rhythmische Sportgymnastik Berücksichtigung?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.

**Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat präferiert einen Neubau der Sportstätten. Die gesamte Gebäudesubstanz des Sportbereichs ist nach 40-jähriger Nutzungsdauer in erheblichem Maße kernsanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr dem heutigen baulichen energetischen Standard sowie den technischen Vorschriften. Der Neubau ist circa zwölf Millionen Euro günstiger als eine Sanierung und bietet zudem die Möglichkeit, nutzergerecht jene Flächen zu realisieren, die für den Studiengang, den Schul- und den Vereinssport benötigt werden.



Der erforderliche Flächenbedarf für den neuen Studiengang Sport wurde in Form einer Bedarfsermittlung des HIS-Instituts für Hochschulentwicklung erstellt. Neben dem ermittelten Flächenbedarf für die Einführung des Sportstudiengangs wurden die von der Senatorin für Kinder und Bildung sowie von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport übermittelten Bedarfe sowie die Bedarfe der rhythmischen Sportgymnastik und des Hochschulsportvereins in den Flächenansätzen der Machbarkeitsstudie berücksichtigt. Insgesamt werden zukünftig circa 3 800 Quadratmeter benötigt. Bei der Sanierungsvariante müsste die gesamte Bruttogeschossfläche von 12 500 Quadratmetern saniert werden, obwohl nur circa 30 Prozent dieser Fläche zukünftig benötigt werden.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der für einen Neubau spricht, ist, dass während der Bauausführung die Bestandsflächen genutzt werden können und somit der Sportbetrieb aufrechterhalten und die Einführung des Sportstudiengangs sichergestellt werden kann. Zudem ist bei einer Sanierung der Planungsaufwand deutlich höher, und die Bauphase dauert länger.

Zu Frage 2: Die Vergabe von Planungsleistungen wird zeitnah vorbereitet. Unter Berücksichtigung eines Planungsbeginns noch in 2022 wird voraussichtlich Ende 2023 die EW-Bau vorliegen. Der Baubeginn wird voraussichtlich Anfang 2025 sein, eine mögliche Fertigstellung des Neubaus wäre demnach Ende 2026 zu erwarten.

Zu Frage 3: Der erforderliche Flächenbedarf für den neuen Studiengang Sport wurde in Form einer Bedarfsermittlung des HIS-Instituts für Hochschulentwicklung erstellt. Neben dem ermittelten Flächenbedarf für die Einführung des Sportstudiengangs wurden die Bedarfe für den Schul- und Vereinssport von der Senatorin für Kinder und Bildung und der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport für die Flächenansätze der Machbarkeitsstudie abgefragt und in dieser berücksichtigt. Die Einführung des Sportstudiengangs zum Wintersemester 2023/2024 wird durch die Neubauvariante ermöglicht, da während der Bauausführung des Neubaus die Bestandsflächen weiter genutzt werden können.

Der Erhalt des Bundesstützpunkts Rhythmische Sportgymnastik, RSG, hat eine hohe Priorität. Im Zuge der Machbarkeitsuntersuchung wurden die Belange der RSG berücksichtigt, damit die uneingeschränkte Nutzung während und nach der Bauphase sowohl bei einem Neubau als auch bei einer

Sanierung sichergestellt ist. Die in dem Gebäudekomplex angesiedelte rhythmische Sportgymnastik ist als selbstständige Nutzungseinheit anzusehen. Außer einer gemeinsamen Gebäudeerschließung gibt es keine funktionalen Berührungspunkte mit den übrigen Sportstätten der Universität.

Da bei einem Neubau der Sportstätten und einem Rückbau der vorhandenen Sportanlagen die bisherige Erschließung der RSG-Sportstätten nicht mehr gesichert ist, werden hier entsprechende Ersatzmaßnahmen vorgesehen, die im Rahmen der Entwurfsplanung eng mit dem Bundesstützpunkt abgestimmt werden. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD):** Herzlichen Dank erst einmal für die erfreuliche Antwort, die Sie uns geben konnten! Ich habe erst einmal zwei Fragen, und zwar: Haben Sie schon einen Überblick über die Nutzung der Flächen, die frei werden, weil Sie jetzt davon gesprochen haben, dass Sie ein wesentlich geringeres Flächenvolumen benötigen. Die zweite Frage, die damit im Zusammenhang steht, lautet: Wird im Rahmen der Entwurfsplanung auch der Eingangsbereich für die rhythmische Sportgymnastik mitberücksichtigt? Ich glaube, Sie kennen die rückseitige Zuwegung zu dem Bundesstützpunkt, und diese ist nicht erfreulich. Das wäre eine Frage und auch ein Wunsch, das mitzuberücksichtigen.

**Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski:** Ihre erste Frage kann ich kurz beantworten: Nein, das haben wir nicht. Wir beschäftigen uns jetzt erst einmal mit der entsprechenden Planung, um dann den Umgang mit dem bisherigen Gebäudebestand auch entsprechend zu diskutieren.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ich war vor Kurzem selbst vor Ort und habe mit dem Bremer Turnverband und den Verantwortlichen der rhythmischen Sportgymnastik ein Gespräch geführt. Das Allererste, das mir natürlich aufgefallen war, war die Eingangssituation, und ich habe noch vor Ort die mich begleitenden Mitarbeiter und die entsprechenden Vertreter des Bremer Turnverbands gebeten, sich doch hier einmal gemeinsam auf den Weg zu machen. Ich glaube, es wird nicht viel kosten, wenn man einmal schaut, wie man das Ganze ein bisschen netter und ansehnlicher gestalten kann. Insofern, dabei werden wir den Bremer Turnverband

gern unterstützen, das habe ich, wie gesagt, noch direkt vor Ort in Auftrag gegeben.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD):** Ich kann den Ausführungen entnehmen, dass das Ressort zumindest die Planung hat, die Investitionsmittel in den Haushalt 2024 und 2025 auch einzubringen?

**Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski:** Das ist so. Lassen Sie mich hierzu gern sagen, dass wir natürlich das, was wir jetzt an Planungsmitteln in den Jahren 2022 und 2023 brauchen, ordnungsgemäß eingeplant haben. Das ist auch alles so beschlossen worden, und das werden wir natürlich entsprechend fortführen. Für die Jahre 2024 und 2025 wird es dann neue Haushaltsberatungen geben, und das wird natürlich vom Wissenschaftsressort entsprechend eingebracht.

**Präsident Frank Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Christopher Hupe. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Staatsrat, Sie haben eben in Ihrer Antwort ausgeführt, dass das Bestandsgebäude 12 500 Quadratmeter hat, die saniert werden müssten. Da handelt es sich ja dann auch viel um Büroflächen und Seminarräume im Sportturm. Können Sie sagen, wie viel davon Sportfläche wäre und wie viel dann mit der Neubauvariante wegfallen würde?

**Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski:** Das kann ich Ihnen bestimmt sagen, aber leider jetzt nicht aus dem Kopf. Das müssten wir im Haus noch einmal mit der Uni differenzieren lassen, das können wir aber im Nachgang natürlich gern darstellen.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen):** Die Zahl würde mich sehr interessieren, und wenn Sie sie mir noch einmal zukommen lassen könnten, wäre das hervorragend. Dann würde mich interessieren, ob bei der Präferenzentscheidung zum Neubau die Frage der Klimabilanz, also insbesondere im Hinblick auf die graue Energie des Bestandsgebäudes, eine Rolle gespielt hat und miteinbezogen wurde.

**Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski:** Das war insofern nicht nötig, als zunächst einmal dieser Kostenunterschied zwischen dem voraussichtlichen Aufwand für eine Sanierung und dem Neubau ja zwölf Millionen Euro beträgt, und insofern, mit Blick auf die benötigte Fläche – ich habe ja eben dargestellt, dass wir in Zukunft tatsächlich nur ein Drittel der bisher vorhandenen Flächen benötigen – muss man da gar keine weitergehenden Überlegungen in Bezug auf das Bestandsgebäude anstellen, um festzustellen, dass wir hier sehr eindeutig für die Variante eines Neubaus sind, die dann natürlich auch nach den entsprechenden modernsten Standards geplant und gebaut wird.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

*Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet. (Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 2069.](#))*

#### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

#### **Sozialsenatorin muss sichere und menschenwürdige Flüchtlingsunterbringung sicherstellen**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Anja Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sigrid Grönert.

**Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der unvermittelte Angriff Putins am 24. Februar auf die Ukraine und die Rücksichtslosigkeit, mit der dieser Krieg geführt wird, zwingen ohne absehbares Ende viele Menschen in die Flucht. Die Bereitschaft, den Geflüchteten zu helfen, ist auch in Bremen überwältigend groß und kann einen nur zum Staunen und natürlich zum Danken bringen. Ja, es gibt auch kritische Stimmen, aber die werfen keinen Schatten auf die vielen, die Besitz und Geld oder ihre Wohnung teilen, die viel Zeit opfern, indem sie Geflüchtete ehrenamtlich begleiten oder noch ganz anders

helfen. Einem Aufruf der Sozialbehörde, ganz offiziell Wohnraum auf einer eigens dafür bereitgestellten Internetseite anzubieten, wurde in überwältigendem Maße gefolgt. Vielen Dank an alle auch dafür!

Trotz dieses Engagements müssen aber offizielle Unterbringungen organisiert werden, und manchmal muss man Plätze förmlich aus dem Hut zaubern. Das hat in den letzten Wochen mit der Vorerfahrung aus dem Jahr 2015 auch recht gut geklappt, und dafür bin ich der Sozialsenatorin und ihrem Ressort auch sehr dankbar. Dass trotzdem nicht alles rundlaufen konnte, ist auch normal, und ich habe alle, denen manches nicht schnell genug ging, erst einmal beschwichtigt und auch um etwas Geduld gebeten.

Strukturen auszuweiten und neue zu schaffen, das geht nun einmal nicht von heute auf morgen, und auch, dass die Registrierung der Ankommenden zum Teil an fehlenden sogenannten PIK-Geräten liegt, die der Bund beschaffen muss, versuche ich immer wieder zu erklären. Auch Kita- und Schulplätze kann man sich nicht stricken, und die Anerkennung von Berufsabschlüssen braucht ihre Zeit. Aber zunehmend neigt sich die Zeit des geduldigen Wartens dem Ende entgegen, denn immer mehr zeigt sich, dass uns die Versäumnisse der Bremer Regierung aus den letzten Jahren rasant einholen. Bei der Registrierung und Umverteilung von in Bremen angekommenen Menschen war man schon vor dem Krieg in der Ukraine mit gut 1 000 Personen im Rückstand, und das lag nicht an fehlenden PIK-Geräten.

Es fehlten schon vor dem Krieg mindestens 1 000 Krippen- und Kitaplätze, und einige Hundert Kinder können nicht einmal im letzten Jahr vor der Einschulung eine Kita von innen sehen. Ebenso sind Schulplätze und Lehrer in Bremen schon lange Mangelware. Dazu warten bis heute viele Neubürger in Bremen bereits seit Jahren auf die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse. Längst nicht alle Hausaufgaben stehen erst seit dem 24. Februar im Bremer Notizheft, und so dürfen wir uns auch nichts vormachen: Hier steckt auch Potenzial für soziale Spaltung, wenn gerade angekommene Geflüchtete zum Beispiel schnell einen Kitaplatz bekommen, auf den andere schon lange vergeblich gewartet haben, und das liegt nicht an den hilfesuchenden Menschen, meine Damen und Herren, sondern das liegt an Versäumnissen in Bremen.

(Beifall CDU)

Auch in den Stadtteilen trauen Ortspolitiker aller Couleur den Zusagen des Senats, besonders aber denen der Sozialsenatorin, nicht mehr so oft über den Weg. Zu oft wurden Versprechen nicht gehalten. Trotzdem hat Bremen aber in den letzten Jahren oft bekräftigt, zusätzlich geflüchtete Menschen aufnehmen zu können, mehr, als laut Königsteiner Schlüssel angesagt wäre. Dazu wurden Anträge auf Bundesebene gestellt und eigene Programme erarbeitet. Zuletzt hat unsere Sozialsenatorin in der Integrationsministerkonferenz gefordert, das Asylrecht zukünftig auch für alle Klimaflüchtlinge zu öffnen.

Aber ist es tatsächlich sinnvoll, hier so voranzupreschen, obwohl man zu Hause schon bei kleinen Dingen scheitert, wenn der Wille, kriegstraumatisierten Flüchtlingen Sicherheit zu geben, hier schon an der Tür von Turnhallen endet? Was mich zurzeit an persönlichen Berichten aus diesen Turnhallen erreicht, finde ich erschreckend. Fotos von innen gibt es nur, wenn jemand heimlich Aufnahmen macht. Ja, man muss Geflüchtete vor neugierigen Blicken schützen, doch für einen wirklich umfassenden Schutz reicht es aber gewiss nicht aus, nur die Türen zuzuhalten.

(Beifall CDU)

Die wohl bislang schrecklichste Nacht, die die Menschen in der Turnhalle der Albert-Einstein-Oberschule Anfang letzter Woche erdulden mussten, wurde von der Bremer Regierung öffentlich nicht kommentiert, nicht einmal von der LINKEN. Das Regieren hat auch ihren Ruf nach Wahrung der Menschenwürde verstummen lassen.

(Beifall CDU)

Was war geschehen? In Bremen kommen nach wie vor viele Geflüchtete an, nicht nur aus der Ukraine, sondern zunehmend auch wieder mehr Menschen vom Westbalkan, oft Großfamilien, ebenso wie viele jüngere alleinreisende Männer zum Beispiel aus Nordafrika. Alle werden gemeinsam – weil man nicht zwischen guten und weniger guten Flüchtlingen unterscheiden will – in den Einrichtungen untergebracht, so auch in den Turnhallen. Manche Betreuer sagen sogar, wenn wir nach Geschlecht trennen, dann wird es schwierig, die vielen jungen Männer separat in einer Halle ruhig zu halten. Ja, aber dienen ukrainische Frauen und Kinder jetzt als Puffer für mehr Ruhe in einer Halle? Keine Sichtschutzwände, Feldbetten ohne Matratze, manchmal keine Kissen, keine Schränke, keine Schließfächer, keine Waschmaschine, kein

Trockner: Dieser minimalistische Standard in Notunterbringungen wird immer wieder damit begründet, dass die Menschen dort nur wenige Tage bleiben würden, sie bleiben aber oft wochenlang dort.

Warm, trocken und satt, das stimmt, aber stellen Sie sich die Situation einmal bildhaft vor: Schwangere, alleinreisende Frauen mit Kindern oder ohne weitere Kinder, alte, vielleicht kranke Menschen, laut streitende Familien und junge Männer, manchmal mit aggressivem Verhalten und verstrickt in Machtkämpfe untereinander, mehr als 100 grundverschiedene Menschen wochenlang zusammen in einer Halle! Warm, trocken und satt, aber ganz bestimmt nicht sicher! Außer Arzt- und Ämterbesuchen, Essenszeiten oder Wäschewaschen von Hand, verbunden mit der Sorge, wie man die Sachen wieder trocken bekommt, gibt es kaum Beschäftigung.

Selbst Sportvereine, von denen einige bereits Aktivitäten für die Geflüchteten angeboten haben, hoffen oft vergeblich auf schnell und weit geöffnete Türen. Öffentliches Schwärmen darüber, wie viele hilfsbereite Vereine und Ehrenamtliche es gibt, bindet und hält doch aber noch niemanden, man muss auch organisieren, dass die Angebote bei den Geflüchteten ankommen. Ehrenamtliche muss man jetzt gut binden, denn diese engagierten Menschen werden nicht warten, bis das Sozialressort einmal irgendwann seine angekündigte Ehrenamtsstrategie vorlegt.

(Beifall CDU)

Aber zurück zur Turnhalle! Anfang letzter Woche kam es in der Turnhalle der Albert-Einstein-Oberschule gegen Mitternacht zu einem schrecklichen Vorfall. Mit einem aus der Küche geholten Messer und mit weiteren Gegenständen gingen junge Männer im Streit aufeinander los, sie stritten sich um eine elektrische Zahnbürste. Die Polizei musste eingreifen, und mehrere Personen kamen verletzt ins Krankenhaus. Es erschüttert mich zutiefst, daran zu denken, wie sich die Frauen, darunter Schwangere, die anderen Männer und vor allem auch die Kinder gefühlt haben müssen. In Panik haben in der Nacht einige darum gebettelt, weggebracht zu werden.

Es war ein aus meiner Sicht vermeidbares, ganz furchtbares Erlebnis, das kriegstraumatisierte Menschen mitten in unserer Stadt in Angst und Panik versetzt hat, und am nächsten Tag geschah

nichts. Niemand aus der Bremer Regierungskoalition forderte, dass so etwas nicht wieder passieren darf. Einige Tage später wurde diese Turnhalle aber, so, wie ich es verstanden habe, lediglich wegen ihrer Schulanbindung als Erstes geräumt, nicht wegen der angespannten Lage, hat ein Sprecher aus der Sozialbehörde gesagt. Die Menschen durften dann, bevor die Halle geräumt wurde, noch einige angsterfüllte Nächte gemeinsam in dieser Halle verbringen, und diese Unterbringung in Turnhallen in ihrer jetzigen Form wird, wie öffentlich oft geäußert, strikt weiterverfolgt.

Den Ansatz, für eine kurze Zeit notfalls auch einmal eine Turnhalle zu nutzen, kann ich ja sogar verstehen. Manchmal braucht man eben auch schnell verfügbare Plätze, obwohl man dabei nie vergessen sollte, dass man sich nicht nur auf wenige Stadtteile konzentrieren darf und den Kindern dort die so wichtigen Sportangebote großflächig lahmlegt, wie es aktuell geschieht, und man darf doch auch nicht mehr behaupten, die Menschen in den Turnhallen würden dort nur für wenige Tage bleiben, wenn es einfach nicht stimmt.

Wenn Flüchtlinge, wie zurzeit üblich, dort wochenlang ausharren müssen, dann muss man dort neben warm, satt und trocken auch weitere Mindeststandards erfüllen. Auch geflüchtete Menschen in Notunterbringungen brauchen Sicherheit, etwas Privatsphäre, hygienisch vertretbare Verhältnisse und auch Beschäftigung. Wir erwarten, dass unsere Sozialsenatorin dafür Sorge trägt und nicht nur mit ernster Miene medienwirksam feststellt, dass Turnhallen eine Unterbringungsform sind, die sich niemand wünscht. Es wäre doch recht schnell gemacht, Menschen in solchen Hallen wenigstens so weit wie möglich getrennt nach Geschlecht oder anderen Kriterien unterzubringen, oder man muss doch wenigstens mit Sichtschutzwänden oder mit Waschmaschinen, Trocknern und tagesstrukturierenden Angeboten die Situation entschärfen.

Übrigens wäre die Unterbringungssituation auch entspannter, wenn Sie es endlich schaffen würden, die vielen gemeldeten Wohnraumangebote abzuarbeiten. Sie können doch niemandem mehr plausibel erklären, dass auf der einen Seite viele Anbieter von Wohnraum bis heute frustriert auf eine Rückmeldung warten und auf der anderen Seite Menschen in die Turnhallen müssen. Die Situation in den genutzten Turnhallen ist für unsere Verhältnisse jedenfalls menschenunwürdig. Jede Bewegung, jede Umarmung, jede Träne, jede zu trocknende Unterhose, alles wird unvermeidlich über Wochen hinweg mit gut 100 anderen Menschen

geteilt, die einem nicht immer wohlgesonnen sind. Das muss nicht so sein, und damit werde ich mich auch nicht einfach so abfinden.

Zum Schluss danke ich nochmals allen, die sich in welcher Einrichtung auch immer oder ganz anderswo unermüdlich für die Bedürfnisse geflüchteter Menschen einsetzen. – Haben Sie herzlichen Dank fürs Zuhören!

(Beifall CDU)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Valentina Tuchel.

**Abgeordnete Valentina Tuchel (SPD):** Man muss ja erst einmal einatmen und Luft holen nach der Darstellung! Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in Tat so: Seit zwei Monaten herrscht der Krieg in der Ukraine, seitdem haben Tausende von Menschen aus dem Kriegsgebiet Schutz in Bremen gefunden. Damit alle Schutzsuchenden untergebracht werden können, schafft Bremen, das Sozialressort, laufend neue Unterkünfte, und das ist und bleibt eine Herausforderung für Bremen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Bremen hat inzwischen über 6 000 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Etwa zwei Drittel der ukrainischen Flüchtlinge sind bei Verwandten, Bekannten, Freunden und in eigenen Wohnungen bei einheimischen Menschen untergebracht worden,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Gott sei Dank!)

und das ist ja eine große Leistung.

(Beifall SPD, FDP – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber nicht Sie als Senat!)

Ist das eine unwürdige Unterbringung?

(Zuruf: Nein, darum ging es auch gar nicht!)

Die Anteilnahme, Hilfsbereitschaft und Solidarität in der Zivilgesellschaft sind beispiellos,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Stellen Sie sich einmal vor, das würde nicht sein, dann wäre noch mehr Chaos!)

und dafür danke ich den einzelnen Menschen, Vereinen, Institutionen, Kirchen und privaten Trägern, Wohlfahrtsverbänden,

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Einmal geklappt, weil bei der Stadt nichts klappt!)

aber auch besonders dem Wohnraumvermittlungsprojekt. Nein, ich danke hier an dieser Stelle den Strukturen, die wir, das Sozialressort, geschaffen haben,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

die schon vor acht Jahren geschaffen wurden und die wir nicht abgebaut haben, für ihre Unterstützung! – Danke schön!

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Sie schmücken sich mit fremden Federn! – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Was ist das denn?)

Die CDU-Fraktion hat die Aktuelle Stunde beantragt. Wenn man die Begründung für die Aktuelle Stunde liest, entspricht das überhaupt nicht dem, was ich jetzt gehört habe.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Waren Sie in Osterholz?)

Das steht in keinem Verhältnis zu dem, was Sie aufgeschrieben haben!

(Zuruf CDU)

Was denn? Genau! Dann lesen Sie bitte! Der Krieg in der Ukraine hat das Unterbringungssystem für Geflüchtete in Bremen in kürzester Zeit an seine Kapazitätsgrenzen gebracht, und bereits vor Kriegsbeginn waren die circa 5 000 Unterbringungsplätze in Bremen –.

(Zuruf CDU)

Das habe ich nicht gehört!

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist auch besser so! – Unruhe)

**Präsident Frank Imhoff:** Frau Abgeordnete Tuchel, ich möchte hier heute noch einmal etwas loswerden: Es ist eine allgemeine Unruhe hier im Saal, schon den ganzen Nachmittag. Ich bitte doch um etwas mehr Konzentration, damit wir diese wichtigen Themen, die auf der Tagesordnung stehen,

auch wirklich alle gemeinsam zusammen abarbeiten können! – Danke schön!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Abgeordnete Valentina Tuchel (SPD):** Danke schön! Diese 5 000 Unterbringungsplätze in Bremen sind fast komplett belegt, kurzfristig mussten in der Stadt Bremen seit Februar dieses Jahres knapp 2 000 zusätzliche Menschen untergebracht und entsprechende Plätze geschaffen werden, und der überwiegende Teil davon sind Plätze in Notunterkünften. Naturgemäß kann es dabei beim Aufeinandertreffen von Personen zu verbalen und körperlichen Auseinandersetzungen kommen. Insbesondere das Fehlen von Privatsphäre beispielsweise, also mangelnde räumliche oder visuelle Trennungen innerhalb einer Unterkunft, können auch zusätzlich als belastend empfunden werden. Das sind Rahmenbedingungen, die sich verschärfend auf die Gesamtlage in einer Unterkunft auswirken.

Ich habe gestern die Turnhalle in Blockdiek besucht. Ich habe gestern die fehlenden Sichtabtrennungen und die gemeinsame Unterbringung von Männern, Frauen und Kindern angeschaut. Ich habe mit den Flüchtlingen gesprochen, und ich habe mich in dem Moment an meine Ankunft in Deutschland erinnert, als ich in den Neunzigerjahren in einer Turnhalle mit über 300 Menschen auf Zwei-Etagenbetten war. Unschön, natürlich, aber das ist eine Notsituation,

(Zuruf: Genau!)

und das verstehen wir alle.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Die Stimmung unter den geflüchteten Menschen in Blockdiek war viel, viel besser als das durch die CDU-Fraktion heute gemalte Bild.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich war nicht allein. Frau Professor Dr. Quante-Brandt war als sportpolitische Sprecherin mit, sie kann das auch noch einmal bestätigen, was ich hier an dieser Stelle erzähle.

Ja, die Menschen wollen wissen, wie es weitergeht, ja, sie haben viele Fragen: nach der Registrierung und Wohnungsunterbringung, nach der Versor-

gung ihrer Kinder, nach der gesundheitlichen Versorgung. Ich habe besonders bei Frauen immer wieder nachgefragt, ob sie sich dort wohlfühlen, ob sie sich dort sicher fühlen, das war mir ganz, ganz wichtig, und sie haben es mir jedes Mal mit Ja beantwortet.

Die Menschen, die in den Turnhallen unterkommen, werden auch von der durch die Sozialbehörde beauftragten Wohlfahrtsorganisation betreut und unterstützt, und die Sporthalle der Albert-Einstein-Schule wurde letzte Woche freigezogen. Die Menschen sind jetzt in der Zeltstadt Überseestadt untergebracht. Noch ist die Halle aber nicht für den Sport freigegeben, zuerst muss natürlich noch eine Begehung durch Immobilien Bremen gemacht werden.

Die Neuwieder Straße, wenn wir von Osterholz sprechen, von Mobilbauten, ist bis zum 30. September verlängert. Drei weitere Turnhallen sind momentan belegt. Von einem Beispiel habe ich die Situation ja ganz klar dargestellt. Ja, wir sind uns einig, dass eine Unterbringung in Turnhallen nach Möglichkeit vermieden werden soll. Das betont auch die Sozialsenatorin immer wieder gern und immer wieder klar und deutlich, in jedem Zeitungsartikel und in jedem Interview, und sie spricht auch von Turnhallen als der allerletzten Option. Sie spricht nicht nur, sondern nimmt es so wahr und vertritt das auch nach außen und nach innen.

Dieses Bild, schwangere Frauen sind in der Turnhalle mit 120 – -. Das ist Unsinn!

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Was?)

Das, was Sie erzählen, diese Bilder existieren nicht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ganz wichtig, dass für die traumatisierten Menschen, größtenteils Frauen und Kinder, eine angemessene Unterbringung sichergestellt wird. Das haben wir ja auch in den letzten acht Jahren sehr intensiv diskutiert, und wir vertreten das auch nach wie vor. Nicht umsonst haben wir frauenspezifische Belegungsmöglichkeiten und Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen. Entschuldigung, aber der Sozialsenatorin darf man nicht den Vorwurf machen, dass die Flüchtlingsunterbringung in Bremen menschenunwürdig ist oder unsicher sei.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Das kann ich nicht so stehen lassen, weil ich gerade diese Unterbringungsmöglichkeiten beziehungsweise Einrichtungen besuche, weil ich mit Menschen spreche, weil ich tatsächlich in der Beratung mit ukrainischen Bürgern viel zu tun habe, weil ich mit meinen Kollegen im Austausch bin, und jetzt können Sie uns nicht erzählen, wie wir sie unterbringen haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Natürlich haben auch bei der Belegung von Turnhallen die Sicherheit der betroffenen Menschen sowie eine menschenwürdige Versorgung immer Priorität. Die Unterbringung der Geflüchteten muss daher eine Selbstverständlichkeit sein, auch wenn sie vielfältige Herausforderungen mit sich bringt und uns auch an unsere Grenzen bringt, und wir beschönigen die Situation nicht. Wir gehen mit der Situation sehr sorgfältig und ehrlich um, und dass in solch einer Ausnahmesituation nicht alles reibungslos abläuft, will ich gar nicht bestreiten. Es gibt Verbesserungspotenzial, das habe ich bereits auch deutlich gemacht, aber es ist ja auch den Rahmenbedingungen geschuldet.

An dieser Stelle wünsche ich mir, dass die neue Qualität der Flüchtlingspolitik für alle Geflüchteten gleich gilt, damit die Gleichbehandlung in den Unterkünften einfach besser gesichert werden kann.

(Beifall SPD – Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp.

**Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Vorfällen in der Turnhalle der Albert-Einstein-Oberschule möchte ich klar und deutlich sagen: Gewalt jeglicher Art tolerieren wir nicht;

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

nicht in unseren Einrichtungen, nicht auf der Straße, nicht in unserer Stadt. Natürlich müssen wir als aufnehmende Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass entsprechende Aufnahmestrukturen geschaf-

fen werden, die ein friedliches Miteinander sicherstellen. Die Messerattacke hat mich sehr besorgt, dieses Verhalten ist nicht zu entschuldigen. Gleichzeitig haben die Einrichtungsleitung und die Einsatzkräfte der Polizei sehr schnell darauf reagiert. Die betroffenen Personen wurden voneinander getrennt und in andere Unterbringungen verlegt.

Die körperliche Auseinandersetzung hat sicherlich sehr beängstigend und belastend auf die Zeugen gewirkt, da gebe ich Frau Grönert auch recht, das bedauere ich auch sehr. Das darf nicht wieder vorkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, es hat sehr wahrscheinlich etwas mit der Belegungssituation in dieser Turnhalle zu tun. Ich betone an dieser Stelle, dass in den anderen Turnhallen das Miteinander unter ähnlich schwierigen Bedingungen gut funktioniert, das hat auch Frau Tuchel vorhin gesagt. Ich habe auch mit einzelnen Turnhallen telefoniert und mich noch einmal wirklich – -. Gerade ich, weil ich im Bereich Gewaltschutz arbeite, toleriere solche Sachen nicht, und da wurde mir versichert, solche Vorfälle gebe es in diesen Turnhallen nicht, Frau Grönert.

Trotzdem, Notunterkünfte sind Notunterkünfte. Sie dienen dem Zweck, die Obdachlosigkeit der Geflüchteten zu vermeiden. Sie sind das letzte Mittel in einer Notsituation, die wir leider aktuell haben, denn seit dem 24. Februar steht die Welt Kopf. Mitten in Europa herrscht Krieg. Wir leben mitten in einer Zeitenwende, und da ist es natürlich unsere oberste Aufgabe, die Geflüchteten aus dem Kriegsgebiet aufzunehmen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Doch bereits vor dem Krieg in der Ukraine – da gebe ich Frau Grönert recht, wir haben ja auch öfter in der Sozialdeputation darüber gesprochen – waren die Kapazitäten in den Unterkünften für Geflüchtete fast ausgeschöpft. Von einem Tag auf den anderen mussten unsere Aufnahmekapazitäten wie im Jahr 2016 deutlich erhöht werden. Das ist ein Kraftakt. Danke an die Haupt- und Ehrenamtlichen, die das erneut ermöglicht haben!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Sport- und Turnhallen sind wichtige Orte für Kinder und Jugendliche und alle Erwachsenen, die Sport machen wollen. Gerade nach der Pandemie,

als Letzteres nicht möglich war, brauchen wir unsere Turnhallen für Sport, und sie sind die letzten Orte, die für die Unterbringung belegt werden. Das stellt hier in diesem Haus, glaube ich, auch niemand infrage, und wenn es dazu kommen muss, ist vorab mit dem Bildungsressort und dem Landessportbund geklärt worden, unter welchen Kriterien die Sporthallen ausgewählt werden; nicht beliebig, nicht in einem Stadtteil oder die Sporthallen. Das wurde alles mit dem Bildungsressort und auch dem Landessportbund abgesprochen.

Die Aufnahme von circa 6 000 Geflüchteten stellt uns als Land und als Stadt vor eine enorme Herausforderung, das müssen wir nicht schönreden. Zusätzlich kommen auch weiterhin Schutzsuchende aus anderen Ländern. Das ist auch gut so. Bremen ist eine weltoffene, bunte und internationale Stadt, und gerade deshalb lehne ich Ihre Intention ab, liebe Abgeordnete der CDU, die Geflüchteten nach Nationalitäten und Geschlecht unterzubringen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Respekt und Toleranz sind wichtige Grundpfeiler des Zusammenlebens, auch später in unseren Quartieren. Wir lehnen daher eine Separierung ab. Auch im Hinblick auf den Integrationsverlauf und Spracherwerb ist das nicht förderlich, ganz im Gegenteil. Wie das Belegungsmanagement künftig womöglich verbessert werden kann, werden wir uns anschauen. Besonders Schutzbedürftige müssen einen besseren Schutz und eine bessere Sicherheit erfahren, das steht außer Frage, und natürlich ist es das Ziel, sowohl die Notunterkünfte als auch die Zeltstadt in der Überseestadt so schnell wie möglich gegen feste Übergangswohnheime, Hotels und eigene Wohnungen zu ersetzen. Das Sozialressort ist permanent mit dem Auszug und Umzug beschäftigt, seit Tagen und seit Monaten. Ich wünsche mir deshalb einen großen Applaus für unsere Sozialbehörde, die tagtäglich diesen Arbeiten nachgeht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Auch die Unterbringung in privaten Unterkünften ist ein wichtiger Pfeiler. Die Kritik, dass das zu wenig genutzt wird, ist auch bei mir angekommen, doch wir können ja nicht blindlings Schutzsuchende vermitteln, ohne die Gastgeberinnen und Gastgeber einmal im Hinblick auf ihre Motivation und Glaubwürdigkeit hin zu überprüfen. Dass das dauert, ist auch wichtig und richtig.

An meine werte Kollegin Frau Grönert gerichtet möchte ich gern sagen, in der Sitzung der Sozialdeputation am 28. April hat unser Staatsrat Herr Fries berichtet, dass mit Hochdruck in der Überseestadt eine Zeltstadt aufgebaut wird und dass, sobald diese steht, was jetzt der Fall ist, die Geflüchteten aus den Turnhallen dahin verlegt werden. Die Turnhalle der Albert-Einstein-Schule ist seit letzter Woche leer, da sind keine Menschen mehr untergebracht. Auch der kurze Draht zum Ressort ist Ihnen gut bekannt, Frau Grönert, Informationen hätten Sie dort unmittelbar und direkt erhalten können.

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Ich brauchte keine Informationen! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir hatten die Informationen!)

Ja, Sie brauchen keine Info, das habe ich vorhin auch gemerkt. Das hätte Ihnen auch gutgetan!

(Beifall SPD)

Den mit der Aktuellen Stunde verbundenen Vorwurf der CDU, die Sozialsenatorin würde keine sichere und menschenwürdige Unterbringung sicherstellen, kann ich nur aufs Schärfste zurückweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie kennen das Sozialressort und auch die Sozialsenatorin viel länger als ich, und Sie wissen ganz genau, was für eine Flüchtlingspolitik und humanitäre Flüchtlingspolitik sie in der Stadt Bremen macht. Das hätte ich mir dann anders gewünscht, liebe Kollegen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vor einer Woche war ich in der Überseestadt zu Besuch. Die ortsansässigen Träger und aktiven Akteure im Stadtteil haben sich viel früher vernetzt, wohl wissend, welche neuen Herausforderungen mit dem Umzug der vielen Geflüchteten nun auf das Quartier zukommen werden. Über 40 Prozent der hier ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine sind Kinder und Jugendliche. Für diese brauchen wir unabhängig von ihrer Unterbringung schnelle niedrigschwellige Angebote für Sport, Betreuung, Sportförderung

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Was machen Sie da? Nichts!)

und Schul- und Kitaplätze. Da machen wir das. Das ist für Sie nichts, aber das ist für uns viel.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])



Auch, wenn fast alle Geflüchteten sagen, dass sie, so schnell es geht, mit den Kindern wieder nach Hause in die Ukraine zurück möchten, wissen wir aber von den Bildern aus dem Fernsehen, so schnell wird es leider nicht gehen. So müssen wir Strukturen und Kapazitäten schaffen, die allen Kindern – ich betone hier auch gern allen Kindern! – die Teilnahme an Schule und Kita und Betreuungsangeboten ermöglichen. Jeder geflüchtete Mensch, der zu uns kommt, muss unabhängig von seiner Herkunft und seinem Geschlecht sicher und menschenwürdig untergebracht werden.

Ich wiederhole mich auch gern: Bremen ist eine bunte und weltoffene Stadt, die für Toleranz und Respekt steht. Deshalb stehe ich nicht für getrennte Unterkünfte, sondern für Begegnung, positive Erlebnisse und Offenheit. Wir wollen friedlich und respektvoll zusammenleben,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: In der Notunterkunft!)

ohne Männer unter Generalverdacht zu stellen.

(Beifall SPD, FDP)

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei vielen ehrenamtlichen, aber auch bei hauptamtlichen Helferinnen und Helfern bedanken, die den ankommenden Menschen ihre Tür und ihr Zuhause geöffnet haben, ihnen ihre Zeit geschenkt haben und ein Ankommen in unserer Stadt, in unserem Bundesland erleichtert haben. Dafür danke ich ihnen sehr, und sie verdienen unseren Respekt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

**Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir erleben eine Debatte über Flüchtlingspolitik. Sie hätte dafür wahrlich keine Aktuelle Stunde genehmigt bekommen, denn das wäre in der Tat kein Anlass gewesen, weil wir darüber hätten permanent diskutieren können und dürfen. Allerdings braucht man für Aktuelle Stunden immer einen Anlass. Den hat sich die CDU gesucht und ihn gefunden, und da müssen wir fragen, ob so ein Einzelfall denn tatsächlich exemplarisch ist für ein System oder eben ein Einzelfall. Ich glaube, es ist ein Einzelfall, und deswegen bin ich der Meinung, dieser

Aktuellen Stunde hätte es nicht bedurft, weil es natürlich so ist, dass wir uns fragen können: Wie wollen wir Menschen unterbringen, und was wäre die beste Unterbringung?

Wenn ich aber die Vokabeln und die Begründung für die Aktuelle Stunde lese, frage ich mich: Reden wir über Bremer Unterbringungen, oder reden wir über die Unterbringung von syrischen Geflüchteten in Griechenland und in der Türkei und an anderen Stellen dieser Welt,

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

in denen wir menschenunwürdige Unterbringungen gesehen haben und bei denen wir uns dafür einsetzen müssen und werden, dass sie verbessert werden und bei denen auch die Europäische Union gefordert ist, entsprechend zu handeln? Aber zu sagen, dass dies hier menschenunwürdig sei, da frage ich mich dann tatsächlich, ob wir schon noch die richtigen Vokabeln nutzen oder die gleiche Sprache sprechen.

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Um nicht falsch verstanden zu werden: Was dort passiert ist, darf nicht passieren, soll nicht passieren, aber wo viele Menschen zusammen sind, ist das nicht immer zu vermeiden. Es gibt in dieser Stadt auch immer wieder Gewaltsituationen, und auch Streit über Zahnbürsten soll zu so etwas führen, wie wir jetzt gesehen haben. Aber das ist doch nichts, was wir tolerieren oder was irgendjemand gut findet! Genauso habe ich nicht jemanden hier im Parlament gefunden oder im Senat, der sagt, klasse, wir bringen Menschen in Turnhallen unter. Nein, alle wollen eine bessere Art von Unterbringung,

(Beifall FDP)

und insofern bin ich auch dankbar, dass ganz viele Bremerinnen und Bremer bereit sind, Menschen unterzubringen und dass sie das dann auch tatsächlich getan haben und nicht gewartet haben, bis der Senat dort aktiv wird, sondern dass sie selbst aktiv geworden sind. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall FDP, SPD, DIE LINKE)

Diese Solidarität entlastet doch den Staat und hilft, dass unser Sozialstaat überhaupt leisten kann, was

er leisten muss, und das ist doch das, was eigentlich unseren sozialen Staat ausmacht.

Wenn ich dann aber diese Debatte höre, frage ich mich an der anderen Stelle auch: Wo war diese Forderung von der Union im Jahr 2015?

(Beifall FDP, SPD, DIE LINKE)

Ich sehe immer mehr an dieser Stelle, dass Sie anfangen, gute und schlechte Flüchtlinge zu unterscheiden, anfangen, bei Männern und Frauen zu unterscheiden,

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Ja! – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das habe ich mich auch gefragt!)

hier eine Gesellschaft differenzieren

(Zurufe CDU)

und die Menschen unterscheiden, wo ich mich frage, ob wir nicht wollen, dass alle Menschen in einer inklusiven Gesellschaft leben und wo wir dann nicht sagen müssen, dass wir Menschen, die geflüchtet sind,

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

die alle hier leben wollen, hier aufnehmen wollen, eine inklusive Gesellschaft wollen und diesen Menschen dann auch ihren Schutz hier gewähren müssen.

(Beifall FDP, SPD, DIE LINKE)

Zurück zum Einzelfall! Sie sagen, es sei nichts getan worden. Ich glaube, diejenigen, die dort beteiligt waren, sind gleich aus der Unterkunft herausgenommen worden – so sind die Auskünfte, die ich erhalten habe –, und die andere Sache ist, dass schon vorher angefangen wurde zu planen, die Einrichtung in die Zeltstadt zu verlegen, weil natürlich jedem klar war, dass eine Turnhalle gerade mit einem Schulbetrieb nicht so die tollste Lösung ist. Insofern: Auch dazu haben Sie mit ihrer Aktuellen Stunde nicht einmal den Anstoß gegeben.

Insofern bleibt es so, dass wir natürlich wieder die Situation haben, dass hier gehandelt werden musste und gehandelt werden wird und wir natürlich weiter schauen müssen, wie wir den Schutz für Leib und Leben hier gewährleisten können, wo die

menschenunwürdigste Situation – der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine – dazu geführt hat, dass die Menschen hierher flüchten müssen.

Trotzdem bleibt dann die Aufgabe: Wie können wir dann die Wohnungen vermitteln, die da angefragt werden? Sie können aber doch nicht sagen, das muss alles schnell geschehen. Sie sind doch die Ersten, die schreien würden, wenn dort dann bestimmte Menschen unter den Anbietern auftauchen, die der Staat vermittelt hat, und der Staat hat dann natürlich auch eine Garantenstellung, wenn er vermittelt. Sie wären die Ersten, die schreien würden, und ich übrigens auch, wenn da an die Falschen vermittelt wird, und wir wissen, was an den Bahnhöfen abgegangen ist, als die ukrainischen Frauen zuerst kamen. An solche Vermittlungen mag ich gar nicht denken. Dann hätten wir ein echtes Problem.

(Beifall FDP, SPD, DIE LINKE)

Abschließend, weil Sie hier eine Generaldebatte über Flüchtlinge führen:

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, das sind nur Sie!)

Ich stelle fest, der Senat hat aus der Flüchtlingskrise 2014/2015 viel gelernt. Viele dieser Erfahrungen konnten genutzt werden, um jetzt reagieren zu können, und ich bin froh, dass wir übergangsweise nur wenige Turnhallen nutzen müssen, dass wir noch nicht auf Zelte im Sinne von wirklichen Zelten, sondern auf Zelte, die stabiler und beheizbar sind – im Moment brauchen wir es nicht, aber irgendwann werden wir es brauchen –, zurückgreifen müssen. Ich bin sehr froh, dass diese Erfahrungen gemacht wurden, dass unsere zivilgesellschaftlichen Strukturen, dass die Hilfsorganisationen funktionieren und dass dort große Arbeit geleistet wird, dass viele Freiwillige dabei sind und viele Sachspenden geleistet werden.

Insofern wollen wir uns nicht den Mängeln verschließen, die das System hat, aber die Mängel so hochziehen, halte ich für falsch. Die kann man auch außerhalb des Parlaments klären, und in dem Fall, den Sie hier zum Anlass nehmen, war die Klärung gar nicht nötig, denn er befand sich schon in der Lösung, als Sie noch die Tinte auf das Papier haben drucken lassen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich einmal sagen, dass es natürlich bitter ist, dass Geflüchtete, die vor Krieg, vor Vertreibung hier in Bremen Schutz gesucht haben – Männer, Frauen –, in einer Unterkunft in eine Situation geraten waren, in der sie verletzt wurden und in der sie verängstigt wurden. Das ist bitter, und das wollen wir nicht, denn selbstverständlich sollen Schutzsuchende subjektiv und objektiv den Schutz bekommen, den sie auch verdienen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie meine Vorrednerinnen und Vorredner möchte ich gleich auch noch einmal auf die Rahmenbedingungen zu sprechen kommen, und ich möchte mich auch dem anschließen, was eben gesagt wurde.

Wenn es darum gehen würde, die Unterbringungsbedingungen zu verbessern, dann hätte ich mir tatsächlich Vorschläge von der CDU gewünscht, und ich frage mich tatsächlich: Was ist der eigentliche Sinn und Zweck dieser Aktuellen Stunde? Ich habe das Gefühl, hier werden – vielleicht sogar wissentlich, vielleicht unbeabsichtigt – rassistische Narrative, ich muss es so klar und deutlich sagen, bedient,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Oh!)

indem man hier auch in den Raum wirft, hier würden verschiedene Nationalitäten untergebracht und auch die nordafrikanischen Männer.

Ich möchte daran erinnern, es waren drei Männer, die verletzt wurden und die im Krankenhaus behandelt wurden, aber Sie bedienen genauso ein Narrativ, dass die Frauen in dieser Situation die Opfer sind und die Männer die Bösewichte. Ich glaube, das wird den tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht, und ich frage mich deshalb, warum und mit welcher Absicht Sie auf diese Art und Weise ein Bild zeichnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte auch sagen, diese Wortwahl, dass hier Geflüchtete als Puffer bezeichnet werden, finde ich

hochgradig zynisch, und die möchte an dieser Stelle zurückweisen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen – und ich glaube, da kann ich für die ganze Koalition sprechen, das wurde auch gesagt –, werden offenen oder indirekten Versuchen, in gute und schlechte Geflüchtete zu unterteilen, eine Absage erteilen. Wir sagen ganz klar, Bremen ist ein sicherer Hafen, und wer hierher geflüchtet ist, hat das Recht auf angemessenen Schutz und menschenwürdige Unterbringung, und zwar alle, denn Solidarität ist unteilbar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

So, wie es gesagt wurde: Im Jahr 2015 hat Bremen Erfahrungen gemacht, von denen jetzt profitiert wird. Ich wünsche mir – und da komme ich auch noch einmal auf die allgemeine Lage zu sprechen –, dass wir, so, wie jetzt eine große Hilfsbereitschaft besteht, wie die Strukturen gut funktionieren, wie das Behördliche und das Aufenthaltsrechtliche geleistet wird, auch daraus lernen und dass wir auch mit anderen Geflüchteten, zum Beispiel afghanischen Geflüchteten, wo jetzt die afghanischen Frauen auch wieder unter einer sehr großen Belastung leben müssen, genauso umgehen, wie es jetzt glücklicherweise mit dem Weg in Aufenthaltsrechte mit den ukrainischen Geflüchteten gemacht wird.

(Beifall SPD)

Ohne Frage, ich glaube, hier müssen wir über die Rahmenbedingungen sprechen, denn es ist doch klar: Turnhallen und Zelte sind unterster Standard. In ihnen zu leben bedeutet, dass man auf Privatleben verzichten muss. Es gibt einen hohen Lärmpegel, geteilte Sanitäreinrichtungen. Die Verpflegung ist fremdbestimmt, es gibt keine Entfaltungsmöglichkeiten, es gibt wenig Schutzmöglichkeiten für vulnerable Personen. Häufig sind die Securities männlich, und da macht sich die Sozialbehörde ja immer wieder auf den Weg, auch weibliche Securities anzuwerben.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das muss man nicht unterschätzen, die Menschen, die dort leben, machen sich Sorgen um ihre Angehörigen.

gen, sie haben schreckliche Erfahrungen im Gepäck, sie sind teilweise selbst verletzt, sie haben psychische Traumata. Mit diesem Gepäck mit 100 weiteren oder noch mehr Personen dicht an dicht zu leben, das ist eine belastende, eine dermaßen belastende Situation, dass es schrecklich, aber nicht unbedingt verwunderlich ist, dass es dort zu Konflikten kommt. Deswegen ist das größte Problem, das aus unserer Sicht in diesen Unterkünften existiert, dass eben diese Unterbringung dicht an dicht erfolgt.

Die Konflikte kommen vor, das ist schrecklich, und ich kenne diese Unterkünfte. Ich war schon in Turnhallen, in Containerunterkünften, in Erstaufnahmeeinrichtungen, ich war in Übergangswohnheimen, Pensionen und Zelten. Sowohl meine persönlichen als auch die wissenschaftlichen Erfahrungen sagen ja, je prekärer die räumliche Situation ist und je größer die Unterkunft, desto schwieriger wird es in sozialer Hinsicht. Deswegen, liebe Kollegen, geht es doch darum, so schnell wie möglich von der Notunterbringung wegzukommen.

Liebe Frau Kollegin Grönert, von Ihnen habe ich da ehrlich gesagt wenig Vorschläge gehört, denn die Funktion der Notunterkünfte ist ja die pure Vermeidung von Obdachlosigkeit. Die Behörde belegt Turnhallen ja auch nur in größter Not, das wird Frau Senatorin Stahmann gleich auch noch einmal sagen. Die Turnhalle in der Albert-Einstein-Oberschule ist seit Freitag leergezogen, und unser gemeinsames Ziel sollte es sein, bis zum Winter auch die Zelte auflösen zu können, denn auch sie sind nur ein Provisorium, und sie sind kein Provisorium, das wintergeeignet ist. Wir sollten wegkommen von den Massenunterkünften, das wollten wir auch als Koalition, und jetzt holt und dieser schreckliche Krieg ein, und eines ist klar: Die pure Notwendigkeit, Geflüchteten eine Zuflucht zu bieten, rückt dieses Ziel leider gerade wieder in weitere Ferne.

Die Verwaltung und die Wohlfahrtsträger haben massiv Plätze geschaffen, sie haben Notunterkünfte errichtet, Hotels angemietet, und weitere kommen hinzu. Insgesamt gibt es 8 500 Unterbringungsplätze in Bremen, in den Erstaufnahmen über 1 000 mit Außenstellen, die geschaffen wurden. Es gibt über 700 Plätze in Hotels, in den Messehallen wurden 1 200 Plätze geschaffen, in den Turnhallen fast 500, in den Zelten, wenn sie voll belegbar sind, auch bis zu 1 200 Plätze, und in den Übergangswohnheimen gibt es 3 800 Plätze.

Für die Plätze in den Turnhallen, in den Messehallen und in den Zelten in der Überseestadt sind es

somit insgesamt fast 3 000 Plätze, und hier brauchen wir Anschlusslösungen. Frau Kollegin Grönert, da habe ich, wie gesagt, wenig Vorschläge von Ihnen gehört. Die Geflüchteten werden ja bleiben, denn eines ist absehbar: Putin hat nicht vor, den Krieg schnell zu beenden. Er hat offensichtlich kein Interesse am Frieden, und er hat offensichtlich auch kein Interesse an einem langfristigen stabilen Frieden, und das entbindet uns deshalb nicht von der Verantwortung, hier Anschlusslösungen für die Notunterbringungen zu finden und parallel auch an einer weiteren Dezentralisierung zu arbeiten, um die Konflikthaftigkeit von großen und Notunterkünften zu vermeiden.

Ich möchte einmal etwas Positives sagen, und das wurde auch schon gesagt: Vor der Krise der Vertreibung und dem schrecklichen Angriffskrieg auf die Ukraine ist es sehr schön, zu sehen, zu welcher Solidarität die Gesellschaft möglich ist. Zwei Drittel der über 7 000, etwa 7 500 Geflüchteten aus der Ukraine sind privat untergekommen. Das ist eine Solidarität, die wir, glaube ich, so noch nicht gesehen haben. Das ist wahnsinnig. Daran da waren auch wir, DIE LINKE, daran waren viele Privatmenschen, die Behörde, daran waren die Wohlfahrtsträger, die Sozialsenatorin, daran waren viele, auch Unternehmen, beteiligt, dass das möglich ist, und dem gebührt ein großer Dank und ein großer Respekt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist sehr zu hoffen, dass diese zwei Drittel an privatem Wohnraum, die bereitgestellt wurden, auch langfristig bereitstehen. Es ist aber anzunehmen, dass nicht alle Privatpersonen auf Dauer zusammenrücken können und Geflüchtete bei sich zu Hause unterbringen können. Deswegen ist auch hier eine weitere Anforderung an uns gestellt, auch für diejenigen, die übergangsweise aus Solidarität im privaten Wohnraum untergebracht wurden, langfristige Lösungen zu finden, und das stellt uns vor zusätzliche Herausforderungen.

Es muss deshalb auch noch einmal verstärkt darauf geschaut werden, wo potenziell geeignete Immobilien leer stehen, und Stadt und Land – auch das haben wir, glaube ich, aus den mehrfachen Vertreibungskrisen 2015 und jetzt wieder gelernt – müssen eine Reserve vorhalten, auch in Zeiten, in denen weniger Geflüchtete ankommen, und zwar, das sage ich als LINKE auch, am besten im Eigenbesitz, damit man eben nicht die hohen Mieten bezahlen muss. Wir haben das atmende Unterbringungssystem, das ist auch gut, das beinhaltet auch

immer einen Puffer, aber immer wieder, wenn es zu diesen verstärkten Krisen kommt, gelangen wir in die Situation, dass Notunterkünfte geschaffen werden müssen.

Ich möchte auf einen Kritikpunkt eingehen, den der Ortsamtsleiter Herr Schlüter vorgebracht hat, nämlich die Unterbringung nach Stadtteilen! Wenn es um die Turnhallen geht, dann ist doch klar, das ist ein absolutes Provisorium, zu dem man als Allletztes greift und das niemand gern macht. Hier wird das genommen, was am geeignetsten ist, das doch naheliegend, und das war in dem Fall die Größe. Deswegen finde ich es ehrlich gesagt nicht besonders hilfreich, in dem Fall von Turnhallen auf die Lage der Unterbringung zu verweisen.

Anders ist es aber bei der langfristigen Unterbringung, denn der Auszug aus Übergangswohnheimen wird ja oft verzögert, weil kein Wohnraum gefunden wird. Das kennen wir auch aus dem Jugendhilfeausschuss, wo der Auszug aus Jugendhilfeeinrichtungen verzögert wird, weil kein geeigneter Wohnraum, kein bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, und der bezahlbare und verfügbare Wohnraum, der noch da ist, existiert vor allem in den benachteiligten Lagen. Dort sind die Schulen und Kitas ohnehin bereits herausgefordert mit gesellschaftlicher Diversität und sozial schwierigeren Ausgangs- und Startbedingungen der Kinder, und deshalb sind wir der Meinung, dass mehr bezahlbarer Wohnraum und auch Übergangsheime in den bessergestellten Lagen zur Verfügung stehen sollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Der Senat hat ein Belegrechteprogramm aufgelegt, das ist super, denn auch da wird ein bestimmtes Kontingent für Menschen bereitgestellt, die auf dem freien Wohnungsmarkt benachteiligt sind. Das trifft in der Regel auch Geflüchtete oder migrantisch gelesene Personen, und wir finden es sehr gut, dass da auch Zugangsrechte über Belegbindung gewährleistet werden. Ob die Sozialbindungen auf zehn Jahre befristet werden sollen, das werden wir uns nach zehn Jahren anschauen müssen, ob eine Verstetigung gelingt. Wir könnten uns auch gut eine längere Dauer vorstellen, denn eines ist klar: Wir leben in einer krisenhaften Zeit, es wird immer wieder Kriege, Krisen, Vertreibungen geben. Wir haben Schätzungen über eine klimabedingte Vertreibung, die in die Millionen geht. Millionen Menschen werden ihrer Existenzgrundlage durch den Klimawandel beraubt, und auch dafür müssen wir

gewappnet sein. Deswegen glauben wir, dass wir da die Strukturen entsprechend aufstellen müssen.

Ein weiterer Punkt, der hier in der Debatte genannt wurde, ist die geschlechtergetrennte Unterbringung. Das klingt auf den ersten Blick tatsächlich nachdenkenswert. Ich habe auch darüber nachgedacht, und wir haben darüber diskutiert. Es birgt allerdings einige Schwierigkeiten, sage ich einmal. Es gibt Fluchtverbände. Es gibt Familien, die auch mit ihren Vätern aus der Ukraine geflüchtet sind, es gibt soziale Fluchtverbände, es gibt Nachbarschaften, die zusammen gekommen sind, und es ist nicht immer ganz einfach, da tatsächlich, sage ich einmal, sauber zu separieren. Wenn es tatsächlich um alleinreisende Frauen geht, dann ist völlig klar und unmissverständlich, und dazu stehen alle Beteiligten inklusive der Behörde, dass selbstverständlich Frauen, Mädchen, queere Personen oder sonstige vulnerable Personen vor Gewalt geschützt werden müssen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

und selbstverständlich – auch das ist, glaube ich, klar, das ist allen Beteiligten klar – haben nicht alle, die Hilfe anbieten, zum Beispiel für ukrainische Frauen oder Frauen aus der Ukraine, nur Gutes im Sinn. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, finde ich es absolut richtig, dass auch Wohnungsangebote überprüft werden, denn auch hier ist eine, ich sage einmal, Vulnerabilität und Anfälligkeit für Hintergedanken, die möglicherweise nicht immer das Beste im Kopf haben, auch vorhanden, und deswegen müssen die Schutzmechanismen greifen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte nichts schönreden: Das beste Gewaltschutzkonzept von Wohlfahrtsträgern oder das öffentliche Gewaltschutzkonzept, das es gibt, bringt nichts, wenn Hunderte Menschen Feldbett an Feldbett nebeneinander schlafen müssen. Bei solchen Bedingungen kann ich mir schon vorstellen, dass bestimmte Einheiten von Unterkünften geschlechterweise getrennt werden könnten, aber das funktioniert eben tatsächlich nur bei Alleinreisenden, und das funktioniert nicht in der Praxis so. Dazu kommt, man muss natürlich auch noch die Unterkünfte dafür haben, und man muss auf jeden Fall vermeiden, dass Familien oder soziale Fluchtverbände auseinandergerissen werden.

Es braucht eben jenseits der Unterkünfte auch Strukturen, die Ausbeutung vorbeugen, trägerinterne und trägerunabhängige Meldestellen, und das gibt es, und ich hoffe, dass diese Informationen auch durch die mehrsprachigen Flyer wirken – sie werden verteilt, diese Informationen kommen zu den Geflüchteten –, indem sie in Anspruch genommen werden.

Ich möchte noch einen letzten Punkt nennen, der eine große Herausforderung für die Stadtgemeinde ist, das ist die Aufnahme in das Regelsystem Kita und Schule, denn auch hier ist die Anbindung an Institutionen auch ein wichtiger Bestandteil zur Gewaltprävention, das kennen wir aus dem Kinderschutz. Häufig werden Gewaltfälle von Institutionen gemeldet. Diese Anbindung ist nicht nur eine Frage von einer inklusiven Gesellschaft, von der Beschäftigung der Kinder, von dem Recht auf Bildung selbstverständlich, sondern es ist auch eine Frage der institutionellen Anbindung im Sinne von Gewaltprävention. Hier haben der Senat, die Schulen und die Kitas bereits einiges aufgestellt: 500 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine haben ein Schulplatz zugewiesen bekommen, im Ohlenhof wurde jetzt die Schule für ukrainische Geflüchtete mit 117 Schülerinnen und Schülern eröffnet.

Unser Ziel muss aber sein die Aufnahme in das Regelsystem, denn das ist das langfristige Ziel, und ich sage ganz ehrlich, das wird nicht einfach. Das wird insbesondere im Kitabereich nicht einfach, denn hier gibt es ja schon einen großen Platzmangel, und hier müssen wir kreativ sein. Es müssen ergänzende Angebote geschaffen werden, und es ist eine große Herausforderung neben dem, was wir im Unterbringungssystem haben, was wir später auf dem Arbeitsmarkt haben werden, hier tatsächlich eine schnelle Anbindung, eine schnelle Inklusion in die Regelsysteme Kita und Schule hinzubekommen. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sigrid Grönert.

**Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie haben mich ein Stück weit sprachlos gemacht.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Sie uns auch!)

Den Eindruck hatte ich jetzt gerade nicht, aber gut!

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Sie haben uns entsetzt!)

Also, ich bin auf jeden Fall rassistisch, weil ich Tatsachen benannt habe,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Sie bedienen rassistische Narrative, das ist etwas anderes!)

und ehrlich gesagt, ich weiß überhaupt nicht mehr, wo ich anfangen und wo ich aufhören soll!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Sie müssen ja nichts sagen!)

Ich habe es beschrieben: Wir haben Turnhallen, Notunterkünfte, bei denen immer gesagt wird, da sollen die Menschen nur wenige Tage bleiben. Die Menschen bleiben dort aber wochenlang, sie bleiben nicht nur wenige Tage dort.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Wie lange blieben sie in der Albert-Einstein-Schule? – Zurufe)

Diese Turnhallen sind minimalistisch ausgestattet, und die Gruppe, die sich dort aufhält, ist weniger homogen als 2015/2016, das muss man einfach auch sehen. Da sind auch viel weniger Frauen und Kinder gekommen, da waren viel mehr Männer.

(Zurufe)

Gut, dann war es vielleicht –. Es ist egal, ich will mich jetzt auch gar nicht mit Ihnen über irgendwelche Details streiten! Die Situation in der Halle ist, wie sie ist, sie ist schwierig.

(Zurufe: War!)

Es gibt noch mehr Hallen! Wir hatten vier Hallen, jetzt haben wir noch drei. Die Menschen leben dort über Wochen ohne Sichtschutz,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist ein Skandal!)

sie sind nicht irgendwie zugeordnet, sie kommen aus verschiedenen Ländern,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das hat niemand in Abrede gestellt!)

sie sprechen verschiedene Sprachen, sind verschieden drauf. Sie meinen, ich bediene damit rassistische – –. Natürlich ist mir auch klar, dass man nicht Familienverbände trennen darf, aber sie haben vier Turnhallen bezogen. Sie haben irgendeine Ideologie, nach der Sie denken – und das haben Sie auch beschrieben –, diese Menschen müssten lernen, miteinander auszukommen, das müssten sie in den Quartieren ja auch. Das ist doch absurd!

(Beifall CDU)

In den Quartieren hat jeder seine eigene Wohnung, die er dann bezieht. Ganz ehrlich: Müssen die Menschen hier in den Turnhallen über Wochen ohne Waschmaschine, ohne Sichtschutz als Ehepaare, als Schwangere, als Alleinreisende – –? Müssen die jungen Männer hier in den Turnhallen miteinander lernen, so, wie wir uns das in Bremen, in Deutschland vorstellen, inklusiv zu sein, aufeinander zu schauen und Rücksicht zu nehmen gemeinsam mit solchen, die gerade aus dem Krieg kommen? Ich verstehe Ihr Denken da überhaupt nicht.

(Beifall CDU)

Ich bin entsetzt über das, was Sie gesagt haben, und da können Sie mir hundertmal sagen, ich hätte das 2015/2016 nicht gefordert! Was weiß ich, warum ich was nicht gefordert habe! Ich habe auch da eine Menge gefordert, aber mir jetzt damit zu kommen, das finde ich auch ein bisschen unmöglich,

(Beifall CDU)

das ist unterirdisch! Die Situation ist in den Turnhallen ähnlich, und wenn Menschen, die gefragt werden, jetzt sagen, sie seien dankbar und es gehe ihnen einigermaßen gut, dann sind Sie trotzdem nicht nachts in der Turnhalle dabei. Was diese Menschen da empfinden, was schwangere Frauen empfinden, wenn sich ständig junge Männer streiten, egal, aus welchen Ländern sie kommen, das ist mir am Ende völlig egal. Ich verstehe nicht, warum Sie plötzlich alle der Meinung sind, das müsse man lernen, das müsse man aushalten, damit müsse man umgehen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat doch niemand gesagt! – Zurufe)

Das hat jemand gesagt. Natürlich hat das jemand gesagt, dass man lernen muss, dass man andere toleriert,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben alle gesagt, dass das niemand toleriert!)

dass man sie zu akzeptieren hat! Sie gehen doch auch nicht wochenlang in eine Turnhalle mit wildfremden Menschen, und womöglich noch mit Ihrem Ehemann oder mit Ihren Kindern, um zu lernen, auszuhalten, andere zu tolerieren! Ich bitte Sie! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

**Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn es die CDU aufregt, weil sie meint, wir müssten Opposition sein: Wir Freien Demokraten sind dann Opposition und nehmen dort die Rolle wahr, wenn es gerechtfertigt ist und wenn es Gründe gibt.

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Es ist ja alles so schön in diesem Land!)

Herr Strohmann, nein, es ist nicht alles – –.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Herr Strohmann, wenn Sie mich ausreden lassen, kann ich Ihnen etwas dazu sagen! Es ist nicht alles schön, und ich will es auch gar nicht schönreden,

(Abgeordnete Yvonne Averwieser [CDU]: Nein!)

aber es ist nicht so ein Problem, wie Sie es darstellen, sondern es ist immer das Risiko, wenn viele Menschen so untergebracht werden müssen, weil es keine andere Möglichkeit gibt, dass solche Situationen entstehen, dass es zu Streit und Konflikten kommt, insbesondere dann, wenn es sich um traumatisierte Menschen handelt, die eine Fluchterfahrung hinter sich haben.

(Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

Es gibt in der Tat keinen, Herr Rohmeyer, der will, dass solche Unterbringungen zur Regel werden,

(Beifall FDP)

und deswegen werden diese Unterbringungen auch nur kurzfristig genutzt, und in der Albert-Einstein-Straße war diese Einrichtung – –.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Schule!)

Ja, in der Schulturnhalle war diese Einrichtung tatsächlich nur sechs Wochen, und insofern kann dort kein Mensch länger als sechs Wochen untergebracht gewesen sein.

Liebe Abgeordnete der Union, dann kommen wir noch zu einem anderen Punkt: Als wir diskutiert haben, ob die – –.

(Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Müller, Sie haben ja völlig recht. Ich kann Sie nur unterstützen, aber ich würde trotzdem gern weiter ausführen! Als wir in der Sozialdeputation diskutiert haben, dass die Sozialsenatorin ein Budget bekommt, um Anmietungen vornehmen zu können, haben wir zugestimmt, weil wir sahen, dass es notwendig war. Und wer hatte die Bedenken? Wer hat sie vorgetragen, als es darum ging, ein Objekt anzumieten, das sicherlich nicht zu 100 Prozent geeignet war, aber besser als das, was Sie jetzt kritisieren? Wer hatte die Bedenken? Die Union! Fassen Sie sich an die eigene Nase, meine Damen und Herren! – Vielen Dank!

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Anja Stahmann.

**Senatorin Anja Stahmann:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lasse mir vorhalten, wenn wirklich etwas passiert wäre und ein Mensch zu Schaden gekommen wäre, die Sozialbehörde hätte nicht hingeschaut, es hätte einen Polizeieinsatz gegeben, wir hätten nicht reagiert. Ich würde hier stehen, ich übernehme die Verantwortung, aber was man nicht machen kann, liebe Abgeordnete der CDU, ist, der Sozialbehörde und der Polizei den Vorwurf der Untätigkeit zu machen. Das geht nicht!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Das weise ich für meinen Kollegen Senator Mäurer, das weise ich auch für unser Haus, für die Beschäftigten bei uns in der Behörde zurück, Frau Grönert,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

die sich rund um die Uhr, sieben Tage in der Woche bemühen, Menschen in Bremen unterzubringen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, das hat doch keiner gesagt!)

Doch, ich lese, „Sozialsenatorin muss sichere und menschenwürdige Flüchtlingsunterbringung in Bremen sicherstellen“, und dann führen Sie aus, dass es einen Polizeieinsatz gegeben habe, bei dem wir nicht adäquat reagiert hätten. Das ist nicht der Fall!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Es geht um Prävention!)

Prävention, Herr Strohmann! Danke, Herr Strohmann, für dieses Stichwort! Prävention: Bremen ist das Bundesland, das 2013, 2014 und 2015 als Erstes Präventionskonzepte auf den Weg gebracht hat,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist Papier! Handeln ist entscheidend!)

und andere Bundesländer sind dem gefolgt, und die werden auch angewandt, Herr Strohmann!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir tolerieren keine Gewalt. Wir haben die Menschen, hier werden die Opfer woanders untergebracht. Sie sind medizinisch versorgt worden. Nach dem Täter wird gesucht. Herr Strohmann, wir nehmen das ernst!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das glaube ich Ihnen sogar!)

Wir machen unseren Job.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, das machen Sie nicht!)

Doch, wir machen unseren Job! Ich lasse mir von Ihnen nicht unterstellen, dass ich nicht meinen Job als Sozialsenatorin mache!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie sind bemüht!)

Nein, bemüht? Es ist mehr als bemüht, Herr Strohmann!



(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Das wissen Sie ganz genau, und da stehe ich hier auch im vollen Selbstbewusstsein, dass sich diese Koalition hier auch 2015 sehr oft gegen die Stimmen der CDU für die Menschen eingesetzt hat, die aufgrund des Krieges in Syrien und Afghanistan hierhergeflohen sind, und ich stehe hier auch für eine Koalition mit der LINKEN, die sich jetzt genauso auch mit der Bremer Bevölkerung, mit der ukrainischen Community in Bremen – –. 2 400 Menschen aus der Ukraine haben ja schon in Bremen gewohnt, da tun Sie ja auch so, bei den Menschen, die privat untergekommen sind, das hätte nichts mit dem Senat zu tun.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt! Für die Menschen ist das doch nur Glück!)

Wir hätten diese Aufgabe gar nicht geschafft. Herr Strohmann, die Aufgabe sucht man sich nicht als Senatorin, sondern die Aufgabe sucht dann die Senatorin; und wenn 7 000 Menschen unterzubringen wären: Ich würde sie unterbringen, Herr Strohmann, darauf können Sie sich gefasst machen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dann wären wir jetzt in 20 Turnhallen, und ich hätte mir von Herrn Tschöpe wieder das Gesetz zur Beschlagnahmung öffentlicher Gebäude schreiben lassen wie 2015, aber unterstellen Sie nicht der Koalition, wir würden unsere Arbeit nicht machen, ich würde Menschen gefährden!

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohlfahrtsverbände, der Sozialbehörde – ich rege mich ein bisschen auf, aber das muss jetzt einmal sein! – machen wirklich den Job, und das sind auch Menschen, die kleine Kinder haben, die Familien haben. Sie sagen nicht, es ist 19 Uhr, Frau Stahmann, ich arbeite nicht mehr, sondern sie fahren da auch abends noch hin und kümmern sich. Sie kümmern sich mitten in der Nacht um die Aufnahme in der Zentralen Aufnahmestelle. Hier sitzt Herr Pörschke. Er arbeitet im Nebenberuf in der Messehalle, und er ist, wenn er hier herausgeht, schnell wieder in der Messehalle und kümmert sich um die Menschen, die dort sind,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

und er macht keinen Unterschied zwischen Ukrainerinnen und Ukrainern und Menschen aus Nordafrika.

Das ist das, was mich auch hier an der Beantragung dieser Aktuellen Stunde stört: Wir kümmern uns um die Menschen, die nach Bremen kommen, die sich auf das Asylrecht auch berufen oder die eben jetzt durch die Massenfluchttrichtlinie nach Bremen kommen, und da machen wir, da macht diese Regierung, da macht dieser Senat keinen Unterschied: Kommt jemand aus Afghanistan, der gerade in der Ukraine war? Kommt jemand aus der Ukraine? Wir kümmern uns humanitär um die Menschen und bringen sie unter.

Ich nenne jetzt noch einmal ein paar Zahlen! Ja, wir hatten schon 5 000 Menschen in Bremen untergebracht. Wir haben in der Landeserstaufnahme inklusive Außenstellen 1 050 Plätze, wir haben in Hotels 730 Plätze geschaffen. Wir sind in der Messehalle mit über 1 200 Plätzen, und wir sind der Wirtschaftssenatorin und der WFB auch sehr dankbar dafür, dass wir die Messehalle umnutzen dürfen. Wir sind in Turnhallen, da haben wir vier belegt, die Albert-Einstein-Schule, Herr Rohmeyer, ist jetzt nicht mehr belegt, aber wir sind in der Situation, dass wir sie auch nicht aufgeben können, und wir sehen uns natürlich jetzt auch eine Halle in Borgfeld an.

Wir haben eine Liste – wir haben 20 große Hallen in Bremen – und haben uns mit dem LSB, wo Herr Tuncel arbeitet, und mit der Bildungsbehörde hingesetzt und überlegt: Nach welchen Kriterien können wir denn vorgehen? Das macht keiner gern! Mensch, ich bin doch auch Sportsenatorin! Ich möchte, dass in jeder Bremer Turnhalle Sport getrieben wird, und nicht nur in der Turnhalle, sondern dass die Leute überhaupt Sport treiben.

(Beifall SPD, FDP)

Tu doch jetzt keiner so, als würden wir als Hobby dann noch die Sporthallen belegen wollen! Wir haben die Zelte in der Überseestadt, da nutzen wir bis zu 600 Plätze, die nach und nach belegt werden. Wenn alle Sanitärcontainer aufgebaut sind, stehen uns dort 1 288 Plätze zur Verfügung, und wir haben die Übergangswohnheime mit 3 800 Plätzen. Überall dort gilt Gewaltschutz, und es gilt Prävention, und die Sozialsenatorin des Landes Bremen stellt eine sichere und menschenwürdige Flüchtlingsunterbringung sicher. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

**Nachhaltige und konfliktfreie Fußgängerinfrastruktur – Entwicklung, Zustand und Barrierefreiheit der Fußwegeinfrastruktur in Bremen**  
**Große Anfrage der Fraktion der FDP**  
**vom 21. Dezember 2021**  
**(Drucksache [20/648 S](#))**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 1. März 2022**  
**(Drucksache [20/672 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich werde das nicht alles vorlesen! –Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Schade!)

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Kollege Dr. Buhlert der Unionsfraktion noch einmal den Unterschied zwischen Opposition und Fundamentalopposition erklärt hat, glaube ich, kommen wir jetzt zu einem Thema, bei dem sich die Reihen in der Opposition wahrscheinlich wieder ein bisschen mehr schließen,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Niemals!)

weil es um ein Thema geht, bei dem es, glaube ich, durchaus Verbesserungspotenzial gibt.

Wenn wir uns die Anzahl der Initiativen in den letzten zwei, drei Jahren zu den verschiedenen Ver-

kehrsarten anschauen, wenn wir über ÖPNV reden, Fahrradverkehr, über Autoverkehr und über Fußgängerverkehr, dann wird, glaube ich, klar, dass die wenigsten Initiativen zum Thema Fußgängerverkehr eingereicht worden sind und das Thema leider nach wie vor ein gewisses Nischendasein fristet. Das ist deswegen besonders schade, weil sich die meisten von uns wahrscheinlich die meiste Zeit des Tages zu Fuß bewegen und zu Fuß durch ihre Stadtteile, zu Fuß durch die Innenstadt bewegen, und das ist auch der Grund, warum wir vor rund zwei Jahren nachgefragt haben, in welchem Zustand sich die Gehwege in Bremen befinden.

Damals war es so, dass es mehrfach die Bitte gab, die Antwort noch einmal zu verschieben. Dem haben wir auch zugestimmt, und irgendwann kam dann die Antwort, und die Aussage war mehr oder weniger zusammengefasst: So ganz genau wissen wir auch nicht, wie der Zustand ist, es gibt keine systematische Erhebung, aber es sollte eigentlich alles so weit okay sein. Ich muss Ihnen sagen, wir haben danach aus den Stadtteilen ganz viele Zuschriften über Social Media, per E-Mail, teilweise sogar per handschriftlichem Brief bekommen, und die Leute haben gesagt: Das stimmt nicht. Bei mir vor der Haustür ist seit Jahren der Gehweg kaputt, dort können Menschen nicht mehr vernünftig entlanglaufen, erst recht nicht mit einem Rollator oder mit einem Rollstuhl fahren. Irgendetwas kann daran nicht stimmen.

Wenn man mit offenen Augen durch die Stadtteile läuft, dann stellt man auch fest, viele Gehwege in Bremen sind tatsächlich in einem desolaten Zustand, und Frau Senatorin, ich erinnere mich noch an unseren Austausch, den wir damals rund um diese Plenarsitzung herum hatten und auch später noch einmal in den Deputationen, wo Sie gesagt haben: Ja, es ist gut, dass wir jetzt gemeinsam noch einmal auf das Thema gestoßen sind. Das ist ein blinder Fleck, wir müssen da die Datenbasis verbessern, wir müssen überhaupt auch mehr Daten schaffen, damit wir in Zukunft wissen, wo wir herangehen können. Das war Ihr Versprechen, und deswegen haben wir diese Anfrage nach rund zwei Jahren noch einmal eingereicht, um einmal zu schauen, was ist denn bei diesem Thema passiert, denn eines verspreche ich Ihnen: Die FDP-Fraktion nimmt das Thema Gehwege und Fußgängerverkehr ernst.

(Beifall FDP)

Wir haben uns die Antworten angeschaut und sind etwas überrascht, weil sich in den Antworten nicht sonderlich viel geändert hat gegenüber dem, was wir vor zwei Jahren lesen durften. So ganz genau können Sie den Zustand der Gehwege systematisch immer noch nicht beschreiben, und Sie sagen sogar auch, dass das mit den aktuellen Erhebungsmethoden nicht wirklich machbar ist. Wir haben ja ganz konkret danach gefragt.

In Frage 5 beispielsweise – wir werden jetzt leider nicht alle Fragen und Antworten durchgehen können, aber die Antwort auf Frage 5 ist relativ exemplarisch für die Beantwortung dieser Anfrage – haben wir gefragt, inwieweit Bremen ein Erfassungs- oder Monitoringsystem einführt, um in Zukunft genau diese Daten zur Verfügung zu haben. Die Antwort wurde mit einem Satz geliefert – ich zitiere –: „Ein derartiges Erfassungssystem liegt für die vergangenen zwei Jahre nicht vor“, und wir lesen auch, dass das nicht geplant ist.

Das war doch genau das, woran es gemangelt hat: dass wir nicht immer nur dorthin springen, wo wir einmal eine Meldung bekommen und sagen, da müssen wir hier einmal und da einmal etwas machen, sondern dass wir in eine systematische Erfassung kommen, in welchem Zustand sich eigentlich die Gehwege befinden, damit wir überhaupt auch einmal wissen, wie groß der Sanierungsstau in diesem Bereich ist. Genauso hat uns überrascht, dass wir lesen mussten, dass im Jahr 2020 eine gewisse Summe für die Sanierung von Gehwegen bereitgestellt wurde. Die Summe hat eine sieben vorn. Wir reden aber nicht über 700 Millionen Euro, wir reden aber auch nicht über 70 Millionen Euro, wir reden noch nicht einmal über sieben Millionen Euro. Wir reden für das Jahr 2020 über 700 000 Euro für alle Gehwege in ganz Bremen. Das ist ein Witz!

Auch, wenn sich die Summe dann in 2021 und 2022 auf eine Million Euro erhöht hat, also rund 300 000 Euro mehr, ist das im Vergleich zu dem Sanierungsstau, über den wir hier sprechen, der sich wahrscheinlich im unteren oder sogar mittleren dreistelligen Millionenbereich abspielt, ein absoluter Witz, dass pro Jahr eine Million Euro in die Sanierung von Gehwegen investiert werden. Ich vergleiche das noch einmal mit anderen Summen: Das ist ungefähr die Hälfte dessen, was für das Kasperletheater auf der Martinistraße ausgegeben wurde. – Das ist die Hälfte dessen, was Jahr für Jahr in den Gehwegverkehr investiert wird! Sie lassen die Gehwegeninfrastruktur verrotten, und wir als FDP-Fraktion werden das in Zukunft nicht weiter akzeptieren.

(Beifall FDP)

Wir erwarten von Ihnen, Frau Senatorin, dass Sie das Thema endlich ernst nehmen. Es wird wahn-sinnig viel für die Fahrräder gemacht, es wird wahnsinnig viel gegen Autos gemacht. Der ÖPNV braucht auch mehr Förderung, darüber sind wir uns alle im Klaren, aber das Thema Fußwege muss in Bremen eine größere Rolle spielen. Es muss mehr Geld dafür zur Verfügung gestellt werden, und wir müssen insbesondere in die Situation kommen, dass wir wissen, in welchem Zustand die Gehwege sind, und zwar systematisch; nicht nur hier einmal ein bisschen etwas machen und da einmal ein bisschen etwas machen, sondern wir brauchen eine systematische Datenlage, und wir erwarten, dass das in Zukunft auch endlich eingeführt wird. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gab ja eben eine gewisse Einigkeit mit der FDP, das wird jetzt auf der Strecke bleiben bei dieser Debatte, das kann ich Ihnen gleich schon versichern. Herr Schäck hat gesagt, es wäre ein Witz, dass wir da diese eine Million Euro eingestellt hätten. Es sind übrigens noch 500 000 Euro mehr – das haben Sie auch gelesen, nicht? –, die da eingestellt wurden.

Wenn Sie recherchiert hätten – was Sie wahrscheinlich gemacht haben, aber Sie haben es dann nicht gesagt –, was das Ergebnis der Recherche ist, dann hätten Sie festgestellt, dass wir mit die einzigen Kommunen und Länder sind, die überhaupt einen Fußverkehrsetat haben, Herr Schäck, und vorher haben wir Fußverkehr auch gemacht. Das ist dann in dem gesamten Bereich Straßensanierung mit enthalten gewesen, und das ist on top gekommen. Aus dem Grund ist das kein Witz gewesen, sondern wir haben zusätzlich signifikant Mittel in den Fußverkehr hineingetan.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Mich hat ja diese Große Anfrage interessiert, denn ich bin ja auch Mitglied von FUSS e. V. Ich weiß nicht, wer noch in diesem Haus Mitglied von FUSS e. V. ist, das sind auch nicht so viele in Bremen, das gebe ich zu. Für mich ist das Thema Fußverkehr, das wissen alle in der Koalition, ein sehr wichtiges

Thema, und daher hat mich das interessiert, mit welchem Spin gehen Sie eigentlich diese Debatte jetzt an. Mein Spin ist, ich schaue mir das Thema von der Verkehrssicherheit her an, und da stellen wir fest, dass relativ viele Fußgängerinnen und Fußgänger tödlich verunglücken. Etwa 7,9 Prozent sind in Unfälle verwickelt, aber von diesen sind 15,5 Prozent tödliche Unfälle. Das heißt, wenn ein Fußgänger in einen Unfall verwickelt ist, besteht eine hohe Gefahr, dass es zu einem tödlichen oder zu einem schweren Unfall kommt.

Wenn man wissen will, wo die Gefahr des Fußverkehrs ist, muss man natürlich in diese Unfallstatistiken hineinschauen, sonst macht man seinen Job nicht richtig. Dann wird man feststellen, dass bei 94 Prozent aller getöteten Fußgängerinnen und Fußgänger in diesem Land – das ist nicht überraschend – Unfälle mit Fahrzeugen mit ganz hoher Masse beteiligt waren, also Lkws und Autos. Wenn man dann eine Große Anfrage nach dieser Datenlage stellt, die ich gerade erzählt habe, und das Wort Autoverkehr kommt noch nicht einmal vor und wird noch nicht einmal abgefragt, dann bin ich sehr verwundert.

Sie haben zwei Fragen zum Radverkehr gestellt, Sie haben ja auch vorhin in der Fragestunde dazu etwas gesagt und haben da gesagt, die bösen Radfahrer gefährden die Fußgängerinnen und Fußgänger. Ja, das stimmt, das kommt vor, das weiß ich. Das ist auch ärgerlich, deswegen sind wir auch für eine Trennung dieser beiden Verkehrsarten, aber das ist doch nicht das Hauptproblem. Das Hauptproblem ist, dass in der ganzen Stadt die Wege der Fußgängerinnen und Fußgänger zugeparkt sind.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie haben Gehwegbreiten von manchmal einem Meter. Sie haben in Ihrer Antragsbegründung gesagt – das stimmt, das steht in der Straßenverkehrsordnung –, wer zu Fuß geht, muss die Gehwege benutzen. Das geht nur an vielen Stellen in dieser Stadt einfach nicht. Die Leute gehen mit ihrem Rollator, fahren mit ihrem Rollstuhl oder auch, weil es ihnen zu eng ist – weil noch andere Sachen dort abgestellt sind, auch Fahrräder –, auf die Straße und gefährden sich dabei und manchmal auch ihre Kinder, die mit dabei sind. Darum müssen Sie sich kümmern! Das sind die Dinge, die signifikant den Fußverkehr in dieser Stadt gefährden, dass wir zugeparkte Kreuzungsbereiche haben. Das ist eine Gefahr für den Fußverkehr, da wird es gefährlich.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wissen vielleicht auch, diese Zahl, 25 Prozent der Unfälle, die Fußgängerinnen und Fußgänger erleiden, passieren beim Einparken. Damit sind übrigens nicht Fahrräder gemeint, sondern sie passieren beim Einparken von Autos, und deswegen, glaube ich, muss man den Fokus zumindest ein bisschen weiter aufmachen, als Sie es gemacht haben. Ich finde es richtig, nachzuschauen, wo gibt es Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr. Sie führen selten dazu, dass es zu ganz schweren Unfällen kommt, aber das ist ärgerlich, und sie führen zu kleineren Verletzungen. Deswegen muss man das als Stadt verhindern, da bin ich auch dafür.

Ich bin dagegen, dass Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer, wenn es nicht kleine Kinder sind, auf dem Fußweg fahren. Das ist nicht richtig, aber es geht meiner Ansicht nach komplett am Hauptproblem vorbei. Ich glaube, wenn Sie sich in einer Großen Anfrage der Infrastruktur widmen, hätten Sie sich dem Thema zumindest ein bisschen widmen können, aber es ist tatsächlich die Begrifflichkeit: Ruhender Verkehr, Parken, Kreuzungen kommen schlichtweg in Ihrer Großen Anfrage nicht vor, und doch ist es das Entscheidende, wenn man sich den Fußverkehr ansieht, Herr Schäck.

Sie tragen jetzt zwar wie so eine Monstranz vor sich her, dass Sie sich nun um Fußverkehr kümmern. Da finde ich es gut, dass sich noch jemand um den Fußverkehr in dieser Stadt kümmert.

(Zuruf)

Ja, aber ich möchte einmal wissen: Was steckt denn programmatisch bei Ihnen dahinter? Was haben Sie denn für Vorschläge dazu zu machen? Da habe ich bisher wenig –.

Eine Große Anfrage ist wichtig, wenn es denn eine wirkliche Große Anfrage ist, aber das, was Sie gemacht haben, war eben nur eine sehr kleine Anfrage zum Thema Fußverkehr. Dann muss dabei aber ein bisschen mehr herauskommen! Dann muss man sagen, da und da sind die Probleme, da machen wir die und die Vorschläge dazu. Über diesen programmatischen Ansatz zum Fußverkehr, was wir wirklich machen müssen in dieser Stadt, würde ich gern mit Ihnen in der zweiten Runde reden. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Anja Schiemann.

**Abgeordnete Anja Schiemann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde auch schon von Herrn Schäck gesagt, jeder unserer Wege beginnt und endet zu Fuß: unser Weg zum Fahrrad oder zum Kfz-Abstellplatz, unser Weg zur ÖPNV-Haltestelle oder der Weg unserer Kinder zur Schule. Wir sind also immer wieder auch Fußgängerinnen und Fußgänger. Das Zufußgehen ist emissionsfrei und braucht wenig Platz. Fußverkehr ist zwar die selbstverständlichste Fortbewegungsart, wurde in den letzten Jahrzehnten jedoch oftmals zugunsten des Autos, aber auch des Fahrradverkehrs vernachlässigt und hat auch in Bremen im Vergleich zu anderen Großstädten noch einen eher geringen Stellenwert.

Ein gutes Fußverkehrsnetz sorgt aber nachweislich dafür, dass Städte von Menschen als lebendiger und attraktiver wahrgenommen werden. Stolperfallen, unebene Gehwege, nicht barrierefreie Fußgängerbrücken, Angsträume in Fußgängertunneln und Unterführungen schrecken ab und machen das Zufußgehen vor allem für mobilitätseingeschränkte Menschen, aber auch für Kinder auf dem Weg zur Schule unattraktiv bis hin zu gefährlich. Eine stetige Kontrolle und Sanierung der Fußwege, Fußgängerbrücken, Tunnelunterführungen ist deshalb unerlässlich für die Akzeptanz und die Bereitschaft der Menschen, zu Fuß zu gehen und auch in Zukunft vermehrt wieder mehr Wege zu Fuß zurückzulegen.

Bremen ist da mit seinem in der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung am 28. Mai 2020 beschlossenen Vorgehen für eine strategische Fußverkehrsförderung als einem Baustein der Erstellung eines Fußverkehrskonzepts, das übrigens als Pilotprojekt zunächst Gröpelingen vorsieht, auf einem sehr guten Weg. Mit der Installation des Teams Nahmobilität gibt es darüber hinaus seit 2019 erstmals in Bremen Personalressourcen, um sich der Förderung des Fußverkehrs systematisch zu widmen.

Auch die Evaluierung des Verkehrsentwicklungsplans 2025 beschäftigt sich ausführlich mit der Konzeptionierung einer attraktiven Fußverkehrsinfrastruktur, aber natürlich gibt es gerade, was den Zustand der Bremer Fußverkehrsinfrastruktur im gesamten Stadtgebiet betrifft, noch Luft nach oben. Wenn der Senat in der vorliegenden Antwort berichtet, dass sich Gehwege, Fußgängerbrücken und Unterführungen überwiegend in einem verkehrssicheren Zustand befinden, so werden diese von den Menschen in den Quartieren – und das weiß ich aus meinem Quartier – noch lange nicht

als verkehrssicher empfunden. Dafür gibt es Beispiele im Bremer Süden, und dafür gibt es Beispiele in der Bremer Vahr. Mir fällt aktuell ein Beispiel in der Bahnhofsnahe ein, das ist der Fuß- und Radweg im Gustav-Deetjen-Tunnel.

Aus der Antwort des Senats ergibt sich aber auch – und das deckt sich auch mit meiner Wahrnehmung –, dass solche Problemstellen, die für Konflikte und für Unfälle sorgen, weniger durch die jeweilige Beschaffenheit der Wege, sondern vielmehr durch die begrenzten Flächenverfügbarkeiten bedingt sind. Es muss also möglichst unter Einbeziehung der Beiräte vor Ort, die auch die Mängelmelder sind, überlegt werden, wie die Fläche Straße gerechter für Fußgänger, Fahrradfahrer und Kraftfahrzeuge aufgeteilt werden kann, und da wünsche ich mir auch in Zukunft noch eine bessere Zusammenarbeit mit den Beiräten, denn die Beiräte sind die Mängelmelder. Sie wissen um die Beschaffenheit der Straßen, der Fußwege in ihren Quartieren, und das muss mit den Beiräten prioritär angegangen werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte noch einmal ganz kurz auf den heutigen Beginn dieses Themas eingehen! Da hatten wir so eine kleine Belehrung, Herr Schäck, und das kann ich gar nicht so durchgehen lassen, denn wenn Sie das schon sagen, muss ich auch noch einmal ganz kurz darauf hinweisen: Sie schreiben eine Große Anfrage –. Ich bin jetzt erst drei Jahre im Parlament, aber wenn man etwas im Senat verändern möchte, dann sollte man einen Antrag stellen. Das wollte ich jetzt noch einmal ganz kurz dazu loswerden.

Es geht um die nachhaltige und konfliktfreie Fußgängerinfrastruktur in Bremen. Viele Wege, ob kurz oder lang, werden zu Fuß zurückgelegt. Oft ist es die günstigste, ökonomischste und beste Art, um Dinge zu erledigen. In Bremen ist das unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit jedoch oft nicht möglich. Es gibt unzählige Beispiele, in denen Gehwege zu schmal oder mangelhaft beziehungsweise defekt sind. So sind herausragende und kaputte Gehwegplatten eine wirkliche Gefahr sowohl für Fußgänger als auch für schwerbehinderte Menschen. Das ist auch der Grund, warum ich es gut finde, dass wir das heute hier als Thema haben.

Wenn wir für alle Menschen in unserem Bundesland mehr Lebensqualität durch Fußverkehr schaffen wollen, dann gilt es, diese Barrieren schnellstmöglich zu beseitigen. Im Einleitungstext der Großen Anfrage heißt es dazu: „Leider ist die Datenlage beim Fußverkehr in vielen Fällen und Städten unzureichend, so auch in Bremen.“ In der Antwort des Senats auf die Frage „Wie haben sich die Zustände der Fußverkehrsinfrastruktur in den letzten zwei Jahren im gesamten Stadtgebiet und in den einzelnen Stadtteilen entwickelt?“ antworten Sie: „Insgesamt ist festzustellen, dass sich der Zustand der Fußgängerinfrastruktur weiter verbessert.“

Toll! Dann ist ja alles in bester Ordnung, könnte man meinen. Wir als CDU-Fraktion fragen uns aber: Woher wissen Sie das? Wie kommen Sie zu dieser Erkenntnis?

(Beifall CDU)

Als weiter nach genauen Kennzahlen gefragt wird, sagen Sie nämlich – und da zitiere ich jetzt wörtlich –: „Der Sanierungsstau an der Bremer Verkehrsinfrastruktur wird nicht differenziert nach Gehwegen, Fußgängerbrücken und Unterführungen und auch nicht nach den gefragten Merkmalen differenziert ermittelt.“ Also frage ich noch einmal: Wie kommen Sie darauf, dass sich der Zustand der Fußgängerverkehrsinfrastruktur verbessert, wenn Sie es gar nicht erheben? Als Bremer Bürger kann ich Ihnen sagen, das macht mich sehr betroffen, denn auch aus der Enquetekommission wissen wir, wie wichtig ein funktionierender Fußverkehr für die CO<sub>2</sub>-Vermeidung ist. So betragen die zurückgelegten Personenkilometer von Fußgängern vier Prozent der insgesamt zurückgelegten Strecken im Stadtraum.

Im Sinne einer lebenswerten Stadt würde eine Erhöhung der Prozentzahl von zurückgelegten Kilometern zu Fuß das Klima und vor allem die Aufenthaltsqualität in der Stadt selbstverständlich verbessern, und das, zumal wir in Bremen bereits im Bericht der Enquetekommission beschreiben, dass wir eine autofreie Innenstadt realisieren möchten. Dafür wäre es dringend erforderlich, die Fußgängerinfrastruktur kontinuierlich anzupassen oder zu erneuern. Da bin ich ganz klar der Meinung, die Fußgängerinfrastruktur in Bremen könnte einen Schub in diese Richtung wirklich gut gebrauchen,

(Beifall CDU, FDP)

denn gerade im Bereich Mobilität ist ein gutes Angebot für Fußgänger eine wichtige Voraussetzung

zur Klimavermeidung. Auch der ÖPNV würde profitieren, da eine fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen einen Umstieg auf öffentliche Nahverkehrsangebote unterstützen würde, und da erinnere ich übrigens auch an die 10-Minuten-Stadt, sehr geehrte Abgeordnete der SPD, das ist Ihr Thema!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ja!)

Positiv bewerten wir als CDU-Fraktion, dass Sie für die Barrierefreiheit in verschiedenen Bereichen Fördermittel für unsere Stadt eingeworben haben. Außerdem begrüßen wir die Absicht, voraussichtlich bis Ende 2022 ein digitales Kataster für die Straßennebenanlagen beziehungsweise Fußwege zu erstellen, obwohl ein entsprechendes Kataster längst hätte erstellt werden können, darüber braucht man sich nicht zu streiten. Übrigens – das möchte ich hier gleich anfügen, weil wir gerade sagen, Ende 2022 – haben wir jetzt schon Mai, also da bleibt nicht mehr so viel Zeit. Wir wollen hoffen, dass das gelingt.

Dann – und das zu guter Letzt! – müssen natürlich die Konzepte und Maßnahmen auch umgesetzt werden, und nicht, dass wie in anderen Bereichen, wie wir es auch beim VEP erleben, nichts passiert. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, gibt es im Bereich Fußverkehr noch viel Luft nach oben in unserer Stadt, das möchte ich da noch einmal hinzufügen, denn – und da schließt sich jetzt unser Appell auch an – installieren Sie eiligst ein Erfassungssystem und Monitoring der Bremer Fußverkehrsinfrastruktur, und optimieren Sie diese kontinuierlich! – Vielen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

**Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE):** Werte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete! Unsere historischen Innenstädte sind davon geprägt, dass sie für Menschen geplant wurden, die zu Fuß gehen. Heute ist der Fußverkehr die große Schwachstelle der Verkehrsplanung. Erst in den letzten Jahren ist allmählich klar geworden, wie zentral der Fußverkehr für die Entwicklung der Stadt ist.

In der von Deutschland unterschriebenen UN-Behindertenrechtskonvention heißt es: Die Unterzeichner sind verpflichtet, die Barrierefreiheit in Städten sicherzustellen. „Dies ist aber mit Blick auf

die gesamte Wegekette nur selten der Fall. Gehwege sind an vielen Stellen in Bremen mangelhaft und nicht barrierefrei oder nur bedingt zum Beispiel auch mit Kinderwagen befahrbar“, heißt es richtigerweise in der Prosa Ihrer Anfrage zur Situation der Fußwege hier in Bremen. Wer sich einmal die Mühe macht, zum Beispiel in einem sogenannten Rollstuhlexperiment die Stadt sitzend zu erforschen, macht genau diese Erfahrung: Für mobilitätseingeschränkte Menschen – also Rollstuhlfahrer:innen zum Beispiel oder Menschen, die einen Rollator benutzen – ist es oft genug mehr als eine Slalomroute, die zum nächsten Einkaufsladen, zur Behörde oder zur Arbeit führt.

In einem Versuch der Aktion Mensch zum internationalen Protesttag zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung starteten drei Menschen – eine Blinde, eine Rollstuhlfahrerin und eine nicht beeinträchtigte Person – vom selben Standort, um sich in einem Café zu treffen. Während die nicht beeinträchtigte Person nach 15 Minuten das Ziel erreichte, waren sowohl die Sehbehinderte als auch der Rollstuhlfahrer eine Dreiviertelstunde unterwegs.

Wie sieht nun die Situation hier in Bremen aus, beziehungsweise wie beantwortet die senatorische Behörde die konkreten Fragen zur Situation der Bremer Fußwege? Zunächst möchte ich feststellen, dass die Antworten alle irgendwie richtig sind und Optimismus ausstrahlen. Man spürt jedoch deutlich, der Fußverkehr hat bislang keine Priorität.

Die Barrierefreiheit spielt bei verschiedenen Projekten eine gewisse Rolle, einfach, weil sie inzwischen vielfach rechtlich gefordert ist, aber als eigenständiger Bereich spielt der Fußverkehr noch keine starke Rolle. Zwar entsteht durchaus der Eindruck, man sei bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention im Bereich Barrierefreiheit auf Fußwegen auf einem guten Weg, aber das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht die ganze Wirklichkeit, die sich einem rollstuhlfahrenden Mitbewohner von mir alltäglich bietet, im Gegenteil. Ein Weg durch die Alte Neustadt, um ein Beispiel zu nennen, ist mit Slalomfahrt noch freundlich umschrieben. Schräge Fußwege, fehlende Absenkungen des Bürgersteigs, das Umfahren der Autos, die illegal auf Fußwegen aufgesetzt parken, der Elektroroller, der auf dem Weg liegt, all das gehört zur alltäglichen Übung, um von einem Ort zum anderen zu kommen.

Ein anderer Punkt sind mangelnde Investitionen. Warum angesichts der bekannten Lage der Fußwege zum Beispiel die Haushaltsmittel zur Sanierung/Installierung fußgängerfreundlicher Kreuzungen und Querungen so gering sind, erschließt sich mir nicht in Gänze. Das ist durchaus bitter, und es ist Anlass genug, dass diese aktuelle Situation beim letzten Aktionstag zur Inklusion auf dem Bremer Marktplatz oder im Landesbehindertenparlament thematisiert und problematisiert wurde beziehungsweise wird.

Was ich an Ihrer umfangreichen Anfrage erstaunlich finde, ist, dass Sie es schaffen, mit keinem Wort die ungerechte Platzverteilung im öffentlichen Raum zu thematisieren. Kein Wort darüber, wie viel öffentlicher Raum für den motorisierten Individualverkehr zur Verfügung steht und wie viel Raum sich die restlichen Verkehrsteilnehmer teilen müssen! Hierzu gibt es mehrere interessante Studien des VCD, unter anderem aus dem Jahr 2020. Ich erspare es mir, das jetzt hier zu zitieren. Daraus ergibt sich eindeutig, welche Gruppe von Verkehrsteilnehmern bevorzugt und welche benachteiligt werden.

Erst mit dem Aufkommen des Autoverkehrs wurden Fußgängerinnen und Fußgänger auf die Gehwege verbannt. Seither versucht man mit großer Mühe, den Menschen beizubringen, dass man nicht diagonal über Kreuzungen gehen soll, obwohl es am kürzesten ist, und dass man an Straßen so lange entlanggehen muss, bis man eine vorgesehene Querung findet. Dass das bei Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, als Autolobbyisten kein Thema ist, wundert mich nur bedingt, aber das ist ein anderes Thema, und so ist es eben folgerichtig, dass sich drei von zwölf Ihrer Fragen mit dem Radverkehr beschäftigen und nicht eine damit, in welcher Form der Autoverkehr zur Behinderung der Fußgängerinnen und Fußgänger oder zum Beispiel der Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer führt.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Dass Sie aktuelle Fragen wie das illegale, nervig aufgesetzte Parken mit keinem Wort erwähnen, ist ebenso selbstverständlich.

(Glocke)

Eine demokratische Nutzung der Flächen, ein gleichberechtigtes Miteinander in der Verkehrspro-

litik, bei dem alle Teilnehmer:innen auf Augenhöhe ihre Anliegen vorbringen und umsetzen können, das ist Verkehrspolitik der LINKEN. Eine barrierefreie Straße, also eine Straße für alle, eine Stadt für alle ist dabei unser Ziel. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier jetzt in den letzten Redebeiträgen ein paar Dinge gehört, über die es sich lohnt, nachzudenken, es gibt aber auch einige Wortbeiträge, über die es sich wahrscheinlich nicht groß lohnt, nachzudenken und das zum Thema zu machen.

Wenn wir uns dem Vorwurf aussetzen, den Sie immer wieder aus der Schublade herausholen – –. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, wenn Sie sich einmal unsere Initiativen anschauen und einmal nach Pkw, nach Fahrrad, nach Gehweg oder nach ÖPNV aufteilen, dann würden Sie sehen, dass der kleinste Teil unserer Anträge zum Thema Pkws war. Sie sind offensichtlich nicht richtig informiert, aber richtig ist, dass wir in Bremen 300 000 Autos haben. Wir haben in Bremen rund 300 000 Autos, und wenn Sie – –.

(Abgeordneter Olaf Zimmer [DIE LINKE]: Schlimm genug!)

Das ist einfach die Lebensrealität der Menschen, an der Sie vorbei Politik machen, das ist ja das Problem!

(Beifall FDP)

Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir eine Autopartei wären, weil wir uns auch um die Interessen der Menschen kümmern, die diese 300 000 Autos in Bremen haben, sie fahren und sie brauchen,

(Zuruf Abgeordneter Olaf Zimmer [DIE LINKE])

dann sind wir sehr gern Autolobby-Partei, damit haben wir überhaupt kein Problem, sehr geehrter Herr Kollege.

(Beifall FDP)

Es geht aber letztendlich darum – da haben mich die Ausführungen des Kollegen Saxe etwas irritiert,

der versucht, das Thema wieder irgendwie umzudrehen –, aus einem Thema, bei dem wir gerade über Gehwege sprechen, über den Zustand von Gehwegen, über Gehwege, die kaputt sind,

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss über die reden, die auf den Gehwegen parken!)

wo Kantsteine heraus schauen, wieder einmal ein Thema zu machen, bei dem es gegen Autos geht. Das ist ja Ihr Lebensthema.

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Da reden wir, wenn wir über kaputte Gehwege sprechen, natürlich auch einmal über Todesfälle, aber es geht ganz häufig auch um die Situation, in der beispielsweise ein Rollstuhlfahrer nicht mehr über den Gehweg fahren kann und 50 Meter über die Pkw-Straße fahren muss, weil der Gehweg völlig kaputt ist.

Die Kollegin Frau Bergmann hat eben zu Recht gesagt, schauen Sie sich einmal die Riensberger Straße an. Schauen Sie sich die einmal an! Da haben wir kein großes Problem mit zugeparkten Seiten, überhaupt nicht! Die Gehwege sind völlig im Eimer,

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

wir hören seit Jahren Beschwerden darüber, und es passiert nichts. Das ist das Problem! Und wenn Sie jetzt versuchen, daraus wieder ein Autothema zu machen, dann geht das völlig an dem Thema vorbei. Wir lagen mit unserer Anfrage richtig, und wir werden Ihren Weg nicht mitgehen, daraus wieder ein Thema gegen Autos machen, denn darum ging es bei diesem Thema gar nicht.

(Beifall FDP)

Wenn wir über Gehwege sprechen, dann geht es natürlich maßgeblich um die Frage, wie können wir das Problem lösen. Was ich Ihnen zugestehe, ist, dass ein ganz kleiner Teil davon die Frage nach abgestellten Autos auf dem Gehweg oder auf dem Fahrradweg ist – normalerweise geht es eher um Fahrradwege und nicht um Gehwege –, aber das wird das Problem nicht lösen. Wir haben jede Menge Gehwege, die völlig im Eimer sind, wo das Auto keine Rolle spielt, wo abgestellte Autos keine



Rolle spielen. Das ist also eine Phantomdiskussion, die Sie versuchen, hier gerade aufzuziehen.

Wenn wir Gehwege instand setzen wollen, brauchen wir Geld, und Sie haben zu Recht gefragt, was denn jetzt unsere Antwort darauf wäre, was denn unser Vorschlag wäre, und das hat auch der Kollege Bodeit eben zu Recht angeführt und gesagt, dann muss man eben Anträge stellen, die die Dinge besser machen, die sie nicht nur hinterfragen. Völlig zu Recht! Ich möchte aber noch einmal daran erinnern, dass wir im Rahmen der letzten Haushaltsdebatte genau dazu Anträge gestellt haben. Wir hatten Anträge gestellt, mehrere Millionen Euro mehr als Sie in den Gehwegverkehr zu investieren. Diese Anträge wurden von der rot-grün-roten Koalition inklusive CDU abgelehnt, also beschweren Sie sich nicht, dass wir keine Anträge gestellt hätten, die Situation zu verbessern. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir als Lobbyist für den Fußverkehr geht es vor allen Dingen darum, etwas für den Fußverkehr zu machen, und das ist, glaube ich, das Entscheidende dabei. Es geht mir gar nicht darum, gegen das Auto oder gegen jemand anders zu sein, aber wenn die Belange einer Verkehrsart die andere Verkehrsart tangieren, dann muss man etwas tun. Dazu gibt es ein Gerichtsurteil, das wissen Sie, das das aufgesetzte Parken als illegal bezeichnet hat und in dem auch steht, da gibt es auch keine Handlungsspielräume, da tätig zu werden. Man kann sich noch aussuchen, wie man das macht, aber man muss dagegen tätig werden.

Das so zu bagatellisieren und zu sagen, das ist jetzt ein kleines Ding mit dem Autoverkehr: Zählen Sie einmal nach, wie viel Prozent der Fußverkehrsflächen dafür genutzt werden, dass Autos abgestellt werden! Sie stehen da im Schnitt meistens 23 Stunden und 15 Minuten am Tag herum und engen die Wege der Fußgängerinnen und Fußgänger ein.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Das ist doch ein ganz anderes Thema!)

Fragen Sie sich, warum sind denn nun diese Fußwege kaputt? Das hat sicherlich etwas damit zu tun, dass wir nicht genug Geld gehabt haben, aber

wenn ich das so in den Straßen bei mir im Umfeld sehe, sehe ich, dass die Autos auf Gehwegen parken, die aber von der Last her gar nicht dazu geeignet sind, Autoverkehr aufzunehmen.

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Die sind alle dafür geeignet!)

Das heißt, die Infrastruktur ist auch durch eine Fehlnutzung, die dort stattgefunden hat, auch tatsächlich tangiert gewesen, aber, wie gesagt, inhaltlich habe ich jetzt trotzdem immer noch nichts von Ihnen gehört.

Wir können feststellen – darauf sind Sie nicht eingegangen –, dass wir den Etat um 1,5 Millionen Euro erhöht haben, und vorher sind natürlich auch im Rahmen der Straßenerhaltung Gehwege mit gemacht worden. Das heißt, das ist erheblich mehr mit hineingekommen, und Sie sind darauf gar nicht eingegangen, dass wir da als Koalition und auch im Vergleich zu anderen Städten sehr viel gemacht haben.

Ich will einmal sagen, da ist auch sehr viel passiert. Darin steht ein Querungsprogramm. Ich finde es sehr wichtig, dass Leute, die zu Fuß unterwegs sind, möglichst viele Möglichkeiten haben, die Straßen zu queren. Es ist auch sichtbar, dass da sehr viel gemacht worden ist in dem Bereich und dass es manchmal kleine Maßnahmen sind, die sehr wirksam gewesen sind – die Sozialsenatorin ist nicht mehr da –, wir haben ja dieses 1 000-Bänke-Programm aufgelegt. Auch das gehört mit dazu, dass Leute, die eben nicht mehr so beweglich sind, Orte haben, wo sie sich hinsetzen können.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Da ist die Resonanz aber leider noch nicht so gewesen!)

Das zählt für mich auch zum Fußverkehr, und es ist auch so gewesen, das ist nicht digital erfasst worden, aber Sie wissen, dass in diesem Jahr die gesamte Infrastruktur erfasst wird. Das heißt, man geht durch und schaut genau hin. Es ist also nicht so, dass da nichts passiert.

Ich will noch einmal etwas zu dem Thema Radverkehr und Fußverkehr sagen! Sie suggerieren – sowohl mit Ihren Fragen, die Sie vorhin gestellt haben als auch mit Ihren drei Fragen von zwölf –, der Radverkehr sei ein großes Problem für den Fußverkehr. Ich habe eine andere – –.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Das ist Ihre Lesart!)

Gut, die Quantität muss ja irgendwie –. Wenn Sie drei Fragen zum Radverkehr stellen und keine zum Autoverkehr, dann sagen Sie zumindest, das ist für uns sehr viel relevanter als die Fragen dazu, wie wir mit dem aufgesetzten Parken weitermachen. Daher glaube ich, es gibt diese Probleme, das habe ich auch schon gesagt. Sie sind aber nicht so relevant, dass sie wirklich zu schweren Unfällen und Todesfällen führen, und das wollen wir vor allen Dingen verhindern, aber es gibt Stellen in der Stadt, an denen finde ich das auch nicht gut.

Ich sage einmal ein Beispiel, da gibt es eine große Debatte in den Beiräten Mitte und Östliche Vorstadt: Ich finde es nicht richtig, dass unten der Fuß- und der Radverkehr zusammengeführt werden, und ich finde es richtig, dass der Radverkehr oben bleibt und nicht mehr dort unten geführt wird. Ich finde es auch richtig am Theaterberg, wenn es zum Präsident-Kennedy-Platz geht, dass dort nicht Radfahrer auf den Wegen fahren, die normalerweise dem Fußverkehr gewidmet sind. Da gibt es Sachen, die man besser machen kann, aber das ganz große Problem sind eben diese 300 000 Autos, von denen 150 000 aufgesetzt auf den Gehwegen stehen, und dazu müssen Sie genauso wie wir eine Antwort haben.

Eine Antwort von mir ist: Wir haben dann ja sehr oft den Fall, dass wir zulassen, dass das Gehwegparken erlaubt ist. Wir haben eine Mindestbreite von 2,50 Metern Gehweg. Meine Meinung ist, wenn wir die 2,50 Meter nicht haben, dann können wir diese Schilder nicht mehr stehen lassen. Das geht einfach nicht mehr, die müssen abgeräumt werden. Das ist illegal,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

und ich glaube, diesem Thema müssen wir uns widmen.

Ich glaube deswegen, wir müssen auch in der Deputation darauf achtgeben, ich glaube, es ist auch nicht immer gelungen, dass wir bei Neubaugebieten alle miteinander auf die 2,50 Meter geachtet haben – das habe ich auch selbst nicht gemacht, ich habe mir vorgenommen, das mache ich ab jetzt jedes Mal –: Sind das auch wirklich 2,50 Meter?

Wir müssen mehr dafür tun, dass wir auch Personal für diese Bereiche gewinnen. Sie haben gar nicht erwähnt, dass wir die Mittel, die wir zusätzlich eingestellt haben, gar nicht alle ausgegeben haben. Das liegt natürlich daran, dass wir zu wenig Perso-

nal haben, und ich sage das hier ja auch mantra-mäßig immer: Wenn wir Leute für die Planung haben wollen und in Konkurrenz zu anderen Städten, dann müssen wir selbst ausbilden. Wir müssen in dem Bereich sehr viel mehr machen. Ich habe selbst gesagt, ich wünsche mir eine Professur für den Bereich Nahmobilität, und ich wünsche mir auch eine Professur für den Bereich Barrierefreiheit. Wir sind auch im Gespräch mit den Hochschulen dazu.

(Glocke)

Das sind Dinge, die programmatisch sind, die tatsächlich praktisch etwas verändern, und da, glaube ich, sind Sie vielleicht nicht blank, aber Sie haben uns bisher noch nicht verraten, was Ihre Ideen dazu sind. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist von einigen schon gesagt worden, aber ich möchte es auch noch einmal sagen: Der Fußverkehr leistet natürlich einen zentralen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung, und er ist auch das Basisverkehrsmittel der Menschen. Wir sind alle zu Fuß unterwegs, egal, wie wir uns dann weiter fortbewegen, ob mit dem Rad oder mit dem Auto oder dem ÖPNV, aber wir gehen alle doch jeden Tag etliche Strecken auch zu Fuß, und deswegen, Herr Schäck, können Sie sicher sein, dass uns und auch mir der Fußverkehr extrem wichtig ist; ein Grund, warum wir aus Bremen dafür auch einen Antrag in der VMK hatten und warum der vierte nationale Fußverkehrskongress in diesem Jahr auch in Bremen stattfinden wird.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben so lapidar gesagt, beim letzten Mal wäre herausgekommen, wir wissen zwar nicht, wie der Zustand ist, aber es wird schon gut sein. Ehrlicher Weise ist das ein bisschen sehr vereinfacht die Darstellung der Antwort aus der letzten Anfrage. Da haben wir gesagt, wir erfassen das nicht komplett digital nach Stadtteilen und Straßen, sondern auch oft visuell. Die Menschen gehen da hindurch. Wir haben einen Schlaglochmelder, und da, wo Schäden auftreten, werden sie auch repariert, aber wir haben darauf hingewiesen – und das mache ich

auch heute noch einmal –, dass die Verkehrssicherheit gewährleistet ist. Das heißt nicht, dass alles super tutti ist, aber es heißt erst einmal, dass die Verkehrssicherheit gewährleistet ist, und das ist auch ein wichtiger Punkt.

Aber natürlich arbeiten wir an der ständigen Verbesserung, und da will ich jetzt schon noch einmal auf einige Punkte eingehen! Das sind manchmal auch Pilotprojekte wie die Fußgängerampel an der Sögestraße. Da haben wir die erste Fußgängerampel, die eine grüne Welle für den Fußverkehr hat. Es gibt noch eine weitere, ich glaube, in Düsseldorf, aber man hat Bremen ausgewählt, weil wir eben auch hinter dem Fußverkehr stehen.

Allerdings will ich einmal sagen, Herr Schäck, die Überschrift Ihrer Anfrage ist nicht, wie ist denn der bauliche Zustand, und sind da Schlaglöcher darin, sondern – ich lese vor –: „Nachhaltige und konfliktfreie Fußgängerinfrastruktur – Entwicklung, Zustand und Barrierefreiheit der Fußwegeinfrastruktur in Bremen“, und da bin ich bei Herrn Saxe, bei der LINKEN:

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Ach, Mensch!)

Wenn wir über Barrierefreiheit sprechen, dann geht es auch um das Thema aufgesetztes Parken, und dann mögen Sie eine Straße nennen, in der Rollstuhlfahrer Ihrer Meinung nach nicht entlangfahren können, weil der Weg schlecht ist, aber das Gros, wo wir um das Thema Barrierefreiheit ringen und darüber sprechen, ist deshalb, weil es wegen des aufgesetzten Parkens nicht genügend Platz auf dem Bürgersteig gibt und ein Gegenverkehr mit dem Rollstuhl schon nicht mehr möglich ist oder Eltern mit Kinderwagen und auch Menschen mit Rollatoren nicht durchkommen.

Herr Saxe, aufgesetztes Parken, Sie haben gerade noch einmal die 2,50 Meter angebracht, es müssten mindestens 1,80 Meter sein. So viel brauchen zwei Rollstühle, um sich zu begegnen zu können. Das ist in den meisten Straßen aufgrund des aufgesetzten Parkens nicht gewährleistet. Ehrlicher Weise würde ich mich auch freuen, wenn wir hier allesamt der Meinung wären, Tempo 30 wäre gut,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: 40! 40 für die ganze Stadt!)

denn da geht es auch gerade um die Verkehrssicherheit für Kinder.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben gerade in der Fragestunde über den Baustellenleitfaden diskutiert, auch hier einen Beitrag zu leisten, um den Fußverkehr – auch den Radverkehr, aber auch den Fußverkehr – zu stärken und nicht nur den Autos die freie Fahrt bei Baustellen zu ermöglichen.

Der Haushalt wurde angesprochen, und ich bin Herrn Saxe ganz dankbar, dass er darauf hingewiesen hat: Wir sind eines der wenigen Bundesländer, die überhaupt einen Etat für den Fußverkehr haben, und zwar von 1,5 Millionen Euro pro Jahr. Ganz ehrlich, Herr Schäck, ich weise jetzt ja immer darauf hin, und ich freue mich, dass Sie an meiner Seite sind, bei dem FDP-Bundesverkehrsminister Wissing dann auch dafür zu werben, dass auch dort der Etat für den Fußverkehr erhöht wird, aber wenn Sie sich ansehen, wie viel dort zur Verfügung stand, dann muss man sagen, dass durch den nationalen Radverkehrsplan des Bundesministeriums – jetzt heißt es BMDV, vorher war es BMVI – die Schnittstelle zum Fußverkehr in acht Modellvorhaben mit einem Volumen von zwei Millionen Euro, und zwar zwei Millionen Euro in den Jahren 2015 bis 2023, finanziert wurde. Jetzt ganz ehrlich: 1,5 Millionen Euro pro Jahr in Bremen und zwei Millionen Euro in acht Jahren im Bund, da hoffe ich, dass Sie sich dafür einsetzen, dass Herr Wissing dann den Fußverkehr deutlich besser ausstaffiert, als es eine CDU-mitregierte Regierung in den letzten Jahren gemacht hat, meine Damen und Herren.

Dann wurde die Martinstraße angesprochen, auch da eine Stärkung des Fußverkehrs: Aus vier Spuren haben wir zwei Spuren herausgenommen, um nämlich zwei Radspuren zu machen. Das bedeutet, dass der Weg, der Fußgängerweg, deutlich verbreitert wurde. Auch da eine Stärkung des Fußverkehrs, was man durchaus auch erwähnen könnte, Herr Schäck!

Deswegen will ich auch sagen, ja, wir sind dankbar, wenn Bürgerinnen und Bürger uns melden, wo Schäden auftreten, und wir wissen, nach jedem kalten Winter haben wir neue Schlaglöcher.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Deswegen, wir haben eine Erfassung in einer Datenbank. Frau Bergmann, wenn Sie einfach einmal zuhören könnten, wäre ich wirklich dankbar! Die Antwort zu Frage 4 besagt eindeutig, dass wir eine Erfassung in einer Datenbank haben. Trotzdem, nach jedem Winter wissen wir, dass wir in Straßen

und natürlich auch auf Fußwegen neue Schlaglöcher haben. Deswegen gibt es einen Schlaglochmelder für die gesamte Verkehrsinfrastruktur, und wir sind froh, wenn Bürgerinnen und Bürger uns dann auch mit diesem Meldesystem den Zustand melden, neue Schlaglöcher melden, damit dort Abhilfe geschaffen werden kann.

Das ist auch die Antwort beim letzten Mal gewesen, wenn das ASV durch die Straßen geht und Mängel feststellt – im Übrigen auch hinsichtlich Barrierefreiheit –, dass das Ganze dann auch möglichst schnell oder sofort behoben wird. Das sind oftmals Absenkungen beim Fußweg, damit man mit dem Rollstuhl gut herunterkommt, und das stand in der Antwort zur letzten Anfrage.

Also, ich halte noch einmal fest: Ja, Fußverkehr ist für uns ein ganz wichtiges Thema, deswegen auf der Verkehrsministerkonferenz platziert, deswegen der nationale Fußverkehrskongress auch dieses Jahr in Bremen, deswegen ein eigener Fußverkehrsetat von 1,5 Millionen Euro im Jahr – ein Vielfaches von dem, was der Bund zur Verfügung gestellt hat –,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Die haben ja noch einen eigenen Haushalt!)

und ja, Herr Schäck, ich freue mich, dass Herr Wisning dann bei Ihnen in Zukunft auch noch einmal Gehör findet, dass der Etat im Bund deutlich erhöht wird, denn am Ende des Tages brauchen die Kommunen auch eine Förderung des Bundes, ohne diese Förderung geht es nicht. Wir wollen es auskömmlich machen, ja, und deswegen freue ich mich, wenn Sie sich dann bei Herrn Wisning auch dafür einsetzen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/672 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Kenntnis.

**Neues Gewerbeentwicklungsprogramm endlich vorlegen!**

**Antrag der Fraktion der CDU  
vom 23. März 2022  
(Drucksache [20/683 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Kristina Vogt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christoph Weiss.

**Abgeordneter Christoph Weiss (CDU):** Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Zum fünften Mal in dieser Legislaturperiode diskutieren wir auf Antrag der CDU-Fraktion über das Gewerbeentwicklungsprogramm 2030.

(Zuruf)

Man könnte sagen, ewig grüßt das Murmeltier, haben wir sonst kein Thema. Vielen Dank, Herr Stahmann! Noch immer liegt dieses nicht vor, obwohl seit Jahren daran gearbeitet wird und eine zugesagte Frist nach der anderen verstrichen ist. Natürlich liegt das alles immer ausschließlich an Corona. Ich gebe zu, das ärgert mich.

In der Zwischenzeit kommt man mit den bereits beschlossenen Erschließungsmaßnahmen nur im Schnecken tempo voran. Im städtischen Sondervermögen Gewerbeflächen wurden im letzten Jahr nur zwei Hektar anstatt der geplanten neun Hektar fertig erschlossen. Auch im laufenden Jahr ist nur eine Erschließung von 0,8 Hektar geplant. Die bereinigte, das heißt, sofort verfügbare Dispositionsreserve liegt aktuell im niedrigen zweistelligen Bereich zwischen zehn und etwa 20 Hektar.

Was jetzt immerhin klar vorliegt, ist der Beleg, dass der Koalition die Gewerbeentwicklung im Ergebnis letztlich bestenfalls egal ist, aber eigentlich komplett schlicht abgelehnt wird, Gewerbe ist ja schmutzig und schlecht für das Klima.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Papperlapapp!)

Wenn man in den warmen Büros des öffentlichen Dienstes oder sonst öffentlich alimentierten Beschäftigungsverhältnissen sitzt, kann man sich das wahrscheinlich gar nicht anders vorstellen, lieber Herr Bücking, zumal wenn man morgens mit dem Rad aus dem Viertel in die Innen- oder die Überseestadt oder zur Uni fährt. Für viele andere Berufstätige sieht die Realität allerdings ganz anders aus. Teile dieser Koalition haben sich von dieser Wirklichkeit aber offenbar mittlerweile sehr weit entfernt.

(Beifall CDU)

Vielleicht muss man noch einmal einen Zusammenhang erklären, der ja gerade in Bremen gern übersehen wird: Man kann, zumindest langfristig, nur das verteilen, was verdient wird.

(Beifall CDU)

In Bremen galt das ja lange nicht, bis zur Schuldenbremse, da man sich ohne Not verschulden konnte, ohne natürlich jemals den Nutzen einzelner Maßnahmen nachweisen zu müssen. Evaluation ist ja auch ein schwieriges Wort. Zum Glück gab es dann den Coronafonds, mit dem die Schuldenbremse umgangen werden konnte. Dann spielt die Wirtschaftskraft für freigiebige Koalitionäre tatsächlich keine Rolle, es sei denn, man sucht als Arbeitsloser oder Berufseinsteiger einen Job und nicht nur eine Fördermaßnahme. Bei der Arbeitslosigkeit und Armut ist Bremen bekanntlich Spitze. Da muss man schon ideologisch sehr gefestigt sein, da keinen Zusammenhang erkennen zu wollen.

Ich verstehe ja, dass man die Wirtschaft, wenn es sie so undifferenziert gibt, als schmutzig oder von mir aus sogar als Teil eines unmenschlichen kapitalistischen Systems ablehnen kann.

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Da habe ich schon bessere Stammtischreden gehört!)

Dann haben Sie wahrscheinlich die falschen Stammtische!

(Beifall CDU – Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

Dann sollte man aber auch zu den Konsequenzen stehen, lieber Herr Rupp,

(Zuruf: Sehr gut!)

das sind nämlich weniger Jobs, weniger Steuereinnahmen, zum Beispiel für sozial wichtige Programme oder auch für Kultur oder die Bildung. Zur Bildung sage ich jetzt lieber nichts, aber es liegt nicht immer nur am fehlenden Geld.

(Zuruf Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE])

Wer jetzt nach höheren Steuersätzen ruft – das Geld ist ja da –, hat den Unterschied zwischen Steuersätzen und Steuereinnahmen nicht verstanden.

(Zurufe)

Viel von weniger ist immer noch wenig, wenig von ganz viel ist mehr, einmal sehr stark verkürzt.

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Geht es um Standorte oder um eine Generaldebatte?)

Es geht wirklich um eine Grundsatzdebatte, lieber Herr Kollege! Ich möchte jetzt nicht den Antrag vorlesen, der sicher eine ganze Reihe von einigungsfähigen Vorschlägen enthält, Gewerbepark Hansalinie, Bremer Industriepark, GVZ und so weiter. Wir haben damit übrigens gern Ihre Fragen aufgegriffen und sind viel konkreter geworden, Herr Stahmann, wo Sie völlig ungedeckte Schecks, zum Beispiel in der Airport-Stadt, verteilen.

Zwei Ideen möchte ich aber noch gern aufführen, die sind mir auch besonders wichtig: einen Start-up-Campus im Grünen an der Uni auf dem Gelände des alten Campingplatzes, gern auch mit Social Entrepreneurship und vor allem grünen Start-ups, außerdem die Chance, Bremen zu einer innovativen Vorzeigeregion für autonome und vor allem ökologische Mobilität zu machen, wo entsprechende Shuttles, angetrieben zum Beispiel durch Wasserstoff, den Technologiepark und die Universität mit dem SPNV in sinnvoller Weise verbinden! Das braucht aber Mut und vor allem etwas visionäres Vorstellungsvermögen. Wenn man das gut macht, steigen später sogar die Steuereinnahmen.

Mit unserem Antrag wollen wir sehr konkrete Vorschläge für einen starken Wirtschaftsstandort mit guten und sicheren Arbeitsplätzen machen. Nun bin ich auf Ihre Ideen gespannt und freue mich auch auf die zweite Runde! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

**Abgeordneter Volker Stahmann (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren! Ich bin ja froh, dass uns der Antrag schriftlich vorliegt, sonst hätten wir ja gar keine Fakten mehr gehabt. Das waren ja nur noch Klischee und Plattitüden!

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Er kann ja schriftlich vorgelegt werden!)

Ich stelle noch einmal fest, dass sich die CDU an der Stelle noch einmal ein ganzes Stück verändert hat. Jetzt meine ich nicht nur das in dem Beitrag

von Herrn Meyer-Heder, der ja im September noch gesprochen hat, zu Herrn Weiss, sondern wir hatten ja im September noch die Herangehensweise der CDU, dass sie Bremen nach außen an den Rändern unbedingt alles erschließen wollte, jedes Jahr 30 Hektar neu umpflügen. Davon hat sie sich verabschiedet.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Wie kommen Sie darauf?)

Da kann ich nur sagen – -. Doch, hier steht 100 Hektar Dispositionsreserve! Insofern gehe ich davon aus, dass das, was die Koalition – -.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Ja, das ist doch vorhalten, Herr Stahmann! Vorhalten!)

Ja, das ist ja genau das, was die Koalition verabschiedet und beschlossen hat.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das haben Sie doch gar nicht!)

Soll ich ausreden, oder wollen wir beide diskutieren? Das können wir jederzeit machen. Gehen wir hinaus nach der Debatte!

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das können wir auch machen!)

Ich bin froh, dass das endlich vom Tisch ist, denn nach außen wird hier gar nichts mehr von der CDU gesagt. Die 30 Hektar pro Jahr scheinen dann weg zu sein. Wenn das nicht der Fall ist, und Sie wollen das immer noch, dann sagen Sie das nur einmal, dann haben wir hier wenigstens Klarheit! 30 Hektar pro Jahr, das war noch die Position im September. Insofern gehe ich davon aus, dass es auch etwas Gutes hat, wenn die CDU das fünfmal beantragt, denn die Einzigen, die dann ins Nachdenken kommen und langsam vernünftig werden, ist die CDU. Das finde ich einen sehr guten Vorschlag.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Was?)

Ja, denn hier steht jetzt „die 100 Hektar Dispositionsreserve“, und das ist genau das, was wir haben.

Wir würden als SPD-Fraktion den Antrag schon allein deshalb ablehnen, weil die gesamte Beteiligung der Beiräte bei der CDU offensichtlich nicht mehr vorkommt. Die CDU will diesen Antrag so mit den Eckpunkten, das soll ganz schnell vorgelegt werden, aber Beiräte und Beteiligung kommen

überhaupt nicht mehr vor. Oder haben Sie da irgendwie eine andere Variante? Ich will noch einmal schauen! Wenn da Dinge aufgezählt werden, zum Beispiel Gewerbeinseln, dann muss mir einmal jemand erklären: Was ist denn der Unterschied zu dem, was wir in der Koalition vereinbart haben, nämlich Gewerbeschutzgebiete?

Wir haben gesagt, wir wollen in den Bereichen/in den Quartieren Gewerbe erhalten, wir wollen, dass es nicht geändert wird, wir wollen sozusagen urbane Gebiete, wohl wissend, dass die ganze Stadt nicht nur aus Anlagen wie zum Beispiel dem Tabakquartier bestehen kann, wohl wissend, dass wir an bestimmten Stellen solche Sachen fördern, aber auch wissend, dass der Industrieteil in der sechstgrößten Industriestadt der Bundesrepublik einen Schwerpunkt hat und das auch bleiben soll, und auch das steht im Gewerbeentwicklungsplan, den wir, die beiden Ressorts, am 7. Oktober miteinander verabschiedet haben, und es gibt überhaupt keinen Grund, das zu ändern oder daran zu zweifeln.

Ich verstehe überhaupt nicht die Dinge, die hierin stehen. Viele Sachen sind ja richtig. Viele Sachen sind einfach abgeschrieben von uns. Das ist gelebte Praxis, beschlossene Sache, aber eines kann man an der Stelle wirklich nicht machen, nämlich alles pauschal beschließen zu lassen. Ich will einmal ein paar Punkte herausgreifen! Der alte Campingplatz wird bestimmt mit der SPD – und ich gehe davon aus, auch mit der Koalition – nicht noch als zusätzliches Gewerbegebiet erschlossen. Es gibt für den alten Campingplatz ein Konzept, das Konzept heißt Jugendfreizeit. Da gibt es eine gute Vorlage, sie ist im Beirat in Horn-Lehe von der AWO, vom CVJM und von anderen einmal vorgestellt worden, wo man da Jugendfreizeit machen kann, und ich finde es genau richtig, so etwas in der Nähe des Unisees zu etablieren

(Beifall SPD, DIE LINKE)

und nicht das Gewerbegebiet auch noch zu erschließen.

Was mich außerordentlich freut, ist, dass man hier zu bestimmten Gewerbegebieten steht, das ist ja teilweise sehr kleinteilig. Also die Bayernstraße fehlt zum Beispiel, dass die CDU zur Horner Spitze steht, begrüße ich ausdrücklich, genau wie Nußhorn oder Am Reedeich für Handwerker. Das haben wir darin aber schon alles stehen. Insofern verstehe ich diesen Antrag wirklich nicht als hilfreich und auch nicht als Weiterentwicklung. Ich finde,

das ist alter Wein in neuen Schläuchen, das fünfte Mal diskutiert, keine Innovation, wir lehnen ihn ab. Ich freue mich auch auf die zweite Runde. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

**Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lieber Herr Weiss! Ich finde, man darf schon einmal daran erinnern, wovon eine Stadt lebt, wovon die Menschen in der Stadt leben, woraus eine Stadt Einkommen, Auskommen, Reichtum und das alles zieht, und darin spielen – das ist völlig eindeutig – auch die Fragen eine Rolle: Wie wird der Raum der Stadt aufgeteilt, für welche Zwecke wird er verwendet? Was ich jetzt wirklich nicht überzeugend finde an dem Vortrag und seiner Überspitzung, ist, zu glauben, es sei in erster Linie und ausschließlich die Frage der Bereitstellung von Gewerbeflächen.

Dieses Gewerbeentwicklungsprogramm ist ja nicht eine Gewerbeflächenentwicklungsmaßnahme, ein Gewerbeentwicklungsprogramm macht sich ziemlich intensiv Gedanken darüber: Wohin soll eigentlich die Reise in der Stadt gehen, was sind die großen Unternehmen, die unsere Stadt und ihre ökonomische Basis prägen? Da ist die Hütte, da ist Airbus, da ist das Mercedes-Werk, da ist die Logistik, da ist die maritime Wirtschaft, die alle auf ihre Weise dazu beitragen, wie auch all die Dienstleister, wie auch die Hightechunternehmen, wovon Sie ja mindestens von einem viel Ahnung haben.

Wir schauen im Grunde genommen danach, was haben diese Unternehmen vor der Brust, in welche Richtung entwickeln sie sich, müssen sie sich auch entwickeln, um zu überleben, und was müssen wir da für Voraussetzungen schaffen. Da habe ich vor Augen, da ist diese große Autoschmiede Mercedes, sie stellt jetzt um auf Elektromobilität, sie nimmt ihre Zulieferer in den Schwitzkasten und sagt: Sie müssen versuchen, Ihre Produkte CO<sub>2</sub>-frei zu produzieren. Dann kommt von unserer Seite aus diese ganz wesentliche Voraussetzung, dass wir sagen, da haben wir das Gewerbegebiet Hansalinie, da sollen sich diese Unternehmen ansiedeln, und dann diskutieren wir mit denen darüber, dass sie auf ihre Dächer PV-Anlagen legen, dann diskutieren wir mit ihnen darüber, dass sie vernünftig mit dem Regenwasser umgehen und so weiter. Das heißt, das,

was wir an Flächen haben, wird hier gezielt eingesetzt, um eine bestimmte Entwicklung zu befördern.

Das Gleiche findet rund um die Hütte statt. Das brauchen wir nicht im Detail zu diskutieren, aber das haben Sie alle vor Augen, wie mit den Infrastrukturen, dem stillgelegten Kraftwerk, den Pipelines, die da enden, den Kabeln, die da enden, die Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, dass diese Hütte eines Tages CO<sub>2</sub>-frei produzieren kann.

Räumliche Fragen! Dann diskutieren wir im GVZ darüber, ob wir ein größeres Unternehmen ansiedeln können, das mit Wasserstofftechnologie die Antriebe organisiert, und dann überlegen wir uns: Wie kommen die zu dem Wasserstoff, wo soll das stattfinden? Was für Synergieeffekte können mit den anderen in diesem Stadtraum tätigen Unternehmen entstehen, unter anderem den großen Expeditionen? Das finde ich alles immer irre nahe an dem, was tatsächlich an technologischen Veränderungen stattfindet, was wir erwarten, was stattfinden muss in dem Sinne – Stichwort Transformation –, damit diese ökonomische Basis der Stadt dem Klimawandel standhält und dazu beiträgt, dass wir einen Ausweg aus dieser fossilen Bindung unserer ökonomischen Basis finden. Daran arbeiten wir, und ich finde, das machen wir ganz ordentlich.

Das Wirtschaftsressort ist hochgradig unterwegs, um die IPCEI-Projekte abzuwickeln, das wissen Sie alles, wir diskutieren das ja in der Wirtschaftsdeputation. Sie versuchen, unter dem Strich einen Betrag von mehr als einer Milliarde Euro für die lokale Ökonomie zu mobilisieren. Das wird uns verpflichten, dafür nicht nur Flächen bereitzustellen, sondern auch eine Kofinanzierung zu sichern, und es verpflichtet uns, unsere akademischen Möglichkeiten, unsere wissenschaftlichen Möglichkeiten, die Möglichkeiten, die unsere großen wissenschaftlichen Institute beibringen können, einzubringen, damit das funktioniert, so, wie es mit Airbus ja nur deswegen möglich war, eine Verständigung herzustellen darüber, wie es in Zukunft mit der Fertigung weitergehen soll, weil wir EcoMaT haben, weil wir im Übrigen auch eine wahnsinnig motivierte Belegschaft haben und eine gute IG Metall, die sich darauf eingelassen hat.

Das sind doch alles Beiträge zur Entwicklung unserer gewerblichen, unserer wirtschaftlichen Basis, finde ich, die immer einen komplexen Zusammenhang bilden aus der Bereitstellung von Flächen, effizienterer Nutzung von Flächen, Bereitstellung

von wissenschaftlichen Ressourcen, Bereitstellung von Infrastrukturen und Fördermitteln. Das ist der Kern dessen, was wir so treiben.

Die Redezeit ist vorbei, aber ich sage trotzdem eben noch einen kurzen Satz!

(Glocke)

Wir haben uns nun entschieden zu sagen, wir hören auf, in die Feuchtwiesen rund um die Stadt herum zu expandieren, und das Tolle ist, ein bisschen etwas davon hat die CDU sich zu eigen gemacht. Eine schöne Entwicklung! Sie fordern, wenn man hier Ihren Vortrag anschaut, nicht mehr die Expansion in das Blockland. Das finde ich super, das ist ein Gewinn! Das Nordwestzentrum ist nicht mehr Ihre Sache. Dazugelernt! Sie sprechen nicht mehr vom Niedervieland. Wunderbar, da haben Sie dazugelernt! Sie sprechen aber noch von den Ochtumwiesen, und wir sagen, unmittelbar daneben gibt es eine Möglichkeit, das Flughafengrundstück zu nutzen.

(Glocke)

Das ist schwierig zu erschließen, keine Frage, da sind auch rechtliche Schwierigkeiten abzarbeiten, darauf komme ich gleich noch einmal, aber es ist tausendmal besser, als die Feuchtwiesen unter den Pflug zu nehmen, was Sie vorschlagen. – Vielen Dank für die Geduld!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

**Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, sehr verehrte Anwesende! Den Antrag der CDU hat offensichtlich jemand anderes geschrieben als derjenige, der ihn hier eingebracht hat, denn ich bin ja heute stellvertretend für meinen Kollegen Ingo Tebje hier, der leider an Corona erkrankt ist, und das hat dazu geführt, dass ich mich mit etwas auseinandersetzen musste, was ich aus den Augen verloren habe, nämlich diesen Gewerbeentwicklungsplan. Ich habe in den letzten zwei Tagen viel darüber gelernt, unter anderem aus dem Antrag der CDU.

Ich finde den Antrag selbst zumindest weitgehend sachlich, und ich fand die Auflistung der Dinge, die da angesprochen werden, zum großen Teil plausibel. Dann habe ich mir einmal angeschaut, was es

zu dem Prozess Gewerbeentwicklungsplan bisher gibt, und ich habe gesagt, eigentlich brauchen wir den Antrag nicht, denn entweder steht es darin, was in dem CDU-Antrag beantragt wird, oder die Koalition wollte es nicht. Es sind ja schon einige Beispiele genannt worden, wie das zu organisieren ist oder wie wir uns entschieden haben.

Eine Randbemerkung kann ich mir nicht verkneifen: Den Bremen-Fonds als Beweis für die Wirtschaftsfreundlichkeit insbesondere der Koalition zu nehmen, der im Wesentlichen auch eingerichtet worden ist, um die Wirtschaft vor den Folgen von Corona zu retten, das ist ein Salto rückwärts, den habe ich wirklich nicht verstanden,

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

und ich finde, Sie können sich auch langsam einmal irgendwelche anderen polemischen und populistischen Anschuldigungen insbesondere gegenüber der LINKEN einfallen lassen, als dass wir irgendwie wirtschaftsfreundlich wären.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Erstens wissen wir, Wirtschaft ist nicht per se schmutzig und laut. Industrie ist oft schmutzig und laut, und wir haben uns auch zum Ziel gesetzt, das zu ändern; nicht, indem wir Industrie abschaffen, sondern indem wir Industrie weniger schmutzig und weniger laut machen. Ich finde, das ist ein wichtiges Ziel. Dann müssten Sie mir zustimmen, dass wir daran arbeiten, CO<sub>2</sub>/Klimawandel wurden schon genannt.

(Beifall DIE LINKE, SPD – Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Aber das Thema noch einmal?)

Das Thema, ja, gestatten Sie mir, ich habe ja schon zum Gewerbeentwicklungsplan gesagt, dass ich da viel gelesen habe, und ich habe auch gesagt, dass ich den Antrag zumindest sachlich in vielen Fragen erwähnenswert fand. Ich weiß, dass es einen Prozess gibt, an dem Handelskammer, Beiräte und auch die Fachdeputationen und so weiter beteiligt werden sollen. Ich habe auch gelernt, dass jetzt am Ende der Sommerferien ein Entwurf für diesen Gewerbeentwicklungsplan vorgelegt werden soll, und wenn wir jetzt diesen Prozess beschleunigen, geht das nur auf Kosten dieses Beteiligungsprozesses. Das würde ich insbesondere bei den Beiräten nicht raten, weil ich weiß, dass es zwischen Beiräten und Fraktionen immer ein Spannungsverhältnis gibt.



Das Problem in Bremen, das wissen wir alle, ist die begrenzte Fläche, und es gibt eine Konkurrenz zwischen Gewerbe, Wohnen und Freizeit und Ähnlichem. Diese Konkurrenz stellt uns vor Aufgaben, die schwierig sind. Eine reine Flächenvorgabe, das wissen wir, nützt nichts, es geht um die Lage und die Größe der verfügbaren Flächen. Für Büronutzung ist die Bruttogeschossfläche wichtiger als die Grundfläche und so weiter. Es geht darum, dass die Stadt ungefähr ein Fünftel des Gesamtumschlags der Gewerbeflächen ausmacht, also muss man sich auch ein bisschen konzentrieren. Der Kollege Bücking hat es gesagt, wir brauchen die Gewerbeflächen dort, wo es uns hilft, die industriellen Schwergewichte in dieser Stadt/in diesem Land mit Zulieferern zu umkreisen, damit die Wege kürzer werden, damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß geringer wird und so weiter.

Also, es gibt ganz unterschiedliche Herausforderungen, und deswegen ist einfach pauschal zu sagen, 100 Hektar Fläche brauchen wir auf jeden Fall, also bereinigt, das heißt, jetzt haben wir momentan ungefähr 60, die reserviert sind. Kommen noch 100 Hektar dazu, müssen wir 160 Hektar an Dispositionsreserve haben. Soweit ich es erinnere, haben wir einen jährlichen Umschlag an Gewerbeflächen von 30 Hektar, wir hätten dann Flächen für fünf Jahre im Voraus. Das finde ich ein bisschen übertrieben, und das finde ich auch ein bisschen zu eng, meiner Meinung nach reichen 100 Hektar unbereinigt durchaus aus.

Zu der Frage, wie es jetzt mit diesem Gewerbeentwicklungsplan weitergeht, komme ich vielleicht noch einmal wieder, denn meine Redezeit ist jetzt zu Ende. Ich habe leider keine kurzen letzten Sätze von zwei Minuten, und deswegen mache ich jetzt Schluss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Lencke Wischhusen.

**Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rupp höre ich ja immer gern zu, weil ich finde, Sie machen das immer differenziert. Das finde ich immer total gut, da weiß ich, Sie haben den Antrag gelesen. Bei Herrn Stahmann höre ich immer nur irgendwie, warum alles eine blöde Idee ist und warum das alles nicht geht, und bei Herrn Bücking werden wir als Opposition immer belehrt.

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

Sie erzählen uns immer, warum unsere Ideen alle doof sind und warum Sie irgendwie alles richtig machen.

Da muss ich schon sagen, gerade bei dem Thema Gewerbeflächenentwicklung – Herr Weiss hat es gesagt, ja, täglich grüßt das Murmeltier! – muss schon einmal die Frage gestattet sein, warum wir eigentlich immer wieder darüber reden müssen. Das machen wir ja nicht, weil wir das so großartig finden, sondern es ist hier eine Priorität. Wir sind hier in Bremen an einem Standort, an dem wir im Bereich Luft- und Raumfahrt europaweit führend sind. Wir sind an einem Standort, an dem wir mit Mercedes das zweitgrößte Werk der Welt haben. Wir sind nun einmal ein Industriestandort, wir sind ein Standort mit vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die für unseren Wohlstand sorgen, die für Arbeitsplätze sorgen, die übrigens auch für die Ausbildung in dieser Stadt sorgen, und das dann immer so niederzubügeln, muss ich sagen, finde ich unter aller Kanone und passt auch nicht zu dem Antrag.

(Beifall FDP, CDU)

Im Endeffekt ist der Antrag nämlich in seiner Idee total richtig. Warum? Wenn wir uns ansehen, was in der Wirtschaftsdeputation regelmäßig als Bericht vorgelegt wird, dann stehen da immer irgendwelche lustigen Zielvorgaben, die alle nicht erfüllt werden. Ja, Sie haben einen Gewerbeflächenentwicklungsplan, das finde ich gut, darin stehen auch vernünftige Sachen, aber dann gibt es immer Ausreden, warum das noch nicht gemacht wird. Das finde ich schade, weil ich glaube – da, Herr Rupp, unterstütze ich Sie tatsächlich an dieser Stelle –, eines muss man hier auch nicht nur eingestehen, sondern fairerweise sagen: Frau Vogt als Wirtschaftsministerin ist in der Wirtschaft angekommen, das macht sie gut, und Frau Vogt wird auch innerhalb der Wirtschaft geschätzt.

(Beifall DIE LINKE)

Als kleine und mittelständische Unternehmen hören wir das immer wieder, und das müssen wir an dieser Stelle fairerweise auch einmal sagen. Das heißt, da gibt es viele Bemühungen, aber wir sehen gerade im Bereich Gewerbeflächenentwicklung, dass die Dispositionsreserven abgeschmolzen sind. Wir sehen gerade, dass da eben nicht genügend Angebot vorhanden ist, gerade, wenn es darum geht, sich anzuschauen: In welchen Stückelungen

haben wir das denn? Welche Bedarfe sind da, welche Größen sind da?

Es ist eben nicht so, dass das Angebot so groß ist, dass wir hier scharenweise neue Unternehmerinnen und Unternehmer für Bremen begeistern können, sondern uns leider immer wieder mit der Situation konfrontiert sehen, dass hier nämlich die Wirtschaft abwandert, in das Umland geht, und vor allem nicht nur mittlerweile gerade die Coronapandemie – so schlimm, wie es nicht nur war, sondern immer noch ist – stellt uns vor die Herausforderung, dass wir heute mit anderen konkurrieren, und das eben nicht nur mit Oyten oder Achim, sondern das geht deutschlandweit und europaweit. Warum? Weil Homeoffice ein ganz anderes Thema ist, und da müssen wir uns überlegen, wie Bremen als Standort erfolgreich ist, und wir müssen uns überlegen, dass wir endlich eine Gewerbeflächenentwicklung so machen, dass wir für die Wirtschaft attraktiv sind.

(Beifall FDP, CDU)

Was den Antrag an sich angeht, stehen da ganz viele sehr gute Punkte darin, die wir alle unterstützen werden. Ich habe mich an Nummern orientiert, jetzt steht dort Buchstabe A, B, C, da weiß ich auch nicht mehr genau, wie das war. De facto werden wir uns bei einigen Punkten enthalten. Warum? Wir hätten uns ein bisschen mehr Flexibilität gewünscht. Ich sage einmal als Beispiel das Thema Gründercampus. Das finde ich super. Beim Gründerzentrum sind wir natürlich dabei, dass wir sagen, ja, wir wollen Gründerzentren machen. Wir haben ehrlicherweise nicht verstanden – vielleicht mögen Sie dazu noch etwas sagen! –, warum ausgerechnet an dem Standort! Wenn wir in der Innenstadt einen Medizincampus machen wollen, dann haben wir nicht verstanden, warum wir an einem anderen Standort jetzt ein Gründerzentrum mit dem Schwerpunkt Medizin machen. Da haben wir gedacht, okay, das hätte man ein bisschen offener gestalten können.

Auch bei dem Punkt 15 werden wir uns enthalten. Warum? Da geht es um das Thema E-Shuttleservice. Das finden wir auch eine absolut gute Idee, das ist auch richtig, aber wir fänden es besser, man würde es ausschreiben, anstatt es von Anfang an mit der BSAG zu entwickeln. Wir haben da also immer so minimale Aber-Punkte an der einen oder anderen Stelle.

Grundsätzlich – und das lässt sich feststellen –, ja, täglich grüßt das Murmeltier, lieber Herr Weiss. Sie

wissen, Sie haben uns häufig an der Seite. Wir haben beim Thema Gewerbeentwicklung auch schon viel gemeinsam gemacht, und ich glaube, das ist richtig, und es ist auch genau unsere Aufgabe an dieser Stelle als Opposition, hier auch Sie, lieber Herr Bücking, daran zu erinnern, was Sie versprochen haben und dass Sie jetzt auch endlich einmal liefern. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

**Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte einmal versuchen, die Sache mit der Dispositionsreserve so zu erklären, wie wir es meinen und wie wir damit umgehen. Das ist in der Tat eine ziemlich zentrale Steuerungsgröße, finde ich, und deswegen kann ich total verstehen, dass die Opposition immer wieder darauf herumreitet. Das ist ja die Summe der Grundstücke, die wir den Unternehmen in der Stadt anbieten können, wenn sie wachsen wollen oder wenn neue dazukommen wollen. Es ist also wichtig.

Wie gehen wir jetzt damit um? Wir sagen, die Dispositionsreserve soll eine Größenordnung von 100 Hektar haben. Was passiert jetzt? Man hat meinetwegen 100 Hektar in seinem Portfolio in der WFB, jetzt verkauft sie davon einmal in dem einen Jahr mehr, im anderen Jahr ein bisschen weniger, je nach Konjunktur. Wir hatten vor Kurzem einen Umsatz von 41 Hektar, wenn ich mich recht entsinne, Frau Vogt, und im Jahr davor waren es irgendetwas bei 15 oder 20, ich weiß es nicht mehr genau. Das heißt, das schwankt, das kann gar nicht anders sein, da hat man einmal einen großen Fisch dabei, da hat man viele kleine, dann ist das unterschiedlich. Also, diese 100 Hektar zu halten, das muss schon jeder aushalten. Das ist schwer und ein ständiges Schwanken um diese Linie, das ist noch nicht skandalös.

Dann ist völlig klar, die WFB ist am verhandeln mit Unternehmen und überlegt sich, wenn wir jetzt hier ein ernsthaftes Interesse vorfinden, dann müssen wir ein bestimmtes Grundstück reservieren, und jetzt kommt es darauf an – das ist eine Vereinbarung, die die Koalition mit dem Ressort getroffen hat –, dass diese reservierte Gruppe von Grundstücken ständig betrachtet wird unter den Gesichtspunkten, ist das ernsthaft, verfolgen die das, gehen sie die Zwischenschritte, also allem, was dazugehört. Das finde ich angemessen, weil klar ist, je

mehr Grundstücke man reserviert, desto weniger kann man denjenigen anbieten, die neu auf den Platz kommen. Wir halten aber diesen Teil der reservierten Grundstücke für einen Teil der Dispositionsreserve, denn sie kommen sozusagen hinauf in das offene Angebot oder hinein in das offene Angebot, je nachdem. Da bleiben wir dabei.

Was wir auch richtig finden, ist, dass man sich diese 100 Hektar anschauen muss, ob da Grundstücke dabei sind, die im Grunde genommen nicht markt-gängig sind, das ist zum Beispiel das berühmte Farge-Ost. Die haben wir herausgestrichen, sodass wir jetzt tatsächlich bei einer Dispositionsreserve in der Größenordnung von 85 Hektar sind. So ist die Lage, und davon sind 60 Hektar gerade in Verhandlung mit einzelnen Unternehmen. So verhält sich das. So gehen wir damit um, das halte ich auch für richtig. Mit Hochdruck wird an der Entwicklung der dritten Baustufe im Gewerbepark Hansalinie gearbeitet, mit Hochdruck an dem entsprechenden Projekt im Industriepark. Das ist, glaube ich, alles im Großen und Ganzen ganz richtig, wie wir es machen.

Das Zweite, worüber ich mit Ihnen sprechen wollte, war: Es wird hier in diesen Anträgen immer gern darauf verwiesen, dass 188 Hektar Gewerbefläche verloren gegangen seien. Da muss man genau hinschauen. Ein großer Teil dieser 188 Hektar sind Flächen in der Überseestadt. Da sind wir nun alle zusammen, wenn wir einigermaßen informiert sind, ziemlich stolz darauf, dass es uns gelungen ist, in der Überseestadt das Gewerbe zu sichern und Wohnen dazuzunehmen. Das ist, glaube ich, unter dem Strich eine richtige Entscheidung gewesen. Heutzutage spricht man dann von Orten der produktiven Stadt oder urbanen Gebieten. Auf der Überseeinsel, also da, wo Klaus Meier seine Sachen macht, ist das noch ausgeprägter.

In einer Kleinen Anfrage, die die SPD einmal an den Senat gestellt hat, wurde nachgewiesen, dass die Intensität von wirtschaftlichen Effekten, also Arbeit im Wesentlichen, Steuereffekten, Dingen dieser Art, an diesen Orten der produktiven Stadt besonders hoch sind. Im Tabakquartier, wer im Ernst, Herr Weiss, würde dort dagegensprechen, dass wir da eine kluge Mischung von Wohnen und Arbeiten machen?

Diese Arbeit in den ehemaligen Fabrikgebäuden plus Belegen der Freiflächen mit Wohnen, teilweise Tabakspeicher in Wohngebäude, teilweise in Gewerbelofts umzubauen, ist offenkundig eine vernünftige Strategie, ist nicht immer hartes Gewerbe

im Sinne von „wir klopfen mit dem Hammer auf das Blech“, sondern manchmal ist es auch Gewerbe im Sinne von Dienstleistung. Unter dem Strich ist es aber ein Beitrag zur Leistungsfähigkeit der Stadt, also zum Erarbeiten der ökonomischen Effekte, von denen am Schluss diese berühmten Lehrer aus dem Viertel ihr Fahrrad finanzieren und so weiter.

Das wollte ich eigentlich nur einmal vortragen, weil ich es für die ganze Sache von Bedeutung halte. Wir werben enorm darum, also ausdrücklich und gegen das Klischee, dass die Dinge, die laut und schmutzig sind, weiter in der Stadt bleiben können,

(Glocke)

und jetzt verbietet mir die Präsidentin, im Einzelnen zu erklären, wie wir das machen. Das ist natürlich eine besondere Härte für mich.

(Zuruf CDU: Das hätte ich so gern noch gehört!)

Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christoph Weiss.

**Abgeordneter Christoph Weiss (CDU):** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bücking, ich würde Ihnen ja gern noch ein bisschen etwas von meiner Zeit abgeben, um es noch zu hören. Ich hätte auch ein bisschen etwas abgegeben, weil ich ja Herrn Bücking immer gern zuhöre, aber ich muss Ihnen doch sagen, lieber Herr Bücking, das, was wir jetzt gerade machen –

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Man muss es auch verstehen!)

ja, zuhören und verstehen, Herr Rupp, das sind zwei Sachen! –, was wir erleben, ist eben eine Vollbremsung!

Ich gebe ja zu, ich habe das hier vorhin natürlich auch ein bisschen pointiert dargestellt, das will ich ja gar nicht bestreiten, aber wir haben wirklich nicht so viel an neuer Fläche verfügbar. Wenn man die Vorgänge in Unternehmen kennt, dann weiß man, dass man eben auch einen gewissen Planungshorizont für die Erschließung von Flächen braucht, und wenn man dann nur noch 20 Hektar hat, die man anbieten kann, dann ist man eben als Stadt nicht mehr flexibel. Das heißt also, ich habe

die Rechnung verstanden, 60 plus 20 sind 80, das sind auch fast 100, es geht aber leider an der Realität vorbei. Man braucht einfach 100 Hektar Dispositionsreserve, um etwas anbieten zu können, was nicht heißt, lieber Herr Stahmann, dass man jedes Jahr 100 Hektar verkaufen muss. Ich glaube, Sie hatten ja den Antrag gelesen, das hatten Sie zumindest behauptet. Das steht da ja gar nicht darin, sondern wir haben gesagt, am Ende sind es vielleicht 30 Hektar pro Jahr, die erschlossen werden, und dann ist es auch gut.

Dann will ich noch zu Herrn Rupp sagen, Sie haben das genau richtig gesagt. Ich will Sie ungern loben, aber das stimmt genau: 100 Hektar halten im Grunde für drei Jahre, das ist genau das, was wir eigentlich auch brauchen, und ich glaube, dass zumindest die Senatorin gar nicht so weit entfernt ist von dem, was wir hier vorgeschlagen haben. Man will ja die Senatorin auch nicht loben,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das können Sie ruhig!)

sonst kommt sie noch in Schwierigkeiten in ihrer Partei, das will man ja gar nicht tun. Es ist von Frau Wischhusen gesagt worden, dass da im Grunde das Image gar nicht so schlecht ist, aber es kommt eben nichts dabei herum, liebe Frau Senatorin. Ich hatte mich jetzt doch noch einmal gemeldet, bevor Sie gleich sprechen. Es passiert aber einfach nichts, und das ist eben das Problem, da gibt es wenig Wirkungsgrad.

Jetzt last, but not least noch einmal, Frau Wischhusen, zu der Frage Gründercampus! Ich bin ja auch im Technologiepark mit meinem Unternehmen, und das ist eben einfach ein toller Standort, in der Nähe der Uni zu sein. Deswegen, gerade im Bereich Start-up, wenn es uns da gelingt, diese Verbindung zu schaffen zwischen Universität und Start-ups, dann eben an der Fläche und auch gern mit Start-ups, die sich jetzt nicht mit Metallverarbeitung beschäftigen müssen, sondern eben auch mit grünen Technologien, hat eben einen besonderen Reiz, das, finde ich, hätte im Grunde etwas, denn der Technologiepark verkauft sich in Bremen in vielen Fällen leider unter Wert, weil er auch nicht mehr wachsen kann. Er ist auch jetzt in den räumlichen Ausdehnungen begrenzt, da ist nicht mehr so viel zu holen, die Horner Spitze vielleicht noch einmal obendrauf, aber das ist eben auch nicht genug. Also, wir würden uns freuen, lieber Herr Stahmann, geben Sie Ihrem Herzen einen

Stoß und machen Sie den Antrag mit, dann kommen wir in Bremen wirklich weiter voran! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

**Abgeordneter Volker Stahmann (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren, lieber Herr Weiss! Ich bekomme es nicht hin, nein! Wir lehnen den Antrag ab, und zwar in jedem Einzelpunkt. Ich will noch einmal eine Klarstellung machen! In dem CDU-Antrag vom – –. Wann war er denn? Am 24. September neunzehnhundert – –. 2019!

(Heiterkeit CDU)

Ja, das ist schon sehr lange her! Am 24. September 2019 in Antragspunkt 2 hat die CDU beantragt: „Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf: Realisierung einer Erschließungsleistung von mindestens 30 Hektar pro Jahr im langjährigen Durchschnitt.“ Erschließungsleistung!

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Ja, haben wir doch nicht!)

Sie wollen – und das war die Diskussion, die wir damals hatten – 30 Hektar pro Jahr neu erschließen, und da sagen wir, das wollen wir nicht als Koalition. Klare Absage!

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Warum denn nicht?)

Aber wie gesagt, wir sind froh, dass Sie das jetzt auch nicht mehr wollen.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Lesen Sie doch den Antrag!)

Wir haben jetzt die Dispositionsreserve von 100 Hektar, und wir wollen an der Stelle auch die Kreislaufwirtschaft. Wir können nicht immer nach außen gehen.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Eines will ich auch noch einmal sagen: Dass von der Dispositionsreserve Reservierungen da sind und nicht alles zur Verfügung steht, ist das eigent-

lich etwas Negatives? Ich würde mir als wirtschaftspolitischer Sprecher viel mehr Sorgen machen, wenn es von den 100 Hektar überhaupt keine Reservierungen gäbe. Das würde nämlich bedeuten, dass überhaupt keine Firmen Interesse an Bremen haben.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das ist Fantasy!)

Wir haben aber Reservierungen, das heißt, wir haben Ansiedlung oder Erweiterung. Insofern ist das etwas Positives, erster Punkt!

Zweiter Punkt: Ich will auch noch einmal etwas sagen zum Thema Airport Süd, denn das wird ja immer wie eine Monstranz der CDU vor sich hergetragen, und das ist sozusagen der Beweis einer Vollbremsung. Erstens, es gibt keine Vollbremsung. Wenn man sich den GEP ansieht und wenn man das liest, dann weiß man, dann sieht man, dass viele Dinge, die Sie aufgeschrieben haben, bei uns schon längst darinstehen.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Wir können das zusammen lesen, lieber Herr Strohmann, kein Problem!

Airport Süd: Wir haben uns in der Koalition verständigt, die Frage des Flughafens anzuschauen und gewerblich zu erschließen, und wir haben uns verständigt, die Wiesen in der Ochtum nicht anzufassen. Das ist die Verständigung, und jetzt haben wir kein Umsetzungsproblem und keine Vollbremsung,

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Doch!)

sondern es gibt ein Problem an der Stelle,

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Eben!)

und das ist an beiden Stellen gleich: Wir können nämlich den verkehrlichen Anschluss weder an das Gewerbegebiet des Flughafens noch an die Ochtum machen, denn im Norden ist – einmal zuhören und lernen! – die Landebahn, und im Süden haben wir auf der einen Seite die Möglichkeit, an die Klawitterstraße anzuschließen, das funktioniert nur nicht. Sind Sie noch bei mir?

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Ja!)

Also Anschluss im Süden an Ochtum/an die Klawitterstraße, das funktioniert nur nicht, weil wir dann

über niedersächsisches Gelände müssten, durch Stuhr, und die sagen: Mit uns nicht! Die Alternative wäre entlang der Ochtum. Dann haben wir aber das Problem, dass wir an die Ikeakreuzung herankommen müssen, die jetzt schon völlig überlastet ist. Das heißt, wir bekommen im Moment keinen verkehrlichen Anschluss.

Um das Problem zu lösen, das ist beim Flughafen – es sei denn, wir gehen über das Flughafengelände oder buddeln unter der Landebahn durch – genau das Gleiche wie beim Rest der Ochtum. Das ist kein Problem von Gewerbegebiet, sondern wir müssen schauen, und da ist das Ressort dran, wie bekommen wir da eine Zufahrt und eine Erschließung, und andere Dinge sind da auch in der Diskussion.

Da will ich noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass es nicht so ist, dass hier irgendjemand schläft, sondern wir haben einen Plan, und der Plan heißt, auch für Start-ups. Wir haben zum Beispiel einen Kreativhub jetzt in der alten Professor-Hess-Kinderklinik.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Ah, super!)

Ja! Da kann ich nur sagen, ich habe mir das angeschaut, also Herr Güngör und ich, wir waren da, ich war wirklich erstaunt, was da auf die Beine gestellt wird.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: So unterschiedliche Wahrnehmungen!)

Wir haben 150 Unternehmen da, 150 Unternehmen, insgesamt 300 Unternehmen, die da durchgegangen sind und immer noch eine Verbindung haben in der Community. Die leisten enorm etwas. Das ist ein riesiger Beitrag zur Beschäftigung. Also da tut sich doch etwas!

(Zurufe Abgeordnete Susanne Grobien [CDU] und Abgeordneter Christoph Weiss [CDU])

Wir machen einen Foodhub im Großmarkt, und Frau Wischhusen hat ja beschrieben, dass wir für Medizin auch schon etwas tun, und was Sie hier aufschreiben, ist sozusagen der blanke Neid, dass wir etwas haben und es funktioniert.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Lange Rede kurzer Sinn: Ich habe noch 21 Sekunden Zeit, die will ich gern nutzen und sagen: Ich glaube, wenn man den Gewerbeentwicklungsplan liest mit all dem, was wir beschrieben haben für

Handwerker Am Reedeich, für die Horner Spitze, für den Technologiepark, für Nußhorn mit Kleingewerbe, wenn man sich das alles anschaut, wenn man die Erschließung anschaut, wenn man die Weiterentwicklung der Hansalinie anschaut, dann ist das ein Plan, der umgesetzt werden muss.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Wollen und tun sind zwei verschiedene Sachen!)

Dazu ist der Gewerbeentwicklungsplan 2030 notwendig. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

**Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, sehr verehrte Anwesende! Ich habe einige zusätzliche Bemerkungen zu meinem ersten Redebeitrag: Ich wollte noch loswerden, dass ich es für überhaupt keinen Fehler halte, so etwas fünfmal in der Bremischen Bürgerschaft zu diskutieren, denn wir leben ja auch in Zeiten von sehr tiefgreifenden Veränderungen. Ich bin mir ziemlich sicher, nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Wirtschaft wird sich im Wesentlichen durch diese Pandemie verändern, und wenn wir dafür kein Gespür entwickeln und nicht auch die Konsequenzen aus den Sachen, die wir im Rahmen des Bremen-Fonds finden, jetzt noch in diesen Gewerbeentwicklungsplan einbringen, ich glaube, dann machen wir einen Fehler. Das sollten wir nicht tun. Deswegen finde ich es total gut, dass wir das hier heute wieder diskutieren, auch wenn ich unglücklicherweise nicht in der Lage bin, die ganzen Buzzwörter wie Herr Stahmann eben herunterzurasseln, da müsste ich noch einmal ein bisschen länger über die Dinge lesen.

Ich finde es aber wichtig, dass das ernsthafte Bemühen, einen solchen Gewerbeentwicklungsplan auf die Beine zu stellen, das auch in dem CDU-Antrag durchschimmert, dann vielleicht auch noch einmal in die Beiräte und in die Deputation getragen wird, denn ich bin relativ sicher, so, wie ich pragmatische Wirtschaftspolitiker:innen einschätze, dass sie ein offenes Ohr für gute Vorschläge haben und dass man möglicherweise noch Dinge ändern oder hinzufügen kann, die fehlen. Für diesen Prozess wäre es mir wichtig, dass Herr Tebje mir irgendwann erzählt, das funktioniert in diesen Gremien. Wenn es nicht so ist, dann ist es, glaube ich, eine vertane Chance.

Ich habe auch noch nicht so genau diese Dispositionsreserve verstanden. Jetzt habe ich in Mengenlehre aufgepasst. Also die Dispositionsreserve ist nicht verkauft, sondern da hat man gesagt, okay, Sie wollen das – –.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Da können Firmen kommen, die können das – –!)

Da können Firmen kommen, sie sind reserviert, da kann jemand kommen und sagen, können Sie mir nicht da etwas reservieren. Dann sagt irgendjemand, genau, Sie können das haben oder das, dann wird darüber verhandelt. Ich teile die Ansicht von Herrn Stahmann: Die Tatsache, dass schon ungefähr 60 Hektar reserviert sind, beweist Interesse. Auf der anderen Seite ist natürlich auch für mich ein bisschen nachvollziehbar, dass man sagt, 20 übrig gebliebene Hektar können ein bisschen wenig sein. Das heißt, auch da müssen wir vielleicht nicht auf netto 100 Hektar plus 60 kommen, sondern vielleicht 20, 30 Hektar mehr. Das, kann ich mir vorstellen, würde Sinn machen. Ich will das aber nur zur Debatte stellen, ich möchte das gar nicht so ausschließlich diskutieren. Weil aber so ausschließlich 100 Hektar netto gefordert sind, das finde ich blöd, das ist einer der Gründe, warum wir das ablehnen.

Was ich auch gelernt habe und auch gut finde an dem, was ich gelesen habe, ist, dass es ja ganz unterschiedliche Formen von Gewerbeflächenentwicklung gibt: Man macht es auf der grünen Wiese, dann muss man da Straßen hinbauen, man muss Abwasser-, Wasserzuleitungen hinbauen, Stromleitungen hinbauen, aufschütten und so weiter, und irgendwann hat man dann eine Gewerbefläche. Toll, das kann man bestimmt gut verkaufen! Den Ansatz, das genau da zu machen, wo es geht und wo entsprechend Mercedes oder Airbus oder die Stahlwerke sind, finde ich total wichtig.

Ich habe auch gelernt, dass es ein großes Interesse gibt, auf Brachflächen oder in Mischgebieten anstatt Industrie oder anstatt Gewerbe Wohnungen zu bauen. Da wird Gewerbe verdrängt. Das finde ich schwierig, denn das widerspricht natürlich dem Gedanken vom regionalen Wirtschaften und dem, was immer als urbane Stadt bezeichnet wird. Deswegen finde ich den Ansatz zu sagen, wir brauchen Gewerbeschutzgebiete – Gewerbeinseln heißt es bei der CDU –, dass man so etwas macht – –. Wir müssen uns diese Form von Arbeiten und Wohnen sichern, und wir dürfen nicht ausschließlich Wohnungen bauen, die dann möglicherweise teuer vermietet werden.

Ich war auch schon einmal im Flughafen und auch an der Uni, und was ich sehe, ist, dass dort viele Unternehmen in Gebäuden residieren, bei denen ich Potenzial sehe, das noch ein bisschen zu verdichten. Sie stehen teilweise gefühlt für mich – -. Vielleicht gibt es ja Bauvorschriften, Herr Bücking weiß das garantiert, aber da ist für mein Gefühl ein bisschen Schindluder mit Flächen betrieben worden, und da gibt es, glaube ich, Potenzial, das zusammenzuführen.

Ich bin gespannt. Wenn am Ende nach den Sommerferien der erste Entwurf des Gewerbeentwicklungsplans vorliegt, wird es vielleicht bis Ende des Jahres dauern, dann können wir ihn hier möglicherweise verabschieden. Den genauen Zeitplan kenne ich nicht, aber ich bin sehr interessiert daran, und vielleicht fehlt Herr Tebje ja noch einmal, dann darf ich zu dem Thema noch einmal sprechen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Kristina Vogt.

**Senatorin Kristina Vogt:** Frau Präsidentin, werte Abgeordnete! Ja, wir diskutieren zum fünften Mal über das Gewerbeentwicklungsprogramm in Bremen. Ich freue mich über weitgehende Einigungen in einigen Teilen, das war in der Tat vor drei Jahren noch nicht so. Wir haben das Thema schon mehrfach diskutiert, und es geht mir übrigens genauso, dass ich wie die CDU dem Ende des Prozesses entgegenfiebere. Dafür brauchen wir allerdings nicht diesen Antrag, weil wir in den vergangenen Jahren ein abgestimmtes und vor allen Dingen politisch beschlossenes Verfahren auf den Weg zum GEP 2030 gemacht haben.

Die CDU will sich jetzt auf den letzten Drücker nicht mehr daran halten. Wir werden es aber als Koalition tun, weil es aus folgenden Gründen richtig ist: Wir haben zum ersten Mal, zum allerallerersten Mal einen Prozess zum Gewerbeentwicklungsprogramm in einem breiten und partizipativen Verfahren aufgesetzt, wir haben alle im Vorfeld beteiligt, und das finde ich nach wie vor richtig, weil wir eben andauernd in dieser Stadt die Debatten haben, welche Nutzung darf hier wohin und welche Nutzung nicht. Das betrifft übrigens nicht nur Gewerbe. Deswegen muss es bei so einem zentralen Projekt wie einem Gewerbeentwicklungsplan auch tatsächlich eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit geben und übrigens auch ei-

nen breiten Konsens, lieber Herr Weiss, denn ansonsten hilft uns das alles nicht. Das hilft übrigens weder den Unternehmen noch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wenn wir hier jetzt auf den allerletzten Drücker der Zielgeraden Schnellschüsse machen.

Ich muss ehrlich sagen, ich schaue mir einmal an, was die geforderte sofortige Vorlage des GEP für die Stadtbürgerschaft bedeuten würde für den bisherigen Prozess, der breit getragen war. Wir haben nämlich nach dem Teilnahmeverfahren nach den Sommerferien das GEP den Fachdeputationen vorzulegen und die Beiräte zu beteiligen. Die Anregungen und die Hinweise aus den Beiräten werden wir aufnehmen und verarbeiten und das GEP dann anschließend Ende 2022 der Stadtbürgerschaft vorlegen.

Liebe Abgeordnete der CDU, Sie haben ja gesehen, als wir uns koalitionär auf die Horner Spitze geeinigt haben, wie schnell Bürgerinitiativen, Organisationen und Initiativen an die Öffentlichkeit gegangen sind und gesagt haben, die Vogt, die darf das gar nicht. Jetzt frage ich Sie einmal ganz ehrlich: Man kann ja – und das fordern Sie mit Ihrem Antrag – die Deputation übergehen und die Beteiligung der Beiräte, das kann die Stadtbürgerschaft frei entscheiden. Ich frage Sie aber wirklich ernsthaft: Ist das gut angesichts der Debatten, die wir immer bekommen, und zwar nicht nur beim Gewerbe? Es geht auch, wenn es um Wohnungsbau geht, um Kultur, man hat immer – -. Alle wollen alles, nur nicht vor ihrer Haustür. Wollen Sie also wirklich, dass wir hier in der Stadtbürgerschaft entscheiden, die Deputationen und die Beiräte nicht zu beteiligen? Das kann ja Ihr Anliegen sein, die Stadtbürgerschaft kann das auch heute beschließen, aber ich glaube, dass das keine gute Idee ist, weil wir dann richtig in Teufels Küche kommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Inhaltlich freue ich mich übrigens, dass der Antrag der CDU zum großen Teil auf die im Januar von uns vorgestellten Zielsetzungen des GEP 2030 rekurriert, übrigens auch auf die 100 Hektar Dispositionsreserve bei den Gewerbeschutzgebieten. Sie haben sie ein bisschen anders genannt, wir haben sie aber Gewerbeschutzgebiete genannt. Auch beim Bekenntnis zu bestimmten Gewerbegebieten, das wir ja schon gegeben haben: Ich freue mich wahnsinnig, dass Sie das in dem Antrag mit aufgenommen haben. Vielen Dank, denn das zeigt, dass

die Koalition in dem bisherigen Prozess insgesamt gut gearbeitet hat.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Selbst Herr Stahmann hat da eine andere Meinung dazu gehabt!)

Nein, Herr Stahmann hat da keine andere Meinung dazu gehabt! Er hat auch gesagt, dass bestimmte Sachen, die wir im Prozess hatten,

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

absolut richtig waren, und dazu brauchen wir übrigens auch den Antrag nicht. Klar ist aber auch,

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Er ist doch SPD-Sprecher für Wirtschaft!)

Herr Weiss, dass ein Prozess immer ein Prozess ist, das ist beim GEP genauso. Es gibt Aushandlungsprozesse, und am Ende steht ein Kompromiss, da freut sich an der einen Stelle die eine Seite mehr, an der anderen die andere, und das ist übrigens auch ganz normal so.

Ich hätte mir persönlich an der einen oder anderen Stelle auch vorstellen können, dass wir mehr ausweisen, das ist auch völlig klar, aber wir haben uns insgesamt auf einen ziemlich guten Weg gemacht und ein gutes System gefunden, wie wir die Interessen der Wirtschaft, der Unternehmen, also auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – wir reden ja nicht nur über die Unternehmensinteressen –, mit den Interessen eines Stadtstaates mit begrenzten Flächen, die zur Verfügung stehen, unter einen Hut bekommen und das Ganze übrigens mit einem sozialökologischen Umbau verzahnen und gemeinsam denken. Kompromisse gehören nun einmal zur Demokratie, Herr Weiss, das ist nun einmal so, und wir wägen die Interessen ab, und auch das ist richtig so.

Das Zusammenwirken von wirtschaftlicher Prosperität und dem sozialökologischen Umbau ist übrigens genau das, was wir in Bremen in einem Prozess des Strukturwandels insgesamt brauchen, und vor allen Dingen in einer krisenhaften Zeit, und zwar, um Arbeitsplätze zu sichern und Innovationen voranzutreiben. Deswegen haben wir an dieser Stelle das GEP 2030 aufgesetzt als das GEP 2020, nämlich mit dieser enormen Innovationskraft darin und dem drängenden Ziel, eine klimaneutrale Ökonomie mit der Sicherheit der Arbeitsplätze zu verbinden.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Aber ohne Erfolg!)

Das unterscheidet das GEP 2030 nämlich vom GEP 2020.

(Beifall DIE LINKE)

Wieso denn ohne Erfolg?

(Zurufe CDU)

Wir sind doch mitten im Verfahren, was das GEP angeht!

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Seit vier Jahren sind Sie im Verfahren!)

Nein, so lange bin ich noch gar nicht Senatorin!

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Dann sind es drei Jahre! – Heiterkeit CDU)

Im Übrigen, um darauf zurückzukommen, lieber Herr Weiss: Wir fangen natürlich nicht erst jetzt irgendwann damit an, wenn das GEP beschlossen ist, sondern wir machen es schon, und viele der im Zielsystem verankerten Strategien fließen bereits in laufende Projekte ein, und das will ich einmal benennen: Wir haben mit der Entwicklungsstrategie „Zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte, Klimaschutz, Klimaanpassung und Biodiversität im Rahmen des GEP 2030“ einen Rahmen mit Zielsetzungen geschaffen, den wir jetzt bereits umsetzen, und zwar konkret im dritten und vierten Bauabschnitt des Gewerbeparks Hansalinie, da findet das bereits Anwendung.

Die Ergebnisse der Nachverdichtungsstudie im Technologiepark Airport-Stadt werden auch bereits mit der WFB und den Gebietsteilen umgesetzt, und die Entwicklung der sechsten Baustufe des Industrieparks wurde auch bereits unter diesen Maßgaben begonnen und wird übrigens mit hoher Priorität von uns verfolgt. Für die Entwicklung der Potenzialflächen Horner Spitze und Airport-Stadt-Süd werden bereits jetzt die Machbarkeitsstudien vorbereitet, weil wir natürlich nicht erst im Januar 2023 starten wollen, wir haben mit dem Bildungsressort und auch mit dem Bauressort die nächsten Planungsschritte zur Entwicklung des Kämmerei-Quartiers vorbereitet, und die Machbarkeitsstudie für die Errichtung des Handwerker- und Gewerbehofs ist auch bald da. Daher warten wir doch nicht ab, bis das GEP tatsächlich beschlossen ist, denn



wir haben uns Leitplanken in diesem Prozess gesetzt, und daran arbeiten wir bereits.

Was ich jetzt noch einmal sagen will, was mich richtig freut, ist tatsächlich, dass wir im GEP die Gewerbeschutzgebiete definieren werden, denn natürlich sind in den vergangenen Jahren ganz viele Gewerbeflächen umgewidmet worden, und zwar nicht nur in Wohnungsbau, sondern auch in andere Flächen, ob es nun Abfallgewerbe et cetera ist. Wir müssen insbesondere bei Gewerbeinseln, die von Wohngebieten umschlossen sind, darauf abzielen, dass sie auch Gewerbegebiete bleiben können, und dazu haben wir uns in dieser Koalition bekannt. Das ist ein Riesenfortschritt im Vergleich zum GEP 2020.

Wir zielen darauf ab, dass wir in einer Kreislaufflächenwirtschaft weiterkommen, weil wir natürlich auch den Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft und der Unternehmen absichern müssen, und da sage ich Ihnen einmal eines: Der Technologiepark! Ich bin da jetzt häufig bei Ihnen in der Ecke. Ob es nun ZARM, IFAM oder was auch immer oder Unternehmen sind oder OHB – ich fahre da ja ständig durch –, ich kann Ihnen eines sagen: Angesichts unserer Flächenknappheit versichere ich Ihnen, dass der Technologiepark im Jahr 2022 nie mehr so mit nur eineinhalbgeschossigen Gebäuden gebaut werden würde. Nie mehr! Also ist es wichtig, dass wir auf – –.

(Zurufe Abgeordneter Christoph Weiss [CDU] und Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Damals war ich aber nicht Senatorin! Ich kann nicht an allem schuld sein!

(Zurufe Heiko Strohmann [CDU] – Heiterkeit CDU)

Also bitte!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie waren noch nicht einmal im Parlament!)

Das ist schon ein bisschen her! Ich glaube, da war die CDU noch in der Landesregierung.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Es ist egal! Ich wollte nur sagen, es ist richtig, dass wir uns die Bestandsgebiete anschauen.

Also, wir sind nicht untätig, das GEP 2030 wird kommen. Wir wollen allerdings – das ist der Unter-

schied – die Ortsbeiräte miteinbeziehen und explizit nicht aus dem Verfahren ausklammern, wie Sie es hier vorschlagen. Wir werden an dem Prozess weitermachen, und Sie sind ja auch beteiligt in den Deputationen, aber auch in den Beiräten.

Zwei Sachen möchte ich trotzdem noch einmal sagen, weil ich mir Ihren Antrag wirklich noch einmal ganz genau angeschaut habe und jetzt viel zur Dispositionsreserve gesagt worden ist: Die Dispositionsreserve von 100 Hektar halte ich für zwingend nötig. Dazu hat sich diese Koalition bekannt, und wir haben uns das Verfahren angeschaut. Übrigens, was die Reservierungen angeht: Es ist ja nicht so, dass diese Reservierungen unbegrenzt sind; in der Regel sechs Monate, und nur aus gutem Grund kann die Reservierung verlängert werden, ansonsten wird das Grundstück neu zur Ausschreibung freigegeben.

Wir haben aber tatsächlich zwei, drei Sachen gesagt: Wir nehmen die Gebiete heraus, die man schlecht vermarkten kann, weil kein Interesse daran besteht. Das ist das berühmte Farge-Ost, das ist da jetzt ausgenommen, weil es einfach schlicht nicht vermarktet werden kann. Wir haben die Wohnbauflächen – im Moment sind es 1,1 Hektar – da herausgenommen, und wir haben insofern im Moment eine Dispositionsreserve von circa 96 Hektar.

Mir ist aber total bewusst, dass wir das natürlich am Atmen halten müssen, und deswegen ist es total gut und wichtig, dass diese Koalition sich zu der Dispositionsreserve von 100 Hektar bekannt hat, und zwar egal, wie wir zu diesen 100 Hektar kommen. Ob es die neuen Gewerbegebiete sind, die wir zu erschließen haben, ob es die Bestandsentwicklung ist, ob es die Greenfield-Entwicklung ist oder eben die Brownfield-Entwicklung, Nachverdichtung oder in die Höhe bauen, das ist dann natürlich der Job der nächsten Regierungen in den nächsten zehn Jahren, sich immer wieder an dieser Dispositionsreserve von 100 Hektar festhalten zu müssen. Die ist geeint, Punkt, und das ist richtig! Das ist absolut richtig.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Aber sie ist nicht da!)

Ach, Volker! Volker sage ich jetzt schon, Entschuldigung!

(Heiterkeit)

Christoph!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Kennt sie einen, kennt sie alle! – Zurufe CDU, SPD)

Ich wollte gerade Volker Stahmann zitieren, deswegen –. Ich wollte gerade Christoph Weiss ansprechen und dich zitieren, das ist dann irgendwie ein bisschen in die Hose gegangen, es tut mir leid! Ich hatte dich im Sinn und Christoph angeschaut. Was ich eigentlich sagen wollte: „Sie ist doch nicht da“, das ist doch nicht wahr, Christoph, und das hat Volker – und da komme ich jetzt zu dem, was ich eigentlich sagen wollte! – ja eben sehr klar und deutlich gemacht, dass diese Koalition einen Weg gefunden hat, die sich widerstreitenden Interessen in einer Stadt mit begrenzten Flächen unter einen Hut zu bringen. Insofern geht es jetzt um die letzten fünf Monate, und die werden wir jetzt nicht abkürzen. Da können Sie so viel reden, wie Sie wollen, wir machen das so mit dem Beteiligungsverfahren und kürzen dieses nicht ab. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Wer den Punkten a bis c, f, h bis i, n und p bis u seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Punkte a bis c, f, h bis i, n und p bis u ab.

Nun lasse ich über die restlichen Punkte abstimmen.

Wer den restlichen Punkten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür CDU, L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft, lehnt die restlichen Punkte ab.

**Mehrweggebot für Veranstaltungen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,  
der SPD und DIE LINKE  
vom 4. April 2022  
(Drucksache [20/690 S](#))**

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
vom 10. Mai 2022  
(Drucksache [20/702 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, jetzt wird es etwas weniger kontrovers und etwas weniger polemisch, aber trotzdem sind ja auch die schönen Dinge des Lebens hier im Parlament auch etwas, was man einmal genießen kann. Mir geht es jedenfalls so.

Es geht darum, stoppen wir die Plastikflut, und es geht um Mehrweggeschirr statt Wegwerfplastik. Dafür hat es eine Initiative, einen Impuls von 22 Veranstalterinnen und Veranstaltern gegeben, den wir als Koalition gern aufgenommen haben. Sowohl wir als auch die Veranstalterinnen und Veranstalter haben einiges dabei gelernt. Sie haben gelernt, dass Demokratie ziemlich anstrengend sein kann, dass da manchmal auch um jedes Wort gerungen wird und dass es auch alles sehr viel länger dauert, als man sich das vorher vorgestellt hat, und trotzdem, glaube ich, ist da am Ende ein Er-

gebnis herausgekommen, womit die Veranstalterinnen und Veranstalter leben können und wo wir, Bremen, glaube ich, eine Vorreiterrolle in Deutschland haben werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich finde auch, dass dieser Prozess sehr gelungen gewesen ist. Wir haben uns als Koalition dabei Zeit gelassen, uns wirklich ein vernünftiges Bild darüber zu machen. Wir haben eine Anhörung dazu gemacht, da waren alle relevanten Playerinnen und Player eingeladen. Wir haben uns dann mit den Münchenern ausgetauscht, die schon länger so ein Mehrweggebot haben, haben versucht, ein bisschen daraus zu lernen.

Wir haben dann auch mit Frau Wessel-Niepel gesprochen, um einmal zu schauen, wie ist es denn jetzt eigentlich mit marktrechtlichen Anordnungen, und herausgekommen ist dann ein dreistufiges Modell, das wir Ihnen heute vorschlagen. Warum dreistufig? Einerseits deswegen, weil wir da schon Instrumente haben, die wir eigentlich nur verschärfen müssen – das sind die marktrechtlichen Anordnungen und die straßenrechtliche Sondernutzung –, da können wir sofort heran, da können wir dann etwas strenger werden. Das ist quasi der erste Schritt, den wir machen wollen. Dann ist auch klar, bei Getränken geht es ein bisschen leichter. Das wissen wir, denn an vielen Orten in der Stadt funktioniert das schon mit den Getränken. Manche, wie das Weserstadion, haben sich dann einmal eine Zeit lang daraus zurückgezogen und sind dann wieder zurückgekehrt, aber eigentlich funktioniert das in vielen Bereichen, auch auf dem Freimarkt und auch auf dem Weihnachtsmarkt ganz gut; nicht allumfassend, aber wir haben Erfahrung damit, Mehrweggeschirr bei Getränken zu machen.

Das Besondere dabei ist, dass wir dann auch gesagt haben, okay, der Obstsaft wird ja manchmal aus dem Tetrapack ausgeschenkt, das wollen wir eigentlich auch nicht. Es ist nicht nur so, dass die Gefäße, in die ausgeschenkt wird, Mehrweggeschirr sein müssen, sondern auch die Gefäße, mit denen eingeschenkt wird. Das finde ich auf jeden Fall ein sinnvolles Instrument. Wir haben dann miteinander begriffen, mit dem Geschirr und dem Besteck ist das ein bisschen schwieriger, und deswegen haben wir zwei unterschiedliche Zeitpunkte festgelegt. Am 1. März kommenden Jahres wollen wir mit Getränken anfangen, und am 1. März des Folgejahres folgen dann auch das Besteck und das Geschirr.

Mit dem Mehrweggebot schaffen wir eine stadtweite Regelung zur konsequenten Vermeidung von Kunststoff und anderen Einwegmaterialien bei öffentlichen Veranstaltungen. Wir können nicht überall heran, das ist auch klar, also wenn es Veranstaltungen gibt, die im privaten Rahmen stattfinden oder in privaten Einrichtungen können wir das nicht. Wir können aber natürlich sagen, Bremen hat sich committed und hat gesagt, wir wollen möglichst weitgehend ein Mehrweggebot in Bremen machen, und deswegen geht den Weg mit. Das ist auch Teil unseres Antrags, dass wir diese Gespräche auch mit anderen führen wollen und auch gesagt haben, das wollen wir auch möglicherweise finanziell unterstützen.

Wir haben auch gesagt, für kleinere Veranstaltungen ist das nicht ganz so leicht mit der Infrastruktur, da wollen wir prüfen lassen, ob es nicht Sinn macht, ein bremisches Mehrwegsystem zu machen. Das hat, glaube ich, auch einen touristischen Mehrwert, also so einen Bremen-Becher oder so einen Bremen-Teller wird vielleicht auch der eine oder andere hier im Hause mit nach Hause nehmen, und dann schmeckt das alles vielleicht sehr viel besser. Das ist auf jeden Fall etwas, was sinnvoll ist. Es ist auch sinnvoll, das auf Bundesebene weiter zu fördern, denn diese Initiativen, dass es auch bundesweite Pfandsysteme gibt, werden zunehmen.

Ich glaube also, wir haben uns da auf einen guten Weg gemacht. Das war manchmal ein bisschen stotterig, wie gesagt, die Veranstalterinnen und Veranstalter hätten sich da ein bisschen mehr Tempo gewünscht. Mein Wunsch ist jetzt eigentlich, dass ich dann am Sonntag um 17:20 Uhr im Weserstadion mit meinem Sohn, wir beide mit einem Mehrwegbecher, am besten von Pizarro ausgestattet –

(Zuruf Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE] – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

ja, ich habe auch wieder einen, es gibt noch ganz viele davon! –, auf den Aufstieg von Werder Bremen anstoße und auch auf das Mehrweggebot. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

**Abgeordneter Volker Stahmann (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege

Saxe hat eigentlich alles gesagt. Ich will noch einmal auf den Prozess eingehen, den ich als ausgesprochen konstruktiv empfinde und für ein Gesetzesverfahren und für so ein Vorhaben vielleicht auch schnell, das sind bei den Veranstaltern vielleicht andere Maßstäbe als bei uns, aber er war ausgesprochen konstruktiv. Ich muss sagen, ich habe sehr viel gelernt, auch über Marktrecht und alle anderen Dinge, aber es ist eben so, dass wir durch die breite Einbeziehung und Beteiligung sowohl der Schausteller als auch der Veranstalter wirklich einen großen Konsens haben.

Wir hatten ja in der ersten Idee, die wir hatten, auch noch kürzere Fristen angedacht. Die haben wir jetzt noch einmal verlängert, sodass alle wirklich die Chance haben, an der Stelle etwas zu tun und womit wir der Umwelt, aber auch der Wirtschaft etwas richtig Gutes tun. Herr Saxe hat gesagt, Bremen ist der Maßstab, also einzigartig. Vielleicht stimmt das nicht ganz, aber in der Konsequenz, denn die Münchener sind da lange nicht so weit wie wir mit dem, was wir hier machen mit dem Konsens und der Gastronomie. Das sucht schon seinesgleichen, das muss man an der Stelle wirklich sagen.

Ich will noch einen Punkt ansprechen, nämlich die Frage, das bezieht ja die ganze Stadt mit den Stadtteilen ein, und wir haben in der Tat das Problem, dass kleineren Veranstaltern in den Quartieren – von Straßenfesten bis hin zu anderen Dingen – das Equipment fehlt. Deswegen denken wir an der Stelle, auch das hat Herr Saxe gesagt, eben weiter und fragen: Wie können wir das Problem lösen? Ob dann eine Lösung ist, wir machen ein Bremer Leihsystem oder wir bieten das an, das wird man noch einmal sehen müssen, aber die Idee ist, dass man auch sicherstellt, dass man als Stadt da auch die Unterstützung der Unternehmen und der kleinen Straßenfeste organisiert und nicht sagt, wir erwarten von euch, dass ihr Mehrweg nehmt, aber auf der anderen Seite lassen wir euch mit den Problemen allein. Auch das finde ich total gut und sinnvoll.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt hat die CDU noch nichts zu dem Änderungsantrag gesagt.

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Der kommt noch!)

Der kommt noch! Ich will nur noch einmal sagen –

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Sie haben sich zu früh gemeldet!)

Ja, Sie sind zu langsam! Das ist aber jetzt nichts Neues, also Entschuldigung!

(Heiterkeit – Zurufe CDU)

Zum Änderungsantrag! Wie ich es verstanden habe, geht es ja bei dem Änderungsantrag im Grundsatz – jetzt nicht im Wortlaut – noch einmal darum, dass man Sicherheit und Ordnung da mit einbezieht. Es geht um die Frage – ich interpretiere das jetzt einmal aus meiner Sicht –, was ist mit Flaschen und Werfen und diesen gefährlichen Dingen.

Jetzt haben wir da zwei Dinge. Das eine ist, wir haben diese Frage auch sehr intensiv mit dem Innenressort diskutiert, weil auch dort Bedenken bestehen. Das ist die eine Seite. Die zweite Seite ist, natürlich ist es merkwürdig, wenn wir sagen, wir machen ein Mehrweggebot, und dann kommt jemand mit seiner Kiste Wasser, und dem sagen wir, nein, Flaschen sind hier nicht erlaubt, und dann muss er mit seiner Kiste Wasser wieder abziehen. Insofern haben wir da mit dem Innenressort auch einen Kompromiss errungen, und der findet sich jetzt in diesem Text wieder. Die Frage, dass man Ordnung und Sicherheit da mit hineinnimmt, glaube ich, ist völlig unproblematisch. Insofern, im Sinne stimmen wir als SPD-Fraktion dem dann auch zu. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

**Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE):** Herr Präsident, werte Abgeordnete! Ordnung und Sicherheit sind jetzt nicht so die Vokabeln, die mir so richtig über die Lippen gehen, so richtig gern,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das wissen wir!)

aber das ist etwas anderes, das ist ein anderes Thema. Alles gut!

„Können Sie mir den Fisch in eine Plastiktüte packen?“, fragt eine Kundin den Fischhändler an der Verkaufstheke. „Der ist da schon drin“, antwortet er. So weit so witzig! Plastikmüll überschwemmt die Welt. Plastikmüll befindet sich nicht nur auf den dafür vorgesehenen Müllhalden der Erzeugerländer, wo er recycelt werden soll, Plastikmüll finden

wir überall in jeder Form, in jeder erdenklichen Form: in den Tiefen des ewigen Eises, in den Meeren, auf riesigen Müllkippen irgendwo im globalen Süden. Als Mikroplastik ist er im Prinzip überall zu finden. Deswegen unter anderem verbietet die EU-Einwegkunststoffrichtlinie ab dem 1. Juli 2021 nicht nur bestimmte Produkte aus Kunststoff, die aufgrund ihrer Größe oft bei der Abfallsortierung übersehen werden.

Die Richtlinie sieht unter anderem vor, dass bestimmte Einwegprodukte wie Besteck, Strohhalme oder bestimmte Becher aus Kunststoff nicht mehr verkauft werden. Auch To-go-Becher und Einwegbehälter aus Styropor dürfen in der EU nicht mehr produziert und in den Handel gebracht werden. Das ist angesichts der dramatischen Verschmutzung der Umwelt durch Plastikmüll auch gut und richtig so.

(Beifall DIE LINKE)

Mit unserem heutigen Antrag gehen wir einen weiteren Schritt und warten nicht darauf, was der Bund in den nächsten Jahren ganz sicher auch entscheiden wird und muss. Wir wollen den Gebrauch von Einweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen beenden. Das ist nicht unsere Idee allein, ganz im Gegenteil, die Initiative hierfür kommt aus der Veranstaltungsbranche selbst. Es wurden intensive Gespräche mit verschiedenen Akteuren aus der Branche, Expertinnen und Experten und der Verwaltung geführt. Die einhellige Meinung war, das können wir hier in Bremen machen, das bekommen wir hin. Für diese gute konstruktive Zusammenarbeit möchte ich mich an dieser Stelle auch noch einmal im Namen meines Kollegen Herrn Tebbe bedanken.

Was ist also geplant? In Zukunft werden bei Veranstaltungen der Stadt nur noch mehrfach nutzbare Produkte wie Teller, Besteck und Becher zur Essens- und Getränkeausgabe benutzt. Das Mehrweggebot wird ab März 2023 für Getränke und ein Jahr später auch für die Essensausgabe gelten, übrigens ohne explizite Pfandpflicht. Das hat mehrere positive Aspekte, im Übrigen auch für Bremerhaven, dem wir beileibe nichts vorschreiben wollen. Wir bitten den Bremer Senat lediglich darum, hierzu auch Gespräche mit den Kolleg:innen im Magistrat zu führen. Ob und wie daraus etwas wird, entscheiden natürlich die Menschen in Bremerhaven am Ende selbst.

Mit Mehrweggeschirr statt Wegwerfplastik sparen wir Ressourcen wie Erdöl und Holz, was im Sinne

der allseits gewünschten Nachhaltigkeit sinnvoll ist. Wir verringern den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und vermeiden auch dadurch eine weitere Verschmutzung unserer Umwelt. Vorbilder, wie das geht, gibt es in Bremen übrigens auch schon einige. Auf dem Bremer Weihnachtsmarkt werden Getränke schon seit Jahren nicht mehr in Einwegbechern ausgegeben, auf der Breminale werden verschiedene Mehrwegkonzepte ausprobiert. Im Stadion von Werder Bremen – im wohninvest-Stadion, im Hühnerstall – gibt es Bier in Pfandbechern. In Hemelingen engagiert sich die dortige Stadtteilmanagerin Birgit Benke zusammen mit vier Gastronomen für die Kampagne „Essen in Mehrweg“, im Bündnis für Mehrweg sind ganz unterschiedliche Bremer Unternehmen beteiligt. Ich könnte hier noch einige positive Beispiele nennen.

Wir stärken also der lokalen Wirtschaft den Rücken, indem wir sie nicht behindern, sondern unterstützen, auch durch die Einführung eines kommunalen Mehrwegsystems, und wir sichern dadurch Arbeitsplätze in vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen; eine Win-win-Situation auf allen Ebenen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

**Abgeordneter Martin Michalik (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich betrachte das Thema aus einer etwas anderen Perspektive, aber sinngemäß bin ich bei Ihnen, und mit der anderen Perspektive meine ich auch, das Thema hat auch eine Rolle gespielt in der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“. Auch dort finden Sie entsprechende Passagen zu diesem Thema.

Vielleicht können Sie sich erinnern, es gab auch umfangreiche Beiträge, unter anderem auch bei „buten un binnen“ von Frau Professor Weller, die das aus einer ganz anderen Perspektive durchleuchtet haben, auf die ich etwas eingehen möchte, denn Mehrweg bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum trägt als Teil der Förderung und des Ausbaus der Kreislaufwirtschaft im Land Bremen zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Das ist auch einer der Gründe, warum die Enquetekommission genau dies gefordert hat.

Zur Veranschaulichung einige Daten, die Sie auch im Antrag erwähnt haben: In Deutschland entstehen jährlich circa 155 Millionen Tonnen Abfall durch Einwegbehälter. Städte und Gemeinden kostet deren Entsorgung und die Reinigung im Jahr etwa 720 Millionen Euro, und ich vermute sogar, weil die Zahlen nicht ganz aktuell sind, dass es aufgrund der Coronapandemie eine ganze Menge mehr ist. Die CDU-Fraktion hat auch in der Vergangenheit Initiativen zu diesem Thema eingebracht, zuletzt – vielleicht können Sie sich noch daran erinnern, es war einer meiner ersten Anträge – „Flut von Einwegbechern eindämmen“. Dieser Antrag wurde dann leider in die Fachdeputation verschoben und dort abgelehnt, aber er hat gezeigt, Mehrweg ist der richtige Weg. Deswegen stehen wir auch heute wieder hier mit diesem Antrag.

(Beifall CDU)

Mehrweg vermindert die Vermüllung im öffentlichen Raum, und wir haben ein großes Interesse daran, dass unsere Flächen nach Veranstaltungen nicht vermüllt sind. In dieser Hinsicht liest sich auch der Antrag ganz gut. An einigen Stellen sind uns Kleinigkeiten aufgefallen, und auch mit viel Wohlwollen haben wir auch herauslesen können, dass zum Beispiel einige Dinge beim Essen to go nicht gemeint sein können, zum Beispiel die klassische Portion Pommes auf dem Freimarkt oder auf dem Weihnachtsmarkt, denn es wäre irgendwie unlogisch und nicht praktikabel. Die besonderen Ausnahmen – das haben Sie auch in Ihrem letzten Beschlusspunkt geschrieben – werden durch eine entsprechende Regelung geregelt.

Eine Sache, und die hat Herr Stahmann schon richtigerweise angesprochen, hat uns aber gefehlt, und das war auch der Grund, weshalb wir einen Änderungsantrag eingebracht haben, denn was die öffentliche Sicherheit und Ordnung angeht, findet man dazu nur einen kleinen Punkt in der Einleitung, aber in der Beschlussfassung steht nichts dazu, und uns war es doch ein Anliegen, noch einmal zu erwähnen, wenn wir Massenveranstaltungen haben und zum Beispiel Porzellan oder Keramik genutzt wird, dass wir da auf Nummer sicher gehen können, dass da auch nichts passiert und entsprechende Ausnahmen geregelt werden.

Ich möchte aber auch hier noch einmal beantragen, dass wir eine kleine Abweichung in unserem Änderungsantrag vornehmen wollen, wir wollen das Wort „insbesondere“ aus dem Satz streichen lassen. Im Ganzen werden wir dann natürlich auch unserem Änderungsantrag zustimmen, aber auch

Ihrem Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhler.

**Abgeordneter Dr. Magnus Buhler (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass der Antrag an der einen oder anderen Stelle doch noch Optimierungsbedarf hätte, weswegen wir ihm auch nicht zustimmen werden. Trotzdem teilen wir natürlich das Ziel, Einwegplastik einzudämmen und die Vermüllung der Meere und auch unserer Städte und Gemeinden zu verringern, aber es bleibt dabei, die Frage ist dann immer: Was ist der richtige Weg, und sind es denn Verbote oder Gebote, sind es Anreize, oder müssen wir in Bremen Vorreiter sein? Wir haben uns immer wieder die Frage zu stellen, ob wir es uns leisten können, first mover zu sein, denn wir zahlen häufig einen hohen Preis, den Sie dann am Bremer Schuldenstand ablesen können.

Es ist schon zu Recht darauf hingewiesen worden, dass es eine entsprechende EU-Richtlinie gibt, die Einwegprodukte verbietet. An einigen Stellen kann ich sogar die Frage stellen, ob sie mit dem Verbot von 100 Prozent richtigliegt. Wir haben nämlich gerade heute wieder diskutiert, ob das Verbot von Strohhalmen für alle Einsatzfälle geboten und richtig ist. Ich weiß, dass es gerade in der Pflege im Moment Diskussionen gibt, wie man denn die Plastikstrohhalm, die man oben abbiegen kann, sinnvollerweise ersetzen könnte, weil es sie nicht mehr gibt, und genau solche Fragestellungen gibt es noch in anderen Bereichen. Insofern sind 100-Prozent-Lösungen immer nicht die richtigen, und Ersatzlösungen müssen dann gefunden werden.

In Ihrem Antrag wollen Sie aber auch viele gute ökologische Lösungen treffen, aber Sie müssen natürlich sagen: Was ist mit Hygienestandards, und was ist mit Haftungsfragen? Wenn Bremen dann so einen eigenen Service einrichtet, wer haftet dann, wenn nicht ausreichend gespült ist, wenn es nicht hygienisch ist? Soll die Stadt das übernehmen? Wer haftet, wer macht das? Auch bei Einweg haben wir in der Coronakrise gelernt, dass es natürlich ein Bedürfnis der Menschen ist und auch angemessen war, viele Einwegartikel zu nutzen, weil es eben der Hygiene gedient hat, und das waren nicht nur

die Masken, die wir alle so oft dabei hatten und dabei haben mussten.

Natürlich muss die einzelne Ökobilanz der Verpackung dann jeweils angeschaut werden und abgewogen sein, und was schon verpackt ist, muss natürlich nicht noch einmal extra eingepackt werden, aber was Sie ignorieren – und das finde ich schade –, ist der Punkt der essbaren Verpackungen, also die Dinge, die schon eingepackt sind und dann mitgegessen oder am Ende vielleicht kompostiert werden können. Auf die Einführung des öffentlichen Leihangebots bin ich schon eingegangen. Dazu, das sei noch einmal gesagt, ist wirklich die Frage, wollen wir das selbst staatlich organisieren, wollen wir das dann tatsächlich bezahlen, und, wie gesagt, es gibt die Haftungsfrage.

Die nächste Sache ist – und das kann ich ehrlich gesagt sehr verstehen, ich weiß nicht, ob Sie den Artikel in der „Nordsee-Zeitung“ gelesen haben –, dass wir als Stadtbürgerschaft unserer Partnerstadt Bremerhaven einen Rat geben wollen. Ich könnte verstehen, dass wir sagen, was die Städte machen sollen, wenn wir diesen Antrag im Landtag beraten. Da wir das aber in der Stadtbürgerschaft machen, frage ich mich: Warum empfehlen wir das Bremerhaven? Warum empfehlen wir das nur Bremerhaven, oder warum maßen wir uns an, das Bremerhaven zu erzählen? Bremerhaven ist eine eigenständige Kommune mit eigenem Magistrat und eigenem Stadtverordnetenparlament. Sie können selbst zu der klugen Entscheidung kommen, die hier ist, und ich weiß, dass viele der hier vertretenen Fraktionen dort auch zu Recht, glaube ich, vertreten sind, sodass es auch da nicht an einem Mangel an Kommunikation liegen könnte. Einige sind ja sogar in beiden Parlamenten vertreten.

Bundesratsinitiative, ja, das kann man natürlich fordern, aber ehrlich gesagt sollte man dafür abwarten, wie sich die europäische Rechtsprechung auswirkt und wie sie in Deutschland umgesetzt wird. Insofern sage ich Ihnen: In den Zielen einig, im Weg nicht! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, in dem Ziel sind wir uns alle einig, dass wir Mehrweg statt Einweg bevorzugen wollen. Warum Mehrweg? Das wurde auch schon gesagt: Es dient

dem Ressourcenschutz. Klar, eine Einwegverpackung muss hergestellt werden, es braucht Ressourcen, es braucht Energie, und dementsprechend, wenn man auf Mehrweg setzt, ist es ein Beitrag zum Klimaschutz. Es ist ein Beitrag zum Umweltschutz – es ist schon darauf hingewiesen worden, Plastik, das sich überall in der Umwelt befindet, inzwischen selbst in den Polarmeeren, aus Makroplastik wird irgendwann auch Mikroplastik –, also es hat auch einen Impact auf den Gesundheitsschutz, aber es dient eben auch der Abfallvermeidung. Aus dem Grund finden wir diesen Antrag gut, und ich begrüße ihn und freue mich, wenn er beschlossen wird, und ich möchte gern dazu beitragen, ihn dann auch umzusetzen.

Ich möchte einmal sagen, es gibt natürlich schon länger das Bündnis für Mehrweg, es ist nicht so, dass wir jetzt bei null anfangen. Das ist gegründet worden, 35 bremische Unternehmen sind derzeit im Bündnis vertreten. Das sind schon Unternehmen, die auch noch einmal klargemacht haben, in ihren Betrieben, in ihrem alltäglichen Tun verzichten sie auf Einweg und setzen auf Mehrweg, und das ist richtig gut. Wir setzen auch finanzielle Anreize für kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen von Innovationsdienstleistungen des Programms PFAU, also Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken. Das zeigt, dass wir uns da schon auf den Weg gemacht haben, aber wir brauchen eine Verbindlichkeit und nicht nur immer einen Appell oder den Goodwill von einigen, und so verstehe ich eben auch den Antrag.

In der Tat hat die Coronakrise gezeigt, dass viele aus hygienischen Gründen wieder auf Einweg gesetzt haben, Herr Buhlert ist darauf eingegangen, aber wir haben zeitgleich gemerkt, dass die Abfallmengen auch wirklich wieder in die Höhe geschossen sind, und das kann es auf Dauer nicht sein.

Ich möchte auch einmal darauf hinweisen, warum mir persönlich das Thema Mehrweg nicht nur aus den genannten Schlagworten wichtig ist: Ich bin entsetzt, wenn man zum Teil an die Straßenränder schaut. Ich habe ja auch im letzten Jahr in Auftrag gegeben, dass zum Beispiel auch an den Autobahnrändern

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das bekommen wir nicht gelöst!)

noch einmal zusätzlich gesäubert wird, weil dort viele Einwegverpackungen, gerade aus Fast-Food-Ketten, liegen. Ich glaube, das zeigt, dass der Müll

wirklich in die Umwelt gelangt und dass wir deswegen schon auf Mehrweg setzen müssen.

Ich finde es richtig, dass es ein mehrstufiges Verfahren ist. Ich möchte noch einmal auf einen Punkt hinweisen, nämlich die Aufnahme des Mehrweggebots in das Abfallortsgesetz. Vor einer Einführung des Mehrweggebots im Abfallortsgesetz ist im Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz erst einmal eine Rechtsgrundlage dafür zu schaffen. Danach besteht die Möglichkeit der Kommunen, Bremen, und wenn gewollt, Bremerhaven – -. Wir schreiben es Bremerhaven ja nicht vor, sondern der Antrag sieht ja explizit vor, dass man erst einmal Gespräche mit Bremerhaven sucht, dass man auch dort bei Großveranstaltungen dafür wirbt, dass auf Mehrweg gesetzt wird. Insofern würde dann auch für Bremerhaven die Möglichkeit bestehen, aber vor allen Dingen auch für Bremen, ein Mehrweggebot per Satzung im Ortsgesetz zu regeln.

Ich will nicht alles wiederholen, was hier schon gesagt wurde, auch in Anbetracht der Zeit. Ich finde, es ist ein richtig guter Ansatz, es ist ein Bekenntnis. Ich finde es auch richtig, dass noch einmal auf die Sicherheitsfrage eingegangen wird. Die meisten Festivalbesucher kennen es auch, dass dort in der Regel Glasflaschen nicht gern gesehen werden,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Oder Dosen!)

aber trotz alledem gibt es ja auch da Möglichkeiten, auf Mehrweg und nicht auf Einweg zu setzen.

Herr Buhlert, was ich eine spannende Frage finde, jetzt hört er mir gerade nicht zu, aber wenn er mir zuhören würde, weil gerade die essbaren Verpackungen angesprochen worden sind: Ich glaube, da lohnt es sich auch wirklich noch einmal, sich eine Ökobilanz anzuschauen, denn wenn die Verpackung gegessen wird, dann wäre ich bei Ihnen und würde sagen, ja, das ist gut. In der Regel oder oft werden sie trotzdem weggeworfen, weil nicht jeder

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Darauf steht!)

auf diesen Geschmack steht, wenn man die Pommes hat und dann hinterher noch in so eine Waffel hineinbeißt. Dann, finde ich, ist es eine Vergeudung vor dem Hintergrund, dass wir schauen müssen, auch vor dem Hintergrund des Krieges in der

Ukraine, wie wir mit Lebensmittelknappheit umgehen.

(Glocke – Zurufe)

Ich komme sofort zum Schluss, aber ich habe bisher nur sieben Sekunden überzogen, Herr Präsident!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir sind doch alle dafür!)

Ich finde das aber noch einmal einen wichtigen Aspekt, wenn wir gerade darüber diskutieren, wie wir überall die Lebensmittelversorgung gewährleisten, dann zu schauen, ob wir wirklich solche essbaren Verpackungen brauchen oder man darauf verzichten kann. Da haben wir eine neue Situation, das müssen wir vielleicht auch noch einmal neu ökosystemar betrachten. Ansonsten: ein Go für Mehrweg! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß § 62 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Hier ist eben noch einmal gesondert der Wunsch von den Antragstellern geäußert worden, dass das Wort „insbesondere“ aus dem Antrag herausgestrichen wird, was wir somit auch akzeptieren.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/702\\_S](#) mit der soeben vorgenommenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.



Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/690 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

**Eine Hall of Fame für Bremen! Öffentliche Graffiti-Flächen und -wände bereitstellen und Map of Fame erstellen**

**Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 6. April 2022 (Drucksache [20/693 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Carmen Emigholz.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Plakate der Ausstellung Mystery of Banksy, die zurzeit im BLG-Forum läuft, gesehen hat, die ganze Stadt ist plakatiert damit. Wir sehen, dass solche Ausstellungen von Street-Art, von Graffiti, nicht nur in Bremen den Weg in Museen und Ausstellungsräume gefunden haben, sondern auch in die Topgalerien und Versteigerungsauktionen weltweit. Erst im letzten Jahr wurde ein Kunstwerk von Banksy für fast 20 Millionen Euro versteigert. Also, lange Rede, kurzer Sinn: Graffiti und Street Art haben den Weg in die Topgalerien geschafft, und diese Galerien und diese Kunstform leben von der Aura auch in den Galerien, und das treibt auch die Preise hoch. Das ist eine Aura, die Graffiti umgibt, von etwas Jugendlichem, von etwas Kreativem, von künstlerischer Freiheit und auch von etwas Subversivem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht heute aber nicht um Galerien, sondern Street-Art ist nur mit Street Street-Art, und deswegen wollen wir, dass auch die Stadt Bremen öffentliche Flächen für Graffitis, für sogenannte Halls of Fame, bereitstellt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mir einmal das Graffiti-Wiki angeschaut. Dort gibt es eine Map of Fame, wo alle öffentlich zugänglichen Flächen für Graffitis in der Bundesrepublik aufgeführt sind. Es sind insgesamt 151 Städte, die Halls of Fame haben. Es sind sehr viel kleinere Städte dabei, es sind größere Städte dabei, aber Bremen ist nicht dabei. Bremen hat einige private Wände, auf denen Graffiti legal möglich ist, wo private Eigentümerinnen und Eigentümer diese Flächen bereitgestellt haben, eine öffentliche Fläche gibt es zurzeit nicht. Ich glaube, einer Stadt der Größe Bremens, mit dem kulturellen Anspruch und auch dem sozialen Anspruch Bremens steht es gut zu Gesicht, eine solche Hall of Fame, eine öffentliche und legale Graffiti-Fläche oder gern auch mehrere, endlich bereitzustellen, und ich glaube, diesen blinden Fleck müssen wir endlich schließen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber legal macht das keinen Spaß!)

Doch, legal macht Spaß!

Graffiti ist ein Teil einer Jugendkultur, die aus noch sehr viel mehr bestehen kann. Da gibt es Skaten, da gibt es BMX, da gibt es Breakdance, da gibt es alle möglichen weiteren Bestandteile. Es ist aber eine Jugendkultur, und es ist eine Kunstform, und als solche müssen wir es auch sehen. Bisher haben die Debatten in Bremen oft einen Touch gehabt von „da geht es um Schmiererei, da geht es um Sachbeschädigungen“,

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Gibt es auch!)

und ich glaube, wir müssen die Debatte um Graffiti endlich aus dieser Schmutzdecke holen und anerkennen, dass es hier um eine global in vielen Kunstbereichen, in vielen Städten anerkannte Kunstform geht. Es geht um eine Jugendkultur, und diese Jugendkultur braucht Freiräume, um sich zu entwickeln, um sich künstlerisch zu entwickeln, sie braucht Freiräume für die Jugendlichen, für junge Menschen, für die Künstlerinnen und Künstler jeglichen Geschlechts, jeglicher Herkunft,

um sich dort entfalten zu können, um frei künstlerisch aktiv sein zu können, und ich glaube, wir haben solche geeigneten Orte in Bremen.

Ich glaube, die B 75 wäre sehr viel schöner, wenn sie bunt und angemalt wäre. Ich glaube, solche tollen Kunstwerke, wie sie zurzeit auf dem Stadtwerder sind, könnten sich durchaus noch weiter in der Stadt verbreiten, und ich glaube, es gibt viele geeignete Bahnunterführungen, Autobrücken, Wände an öffentlichen Gebäuden und so weiter, die mit Graffiti sehr viel schöner wären. Das muss uns nicht alles gefallen, aber es ist wichtig, dass es solche Freiräume für eine Kultur gibt, sich zu entwickeln und sich künstlerisch zu entfalten.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Es bewegt sich auch einiges in Bremen. Es ist ein Verein in Gründung, es gibt viele Aktive, die in dem Bereich Graffiti und Street-Art aktiv sind. Es gibt die Aktiven vom Transition Festival, es gibt das Dosen Späti, es gibt viele weitere Künstlerinnen und Künstler, die in Bremen aktiv sind und etwas bewegen wollen, und ich glaube, dieser Antrag ist eine gute Grundlage, um genau das zusammenzuführen mit den Behörden, einmal diejenigen, die Flächen haben, und einmal diejenigen, die das Ganze künstlerisch auch verwalten können, die genau diese Fäden zusammenführen können. Ich habe mich auch noch einmal mit Frau Staatsrätin Emigholz darüber ausgetauscht, und ich bin sehr optimistisch, dass es da ein gutes Miteinander geben wird und dass genau diese Freiräume geschaffen werden können.

Als Letztes möchte ich sagen, ich selbst bin in Kassel aufgewachsen,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Macht ja nichts!)

einer Stadt, die nur ein Drittel so groß ist wie Bremen.

(Glocke)

Dort gibt es eine sehr lebendige Jugendkultur, die wahnsinnig bereichernd ist für die Stadt, und ich glaube, so etwas kann Bremen auch. Bremen muss da nicht hinterherstehen, sondern Bremen kann genau diese Freiräume bieten, und ich bin sehr optimistisch, dass die Stadt Bremen hinterher eine schönere sein wird. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Kai-Lena Wargalla.

**Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg:innen! Frau Leonidakis hat den Antrag ja schon ganz wunderbar vorgestellt. Wir möchten in Bremen Halls of Fame bereitstellen, also öffentliche Graffitiflächen schaffen, auf denen legal gesprayt, gesprüht werden darf. Das können weiße Wände von großen Gebäuden sein oder graue langweilige Brückenpfeiler oder temporäre Möglichkeiten wie abrissbereite Leerstände oder Industriebrachen und – es drängt sich ja auch schon fast so ein bisschen hier in Bremen auf – vielleicht ja sogar die Betonmauern am Weserufer, in der Überseestadt und an der Schlachte. All diese Möglichkeiten, die es dann hoffentlich bald hier in Bremen für legales Sprühen gibt, sollen dann in einer Map of Fame für alle zugänglich online aufzufinden sein. Für private Flächen, die zwar für Graffiti geeignet sind, aber nicht öffentlich zugänglich sind, wollen wir außerdem ein Förderformat ermöglichen, damit auch solche Flächen vermehrt künstlerisch gestaltet werden können.

Auch in den Angeboten der Jugendhilfe soll Graffiti als Subkultur, als Jugendkultur – das hat meine Kollegin auch gerade schon gesagt – gefördert werden, denn das kann Interesse an Kunst und Kultur bei jungen Menschen wecken, die sich durch andere etablierte Kulturangebote bisher viel zu oft noch nicht angesprochen fühlen. Es kann also auch eine Form der kulturellen Bildung sein und damit kulturelle Teilhabe fördern.

Zur Wahrheit gehört auch, das haben wir auch gerade schon gehört, dass Bremen mit alldem ehrlich gesagt nicht gerade früh dran ist.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Wir haben das schon vor neun Jahren gefordert!)

Andere Städte und Kommunen haben das teilweise schon sehr lange mit durchweg positiven Erfahrungen. Es ist aber auch nicht so, als sei hier nichts passiert. Kulturpolitisch und kulturfachlich werden Graffiti- und Urban-Art-Projekte in Bremen immer wieder unterstützt und gefördert, und es gab auch in den letzten Jahren wirklich viele tolle Initiativen, aber erstens ist es so, dass eben nicht alle Künstler:innen dieses Angebot wahrnehmen möchten, zweitens ist eine kulturfachliche Projektförderung jetzt nicht unbedingt das Mittel der Wahl, wenn es darum geht, Jugendlichen überhaupt erst einmal die Möglichkeit zu geben, legal zu sprühen, denn

drittens, ich sage es immer wieder, Kultur braucht Orte, und Kunst auch. Das heißt, neben kulturfachlicher Förderung braucht es für Graffiti eben vor allem auch Raum und Flächen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird aber, auch das gehört zur Wahrheit dazu, immer noch und immer wieder Graffitikünstler:innen geben, die auch weiter ab und zu illegal sprühen werden.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Das ist das Wesen von Graffiti!)

Mit legalen Flächen kann das weniger werden, aber man wird es nicht komplett verhindern. Oft ist es auch so, dass Künstler:innen beides machen, dass sie ihr Geld mit gesprühten Kunstwerken auf Leinwänden verdienen und gleichzeitig trotzdem noch illegal sprühen. Ich glaube, wenn es darum geht, legale Möglichkeiten für bestimmte Formen der Subkultur zu schaffen, dass es immer wichtig ist, deren Geschichte im Hinterkopf zu haben und zu respektieren.

Graffiti kommt ursprünglich von jungen Menschen und aus der Illegalität. Es ist eine Kunstform, die illegal von jungen Menschen geschaffen wurde, und wenn man sich die Geschichte anschaut, dann hätte das auch gar nicht anders entstehen können, und selbst in den Anfängen, in den Siebzigern und Achtzigern, gab es schon vereinzelt Galerien, die das Potenzial erkannt und Ausstellungen organisiert haben. Es gibt also immer beides, und auch in Bremen gibt es ja total tolle legale Graffitis. Das Piece der Broken Fingaz Crew aus Haifa an der Kaimauer der Kleinen Weser kennen bestimmt viele, die Festivals wurden gerade schon genannt, Farbflut, Transition, DiscART – Kunst bis zum Ende, feministische Graffitiworkshops und so weiter, aber genauso gibt es ja einige das Stadtbild prägende Künstler:innen und Graffitis, bei denen eben niemand um Erlaubnis gebeten hat: an Brücken, an Überführungen, Unterführungen, das legendäre TOFU-Graffiti am Eck, das jetzt leider von kommerzieller Werbung übermalt wurde.

Das ist ein passender Punkt für den letzten Gedanken, den ich gern hier allen mitgeben möchte: Aus irgendeinem Grund nehmen wir die Kommerzialisierung unseres Stadtraums als irgendwie normal hin, als gegeben, als alternativlos, es ist halt so. Wir setzen einen Fuß vor die Tür, und überall um uns herum ist Werbung: Außenwerbung, die uns etwas,

was auch immer, verkaufen soll, und wir hinterfragen diese Omnipräsenz von Werbung um uns herum ja kaum noch,

(Glocke)

aber schön ist das allermeiste davon nicht, geschweige denn inspirierend oder dass es Bremen als Stadt in irgendeiner Art und Weise schöner oder lebenswerter machen würde. Niemand besucht oder zieht in eine Stadt, weil es da so tolle Werbung gibt, aber kunstvolle Graffitis, Street-Art, beeindruckende Halls of Fame können ein Argument sein, und die Möglichkeiten und Freiräume dafür zu haben, ebenso.

(Glocke)

Jetzt stellen wir uns vor – letzter Satz! –, wir setzen einen Fuß vor die Tür, und alles, was vorher Werbung war, ist Kunst.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Finde ich gut!)

Ich weiß, es steht nicht in dem Antrag, und das wollen wir heute nicht beschließen, aber ich möchte nur einmal aufzeigen, dass es Alternativen gibt, die einen Möglichkeitsraum aufmachen und den Gedanken in Ihre Köpfe pflanzen, dass Bremen auch anders aussehen könnte.

(Glocke)

Ob Sie diesen Gedanken gut finden oder nicht, er ist jetzt da.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Super, ja! Wir freuen uns!)

– Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Lencke Wischhusen.

**Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Wargalla, ich bin jetzt ein bisschen verwirrt, was die Rede gerade so für ein Ende genommen hat, muss ich sagen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ein herrliches Ende!)

Erst einmal muss ich grundsätzlich sagen, dass diese Idee, dass wir Graffitis legal ermöglichen und Flächen und Wände zur Verfügung stellen, absolut richtig und zeitgemäß ist.

(Beifall FDP, DIE LINKE)

Ja, das brauchen wir auch in Bremen ohne Wenn und Aber und ohne Frage, und ja – da stimme ich übrigens zu –, wir haben schon unendlich viel Zeit verpasst. Das gibt es irgendwie gefühlt in jeder anderen Stadt, und ich bin ehrlicherweise begeistert, ich sehe immer in Berlin bei uns im Park am Gleisdreieck, was die da alles auf die Beine stellen, und ich finde es irre, was die auch dort schaffen, und ja, es sind Kunstwerke.

Wenn man sich anschaut, auch, was sind die Motivationen dahinter, dann ist es ganz spannend. Das geht von Lebenssinn über Austausch bis hin dazu, tatsächlich auch zu überlegen: Wie kann ich Kreativität ausdrücken? Welches Gruppengefühl macht das? Wie kann man Ruhm erlangen? Es gibt also ganz viele verschiedene Motivationen für Graffitis und von Graffitikünstlern und -künstlerinnen, aber – und das kam bisher noch in gar keinem Redebeitrag vor, das möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen –, ja, es gibt Kunst, aber ja, es gibt auch illegale Schmierereien, und das dürfen wir nicht vergessen.

Wenn wir überlegen, wie es eben dargestellt wurde, überall ist nervige Werbung. Mir persönlich – und ich spreche jetzt nicht für die Fraktion – geht es so: Ich gehe manchmal durch diese Stadt und bin genervt von diesen ganzen Schmierereien, die ich an wirklich jeder Hauswand finde, und es sind keine künstlerischen Graffitis, sondern es sind irgendwelche komischen Buchstaben, womit kein Mensch etwas anfangen kann. Es ist einfach nervig, und da, finde ich, müssen wir auch einmal eine klare Kante ziehen zwischen legaler schöner Graffitifläche für Kunstobjekte und irgendwelchen Tags, die es auf der anderen Seite gibt und wo wir nicht wissen, wofür sie eigentlich stehen und die auch wirklich nicht dazu beitragen, dieses Stadtbild in irgendeiner Weise zu verschönern.

(Beifall FDP)

Wenn wir so etwas machen, ohne Frage, dann brauchen wir auch eine Mappe, um klarzustellen, wo steht das, dann brauchen wir den Informationsgehalt, darüber brauchen wir auch nicht zu reden,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und einen Beauftragten!)

also auf jeden Fall müssen wir so eine Map dann auch beauftragen.

Was die Jugendförderung angeht, haben wir uns ein bisschen gewundert, warum das in dem Antrag steht, denn es ist eine Selbstverständlichkeit. Das gibt es ja auch schon, trotzdem unterstützen wir natürlich den Punkt. Jugendförderung, gerade in dem Bereich, Kreativität ausdrücken, Erfahrung zu verarbeiten und so weiter, das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Bestandteil, gerade auch, das in Kunst auszudrücken und dort die Jugendlichen/jungen Erwachsenen ein bisschen an die Hand zu nehmen. Wir würden uns wünschen, dass an der Stelle, liebe Frau Emigholz, auch die an die Hand genommen werden, die das ja schon machen. Die Woltmershauser Straße will an dieser Stelle natürlich auch als positives Beispiel genannt werden, und ich glaube, wenn man da die Leute mit ins Boot holt, ist es absolut richtig.

Kritischer sind wir – liebe Frau Wargalla, das haben Sie eben so selbstverständlich dargestellt – bei der Betonmauer an der Schlachte. Da bekommen Sie von uns keinen Stich. Auf gar keinen Fall stimmen wir da zu, weil ich finde, es gibt auch Orte in Bremen, die von Graffitis frei bleiben dürfen, und gerade bei den Betonmauern an der Schlachte ist das ja eine ästhetische Frage: Mag man das leiden? Mag man das nicht leiden? Über Geschmack und Kunst brauchen wir nicht zu streiten, das lohnt sich nicht, aber ich sage auch ehrlich, gerade an dieser Stelle ist es auch eine Frage des Stadtbildes, das sich massiv verändert. Wir haben dort eine Fläche, die nach außen hin strahlt, und wir alle kennen unseren geschätzten Denkmalpfleger. Ich könnte mir vorstellen, der Kerl dreht im Kreis, wenn er zuhört, dass wir dort eine legale Graffitifläche machen wollen.

(Zurufe)

Wir sind an dieser Stelle massiv dagegen und wollen das wirklich dort nicht haben.

(Zuruf: Das ist ja kein Denkmal!)

Nein, das ist kein Denkmal, das stimmt, aber es verändert massiv das Stadtbild, und es ist eine Fläche, die für das Stadtbild steht.

(Zurufe)

Letzter Punkt, was die Idee mit der Jury und die Fördertöpfe betrifft! Da haben wir uns so ein bisschen gefragt: In einem Land/in einer Stadt wie Bremen, totales Haushaltsnotlageland/totale Haushaltsnotlagestadt, jetzt noch so einen Fördertopf einzurichten, da wissen wir nicht so genau, ob wir das wirklich brauchen, und bei der Frage der Jury – gerade Graffiti ist ja auch ein künstlerischer Ausdruck von Kreativität und Freiheit – sehen wir so ein bisschen die künstlerische Freiheit eingeschränkt und glauben, dass wir das an dieser Stelle nicht brauchen.

Grundsätzlich sind wir mit dem Anliegen einverstanden, beantragen getrennte Abstimmung und machen einen Teil mit. – Danke!

(Beifall FDP)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt.

**Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, den wir hier jetzt heute diskutieren, hat ja – und ich will das jetzt einmal ergänzen zu den Beiträgen, die wir bereits gehört haben – vor allen Dingen auch die Zielsetzung, dass wir uns dafür einsetzen, dass Graffiti einen noch positiveren Anstrich bekommt, als er in der Debatte deutlich geworden ist. Deswegen haben wir uns als SPD immer dafür eingesetzt, dass die Frage von Graffiti und die Ausweisung von Flächen mit den Beiräten/mit den Ortsämtern gemeinsam erörtert werden muss. Das heißt, um auch die Menschen dafür zu gewinnen, gerade die zweifelnden, die eher eine skeptische Einstellung dem Graffiti gegenüber haben, dafür müssen wir als Politik sorgen, dass auch diese Menschen sich mitgenommen fühlen. Das ist für uns ein ganz wichtiges und zentrales Anliegen, denn es geht da weniger um meine persönliche Meinung.

Ich finde Graffiti ehrlich gesagt in fast allen Fällen ziemlich gut, und ich weiß auch, dass es sich aus einer Illegalität heraus entwickelt hat, und auch das, finde ich, ist eine Form der Kunstentwicklung, die wir zu anzuerkennen haben. Schmierereien stören mich auch, die müssen weggearbeitet werden, aber vom Grunde her wollen wir doch dafür werben, dass Menschen Graffiti, diese Kunstform, auch als eine Kunstform anerkennen und auch das Graffiti als eine Kunstform sich weiter etabliert.

etabliert gesehen haben wollen. Deswegen dieser Antrag, der in der Grundidee immer von Partizipation ausgeht, immer davon ausgeht, wir führen die Beteiligten zueinander, die mitzuentcheiden haben, also die Graffitiszene einerseits mit all den Ämtern, die ihnen öffentliche Flächen zuweisen können, andererseits!

Ich glaube, es ist notwendig, dass wir diesen Weg gehen, dass öffentliche Flächen auch ausgewiesen werden. Ob sich die Szene am Ende darauf einlassen will, bleibt ihr selbst vorbehalten, denn das ist natürlich auch eine staatliche Überformung, oder es kann als eine staatliche Überformung aufgefasst werden, und da muss sich jede und jeder immer fragen, will ich das, oder will ich das nicht. Ich finde es aber richtig, dass wir als Koalition dieses Angebot entwickeln und damit auch der Graffitiszene die Möglichkeit zur Entscheidung geben wollen. Das ist das, was wir an dieser Stelle vornehmen wollen.

Aus den einzelnen Punkten – ich will sie gar nicht noch einmal weiter ausführen – wird offensichtlich, wenn wir alles adressieren wollen, aus ihnen wird auch klar, welche Problematiken sich daraus ergeben können. Natürlich, mehr öffentliche Fläche kann bedeuten, dass dadurch Graffiti entsteht, das einem vielleicht nicht als Kunst unbedingt erscheint, es kann aber auch dazu beitragen, dass man auch erst einmal ein viel Mehr von Graffiti erzeugt, das jetzt nicht unbedingt als Kunst empfunden wird. Ich finde aber, diesen Prozess muss man aushalten, und diesen Prozess können wir, glaube ich, auch alle vernünftig aushalten.

Was mir wichtig wäre in diesem Zusammenhang, ist noch, dass sich wirklich die Ämter zusammensetzen, wirklich auch daran arbeiten, Flächen zu identifizieren, dass man sich dann auch mit den Folgewirkungen auseinandersetzt, nämlich: Wie erhält man kunstvolle Graffitisprüharbeiten und auch andere Formen? Wie erhält man das?

Zur Frage der Jury: Auch auf eine fachkundige Jury, um künstlerische Standards festzulegen, muss man sich mit der Szene verständigen, also man sollte natürlich schauen, was braucht sie eigentlich an Bewertung, was benötigt sie nicht an Bewertung, und was will sie an Bewertung. Auch das werden wir feststellen, ob sich dann die Szene überhaupt auf diesen Weg der staatlichen Einbindung begeben möchte. In Schweden ist es einmal als staatliche Bevormundung diskutiert worden. Ich weiß nicht, ob ich mich auch nicht ein bisschen be-

vormundet fühlen würde, wenn mir so etwas angeboten wird, aber das, finde ich, ist nicht meine Entscheidung, das müssen die Akteure selbst wissen, die sich auf diesen Weg begeben.

Noch einmal ein ganz kurzer Schlenker zu Werbung und nicht Werbung! Mir geht es ähnlich wie Ihnen, Frau Wargalla: Ich will auch nicht so viel Werbung, aber wenn man sich zum Beispiel einmal die Werbung von Beck's mit dem Schiff anschaut, was da in der Langemarckstraße kreiert wurde, das ist eine Kombination aus Werbung und aus Graffiti, und ehrlich gesagt, so richtig schlecht ist das nicht. Da komme ich jetzt als Gesundheitsmensch daher und sage: Muss ich jetzt unbedingt für Alkohol werben? Das ist aber eine andere Frage, das ist nicht vorrangig eine Frage von Kunst.

(Glocke)

Insofern hoffe ich, dass Sie dem Antrag zustimmen können – ich komme zum Schluss! – und wir gemeinsam daran arbeiten, dass die Graffiti-Szene unsere Stadt um eine weitere Facette verschönert. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Susanne Grobien.

**Abgeordnete Susanne Grobien (CDU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, mich jetzt kurz zu fassen, die fünf Minuten brauche ich vielleicht nicht. Ich darf Herrn Rohmeyer danken, den ich hier heute vertreten muss, er hat einen anderweitigen Termin. Dass wir das Thema Graffiti hier schon häufiger hatten oder gefühlt sehr häufig hatten: Ich habe einmal nachgeschaut, es gab allein zwei Anträge im letzten Jahr. In einem Antrag, der von uns kam, stand exakt die gleiche Forderung, nämlich die Schaffung von legalen Flächen, aber wir wissen auch, Anträge, die von der CDU kommen, lehnt man ab, lässt sie ein Jahr liegen, und dann stellt man die gleiche Forderung. So ist das eben in dieser Stadt!

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Wenn man so eine Debatte –. Auch ich bin in der Kulturdeputation, aber man beschäftigt sich ja ein bisschen damit, und in der Tat, von Urban Contemporary Art bis hin zur illegalen Sachbeschädigung gibt es ein weites Spektrum bei der künstlerischen Beurteilung von Graffiti. Gelernt habe ich, dass

auch historische Höhlenmalereien als Graffiti zu bezeichnen sind, und gelernt habe ich auch – und das kam eben bei Frau Quante-Brandt auch gut heraus –, das eigentliche Wesen von Graffiti ist die Illegalität. Es ist wie Räuber und Gendarm für große Kinder: Die Arbeit im Verborgenen, die Jagd nach guten Plätzen und Wänden, die Risikobereitschaft bei Großprojekten und immer auch die Verknüpfung mit einer politischen Message, das ist die Magie für Sprayer, und im Grunde kann man auch sagen, Straftaten, die es in ein Museum schaffen.

Neben den illegalen Hotspots und Akteuren, die weltweit unterwegs sind, gibt es aber eben auch die etablierte lokale Szene, und das ist ja die Szene, die wir mit dem Antrag der Regierungsfractionen auch unterstützen wollen, und mit Ihren Beschlussempfehlungen legalisieren Sie Graffiti, fordern den Senat und Beiräte auf, öffentliche Plätze und Wände zu identifizieren. Wir haben schon gemerkt, dass es da sicher auch ein bisschen Streit geben wird, denn ob die Schlachte so der richtige Ort ist, das wird sicher umstritten sein.

Es gibt dann ein Kataster, das muss auch wieder erst einmal erstellt werden, und natürlich darf die Förderstruktur nicht fehlen. Fördern ist immer ganz wichtig. Da sage ich mir natürlich jetzt als Wissenschaftspolitikerin irgendwie angesichts der Maßnahme, dass wir 24 Millionen Euro in wichtigen Bereichen investiv einsparen müssen: Fördern fördern, fördern, aber es ist ja so schön, und natürlich die fachkundige Jury, die die künstlerischen Standards dann auch noch einmal bewertet, toll! Ich finde – und auch das klang schon ein bisschen durch –, eigentlich steht das schon auch im krassen Gegensatz zu dem, was Graffiti eigentlich wirklich ist, und ob die freien Flächen, die wir ausweisen, dann wirklich angenommen werden, wollen wir dann auch einmal sehen.

Wir als CDU-Fraktion unterstützen legales Graffiti aber ja auf jeden Fall, und natürlich stimmen wir dem Antrag auch in allen Punkten zu, wir brauchen noch nicht einmal eine getrennte Abstimmung.

Von meinem Kollegen Herrn Rohmeyer möchte ich auch noch einen Punkt ansprechen, denn es gab auch eine Petition eines Ehepaares. Im September wurde einstimmig beschlossen, dass man gegen die sogenannten Schmierereien oder einzelnen Tags – in der gleichen Weise, wie man, sage ich einmal, legales Graffiti fördert – dann auch vorgeht. Da hat bisher gar nichts stattgefunden. Da ist der Senat aufgefordert, seit September ist da nichts passiert.

Ich denke einmal, wir haben ansonsten alle eine ähnliche Vorstellung davon, dass diese Contemporary Street-Art und Graffiti oder wie wir es auch nennen wollen, unser Stadtbild bereichern wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit, und wir stimmen zu!

(Beifall CDU)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Carmen Emigholz.

**Staatsrätin Carmen Emigholz:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich in diesem Saal hier so umschaue – Herr Dr. Sieling ist gerade draußen –, weiß ich, dass zwei auch in der Zeit, als ich im Parlament war, dabei waren und diese Debatte schon verfolgt haben. Das eine ist der Präsident persönlich, und das andere ist der Kollege Dr. vom Bruch. Er war auch dabei, als wir uns darüber unterhalten haben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Als Staatsrat wahrscheinlich! – Heiterkeit CDU)

Ja, man muss ein Gedächtnis für diese Themen haben! Das habe ich, das ist ja mein Fachgebiet.

Damals ging es jedenfalls schwerpunktmäßig um die Schmierereien und welche Lösungen man findet, und wir haben uns schon damals intensiv mit der Frage beschäftigt, was ist Kunst, und was ist Schmiererei. Unser Haus – und das hat Frau Wargalla richtig angesprochen – hat sich erst einmal dafür entschieden, die ernsthaften Künstler mit Projekten nach vorn zu bringen, um auch für diese Kunstart zu werben, denn viele interessante Maleereien, die wir heute schon im Stadtbild haben, es sind, glaube ich, insgesamt über 40, sind auf diese Kunst gegründet, und sie sorgen auch dafür, dass es einen Wunsch nach mehr und nach mehr Akzeptanz gibt.

Genauso richtig ist es, Frau Leonidakis, dass man Flächen braucht für Junge, die sich noch nicht etabliert haben, die Talente haben, die sich ausprobieren wollen, und dass man Möglichkeiten schaffen muss und auch Raum dafür braucht. Auch das ist ganz genau richtig, und ich habe eine große Sympathie dafür, wenn wir das gemeinsam hinbekommen, denn ich gehöre zu denjenigen, die sich als Kulturpolitikerin noch in der evangelischen Kirche mit verummumten Sprayern getroffen hat – und der Polizei selbstverständlich –, um Lösungen aus einer Sackgasse zu finden. Das war manchmal

nicht ganz einfach. Wenn denen die Sackgasse erspart bliebe, wäre das ein guter Weg, denn wir haben damals einmal eine Erhebung gemacht, bei der wir herausgefunden haben, dass 80 Prozent der Sprayer aufgehört haben, mit Tags zu schmieren, sondern uns sogar angerufen und nach Flächen gefragt haben. Ich glaube, dass das eine gute Entwicklung wäre, auch wenn vielleicht die Quoten heute anders wären, weil viele auf eine Sprühflasche zugreifen, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass es eine gute Idee ist, Freiflächen auszuweisen.

Ich glaube, wir schaffen es auch nicht allein als Kulturressort, denn unser Flächenbestand hält sich in gesunden Grenzen, wir haben das schon bei Einrichtungen gemacht, sondern wir müssen uns gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen vom Ressort Stadtentwicklung zusammensetzen und überlegen, ob wir Räume finden. Ich bin Frau Dr. Schaefer sehr dankbar, dass sie sofort zugesagt hat, dass wir das machen. So schnell geht das, Dinge zwischen zwei Bänken zu verhandeln. Dann kann man auch einmal sagen, wir fangen schon einmal an, und wir überlegen nicht erst, wie wir anfangen, sondern wir fangen an. Das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt an der Stelle.

Graffiti ist inzwischen eine ernst zu nehmende Kunst und auch eine besondere Ausdrucksform von Kunst, die durchaus auch ihre Anhänger findet und Ausdruck einer bestimmten Gesellschaft ist und auch einer Gesellschaft, die nicht den Weg der Straffälligen in den Museen sucht, sondern den Weg, sich selbst auszudrücken, Gesellschaft zu spiegeln. Es ist nicht nur unterhaltsam, und es ist nicht nur witzig, es ist auch ernst, es ist oft tiefgründig, und es ist auch durchaus etwas, was diese Gesellschaft aufrütteln soll. Darüber kann man kalauern, selbstverständlich, aber dann sollte man sich vorher mit allem beschäftigen.

Es gibt wie bei allem Gutes und Schlechtes, blöd ist auf jeden Fall, wenn man einfach nur schmiert. Das ärgert uns alle und auch das Kulturressort, das sage ich ganz ehrlich, weil die Akzeptanz für die tatsächlichen Künstler dann verloren geht, und da müssen wir aufpassen. Gerade, um diesen Weg zu gehen, ist dieser Antrag sinnvoll, interessant und eine gute Ergänzung dazu, dass wir gesagt haben, ernst zu nehmende Künstlerinnen und Künstler fördern wir ohnehin. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Wer den Ziffern 1, 2, 4 und 6 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1, 2, 4 und 6 zu.

Wer der Ziffer 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 3 zu.

Wer der Ziffer 5 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 5 zu.

Damit ist der Antrag in Gänze angenommen.

Ich bedanke mich für Ihre angeregten Diskussionen und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen in alter Frische wieder.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:12 Uhr)



## Anhang zum Plenarprotokoll

### Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 10. Mai 2022

#### Anfrage 9: Stromsperren bei öffentlichen Liegenschaften der Stadt Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 1. April 2022

Wir fragen den Senat:

1. Für welche von Immobilien Bremen verwalteten Liegenschaften in der Stadtgemeinde Bremen wurden seit 2019 Stromsperren angedroht oder umgesetzt?
2. Was waren die Ursachen hierfür?
3. Wie wird der Senat zukünftig sicherstellen, dass es bei den von Immobilien Bremen verwalteten Liegenschaften nicht zu Stromsperren kommt?

#### Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Bisher ist eine umgesetzte Stromsperre in den von Immobilien Bremen verwalteten Liegenschaften bekannt. Sie betraf den Mobilbau einer Kita und wurde nach entsprechendem Protest kurzfristig wieder aufgehoben.

Seitens der swb AG angedrohte Liefersperren gab es durchaus häufiger. Eine genaue Nennung von Anzahl und betroffenen Objekten ist nicht möglich. Die Rechnungen und Mahnungen werden nach Bezahlung ohne den Hinweis auf etwaige Mahnstufen archiviert. Betroffen sind die Senatsressorts und zum Teil weitere Dienststellen, die ihre Energiekosten direkt bezahlen. Bei Immobilien Bremen laufen nur Rechnungen auf im Flüchtlingsbereich, im Leerstand und für Allgemeinstrom, der über Nebenkostenabrechnungen umzulegen ist. Auch die swb AG kann nach Rücksprache keine Auskunft geben, da die Vorgänge nach Bezahlung auch dort abgeschlossen sind und nicht gesondert nachgehalten werden.

Geschätzt hat allein die Senatorin für Kinder und Bildung – sie hat von allen Dienststellen den mit Abstand größten Gebäudebestand abzurechnen – seit 2019 über 100 Androhungen von Liefersperren für Schulstandorte erhalten. In mehreren

Dutzend Fällen waren von der swb AG beauftragte Monteure vor Ort, um Liefersperren umzusetzen. Das Personal vor Ort hat ihnen richtigerweise den Zutritt verweigert und konnte Liefersperren verhindern. In dem oben genannten Einzelfall war der Zähler von außen zugänglich, und die Abschaltung erfolgte nach Betriebsende. Von anderen Lieferanten, mit denen parallel Verträge bestehen oder zuvor bestanden, gab es keine Androhungen von Liefersperren.

Zu Frage 2: Grundsätzlich besteht das Problem, dass bei Stellen, die eine Vielzahl von Liegenschaften betreuen, geballt in kurzen Zeiträumen zahlreiche Jahresrechnungen mit entsprechend kurzen Zahlungsfristen eingehen, die nicht immer alle zeitlich rechtzeitig bezahlt werden können. Dazu kommen spezifische Schwierigkeiten in den Prozessen mit der swb AG:

Die digital übermittelten Rechnungen sind häufig schwer zu prüfen. Die Zuordnung zu den Gebäuden der Dienststellen bis hin zum einzelnen Zähler ist aufwendig. Rechnungen mit Abschlagszahlung können über die E-Rechnung nicht direkt verarbeitet werden. Dies kann zu Verzögerungen bei der Zahlung führen oder zu Zahlungen, die die swb AG nicht richtig den Rechnungen zuordnet.

Die swb AG betrachtet jede Abnahmestelle als einzelnen Vertrag. Auf einer schulischen Liegenschaft kann auf einem Vertrag für Gebäude A nach Jahresabrechnung ein Guthaben von mehreren Tausend Euro liegen, und gleichzeitig wird wegen eines Zahlungsrückstands von wenigen Euro bei Gebäude B mit Liefersperre gedroht. Die operative Zuordnung zum Großkunden Freie Hansestadt Bremen gelingt der swb AG nicht, obwohl alles gemeinsam als Rahmenvertrag ausgeschrieben wurde.

Rechnungen der swb AG sind nicht selten fehlerhaft. Reklamationen werden aber nicht immer zügig bearbeitet, sondern fehlerhafte Rechnungen gegebenenfalls erneut angemahnt.

Die swb AG hat zuletzt einen sehr strikten Zeitrahmen gesetzt, 30 Tage nach Zahlungsziel erfolgt vor Ort die Sperre. Wenn der automatische Prozess der Liefersperre einmal initiiert ist, kann dieser nicht mehr aufgehoben werden. Lediglich durch kurzfristigen Ausgleich der Forderung

(Frist ein Werktag) kann der Sperrversuch abgewendet werden, auch wenn die Forderung offensichtlich nicht korrekt ist. In den Vorjahren waren die Fristen für die Sperrungen länger, und es hat Kommunikation mit dem swb AG Inkasso stattgefunden, so konnten Sperraufträge verhindert werden. Auch Erfahrungen mit anderen Energielieferanten zeigen, dass durch besser nachvollziehbare Rechnungen und effektivere Kommunikation bei Unklarheiten von Rechnungen und Zahlungsvorgängen dazu führen, dass es nicht zur Androhung von Liefersperrungen kommt.

Zu Frage 3: Immobilien Bremen hat Kontakt mit der swb AG aufgenommen, um eine grundsätzliche Regelung zu erreichen, die Liefersperrungen verhindert. Es besteht Einigkeit darüber, dass Liefersperrungen für städtische Liegenschaften verhindert werden müssen. In einem gemeinsamen

Workshop sollen Lösungsansätze ausgearbeitet werden, wie ein abgestimmter Workflow für die schnellere Verarbeitung von Rechnungen und eine zuverlässige Kommunikation bei tatsächlich oder vermeintlich nicht rechtzeitig bezahlten Rechnungen aussehen kann. Diese generelle Vorgehensweise hat Immobilien Bremen auch für die große Mehrzahl an Liegenschaften angeregt, für die Ressorts und Dienststellen direkt Rechnungsempfänger sind.

In zukünftigen Ausschreibungen für Energielieferverträge sollen Anforderungen zur E-Rechnung eindeutig definiert werden, sodass die Rechnungen besser prüfbar sind. Versorgungssperren in städtischen beziehungsweise staatlichen Institutionen aufgrund ungeklärter Rechnungssituationen sollen ausgeschlossen werden, soweit das rechtlich möglich ist.

**Konsensliste**

Von der Stadtbürgerschaft in der 37. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
15.	<b>Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss</b> <b>Mitteilung des Senats vom 29. März 2022</b> <b>(Drucksache <a href="#">20/687 S</a>)</b>	Die Stadtbürgerschaft wählt anstelle des ausgeschiedenen stellvertretenden Mitglieds Frau Tina Poort Frau Sara Dahnken als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.
17.	<b>Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) 2021</b> <b>Mitteilung des Senats vom 5. April 2022</b> <b>(Drucksache <a href="#">20/691 S</a>)</b>	Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht Kenntnis.
20.	<b>Entwurf eines Sondernutzungskonzepts für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick Elektroroller (sogenannte E-Mopeds) durch das Ordnungsamt Bremen als nach § 47 Absatz 2 Bremisches Landesstraßengesetz (BremLStrG) für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 BremLStrG zuständige Ortpolizeibehörde</b> <b>Mitteilung des Senats vom 26. April 2022</b> <b>(Drucksache <a href="#">20/697 S</a>)</b>	Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Sondernutzungskonzept zu.
21.	<b>Anpassung der Aufwandsentschädigung der nicht der Bürgerschaft (Landtag) angehörenden Mitglieder der Stadtbürgerschaft</b> <b>Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 26. April 2022</b> <b>(Drucksache <a href="#">20/699 S</a>)</b>	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.

Frank Imhoff  
 Präsident der Bremischen Bürgerschaft